

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. Dezember 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Connements-Preis: 3,50 RM. monatlich, 1,10 RM. wöchentlich. 20 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zertifikats-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Anzeigenspalte oder deren Raum 50 Bg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellengeluche und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der vierte Tag der Etatdebatte.

Fürst Bülow hatte bekanntlich erklärt, daß der Block zusammengehalten werden müsse durch Zweckbewußtsein und Selbstbeherrschung — Zweckbewußtsein der Konservativen und Selbstbeherrschung der Liberalen. Ihre Selbstbeherrschung zu betätigen, war heute den Liberalen Gelegenheit geboten, sprachen doch Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung und Herr Payer von der Süddeutschen Volkspartei. Aber den Herren fiel diese Selbstbeherrschung doch nicht so ganz leicht. Herr Schrader beklagte sich darüber, daß der Reichskanzler sich zu Wiemers Erwähnung der preussischen Wahlreform so gar nicht geäußert habe. Es gehe doch nicht an, daß die Regierung zweierlei Politik treibe, eine liberale im Reich und eine reaktionäre in Preußen. Als ob nicht Fürst Bülow und die übrigen Regierungsvertreter völlige Klarheit darüber verbreitet hätten, daß die Regierung auch im Reich gar nicht daran denke, liberale Politik zu treiben! Das gab denn auch Herr Payer indigniert zu, indem er erklärte, das bisherige Ergebnis der Blockpolitik für den Liberalismus sei ein überaus mageres. Die agrarische Wirtschaftspolitik, die seit Jahrzehnten geherrscht habe, solle ja nach Bülows Programm auch fürderhin herrschen. Die paar liberalen Konzessionen aber wären auch so gekommen, ohne Blockpolitik! Die Rechte solle keinerlei Zugeständnisse machen, es sei also die Linke, die Opfer zu bringen habe. Die Linke wolle sich aber nicht mit Konzessionen abspesen lassen, sie hoffe auf ernsthaftere Zugeständnisse an den Geist des Liberalismus. Freilich sei diese Hoffnung bereits im Schwinden, und es sei fraglich, ob der Block noch lange bei einer solchen Taktik der Regierung zusammenhalte. Dann freilich gab Herr Payer dem Fürsten Bülow eine neue Gnadenfrist. Habe er im Reichstag nicht zur Wahlrechtsfrage Stellung genommen, so könne er das ja im Landtag noch immer tun. Herr Payer ist also in Wirklichkeit viel bescheidener, als es sein unmutiger Optimismus, den er heute zur Schau trug, erwarten ließ. Er harret der berühmten Versprechungen Bülows, um auch weiterhin am Karren des Blocks mitzuschleichen. Und wenn Bülows Versprechung sich auch in den bagigen, nebelhaften Allgemeinheiten bewegt: Herr Payer wird sich selbst dann zufrieden geben! Ja, der Blockfreisinn wird schließlich auch dem Vereinigungsseiner Zustimmung nicht versagen, trotzdem Herr Payer die Bestimmung des Verbots fremder Sprachen als ein Mittel bezeichnete, das Versammlungsrecht der Polizei auf Gnade und Ungnade auszuliefern!

Zwischen den beiden freisinnigen Rednern hielt der Staatssekretär des Innern Herr v. Bethmann-Sollweg eine diplomatisch wohlgeordnete Rede, die in vorichtig abgezierten Redensarten um die Kernfragen der Politik herumtanzte. Der Nachfolger Bokadomstys beteuerte natürlich, daß die soziale Gesetzgebung nicht vernachlässigt werden solle. Er sprach in hochtönenden, wohlgeordneten Worten von dem „jugendlichen Leben“, das im Volke pulsiere, von dem Geiste des Idealismus, der an den materiellen Gütern kein Genüge finde, lauter Phrasen, die auf die Verbrüderung des industriellen Scharfmachtums mit der Regierung, auf die völlig auf rücksichtslosster kapitalistischer Interessenspolitik basierende Konsolidierung unserer bestehenden Klassen in Form der Blockpolitik paßten, wie die Faust aufs Auge! Das wahre Gesicht dessen, was die Regierung unter Sozialpolitik versteht, zeigte sich denn auch, als Herr v. Bethmann-Sollweg die berühmten Maßregeln „zur Sicherung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen gegen politische Bestrebungen“ ankündigte, eine Ankündigung, die ihm ein lebhaftes Bravo auf den Lippen der Brotwucherer und Arbeiterfeinde eintrug.

Genosse David stellte denn auch in seiner wirksamen zweifelhafte Rede besonders die sozialpolitischen Tendenzen der Regierung ins rechte Licht. Er konstatierte der idriichten Redemethoden des Staatssekretärs des Innern gegenüber, daß die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse die „freudige staatlche und gesellschaftliche Mitarbeit erschwere“, daß das bishigen Sozialpolitik, das mühsam errungen sei, von der Sozialdemokratie errungen sei, wie es denn kein sozialpolitisches Gesetz gebe, das nicht von der Sozialdemokratie zuerst gefordert worden sei. Und wenn Herr v. Bethmann-Sollweg angedeutet habe, daß er nicht abgeneigt sei, nötigenfalls auf gesetzgeberischem Wege das Koalitionsrecht der Arbeiter gegen Unternehmerwillkür zu sichern, so möge er nur erst einmal dafür sorgen, daß nicht der Staat selbst als Arbeitgeber seinen Beamten und Arbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht mit so brutaler Rücksichtslosigkeit raube, wie das geschehe!

Besonders glücklich war auch Davids Polemik gegen Bülow. Wenn der Reichskanzler die Möglichkeit einer Kamarilla unter der Regierung Wilhelms II. der persönlichen Selbstständigkeit des Monarchen wegen bestreite, so sei nach den Lehren der Vergangenheit darauf nicht der mindeste Verlaß. Je eifriger sich ein Monarch gegen fremde Beeinflussung zu wahren suche, desto größer sei die Gefahr, daß ihm von der Kamarilla deren Ansicht als eigene suggeriert

werde. Daß der Monarch davon nichts merke, sei gerade die Vorbedingung der Wirksamkeit der Kamarilla. Das müßten die Konservativen nur zu genau, habe doch der zu ihnen gehörende Herr Stöcker ja gerade nach diesem pfiffigen kamarillistischen Rezepte seine Scheiterhaufen errichten wollen. Und habe nicht Herr Passermann noch vor gar nicht langer Zeit seine Rede gegen das persönliche Regiment von der Reichstagstribüne herab gehalten? Herr Gröber habe diese Rede als bestellte Arbeit bezeichnet. Von wem sei dann wohl die Rede bestellt gewesen? Und wenn Bülow erklärt habe, er habe seinerzeit das bewußte unvollständige Zitat aus seiner Rede offiziös dementieren lassen, um nicht als historischer Ignorant zu gelten, so stelle das doch an die Richtigkeit allzu große Anforderungen. In einer Zeit, wo die Frage der Kamarilla hochaktuell war, wo das offiziöse Dementi als eine offiziöse Bestätigung der Kamarilla aufgefaßt werden mußte und auch allgemein aufgefaßt wurde, sollte Fürst Bülow keine brennendere Sorge gefasst haben, als sich gegen den Vorwurf geschichtlicher Unkenntnis zu schützen? Solchen Glauben könne man doch im Ernste niemand zumuten!

Sehr wirksam wie Genosse David schließlich den geschmacklosen „Scherz“ Bülows zurück, die Charakteristik des höfischen Kamarillawesens durch den Hinweis auf die Umschmelzung des „Königs Demos“, des Königs Volk abzuschwächen. Ach, das Volk sei in Deutschland nicht König, vielmehr der Vasträger der herrschenden Klassen! Und die kamarillistische „Suggestion“ gegenüber dem Volk bestעה in der öffentlichen, programmatischen Vertretung der Volksrechte! Nein, eine Kamarilla diene nicht selbstlos einer Sache, sie erstrebe Sonderprivilegien, Ehrenstellen, Orden, klingenden Lohn. All das sei beim „König Volk“ nicht zu haben, da müsse man sich schon an den anderen König halten! Aber die Diener des Volkes setzten in der Tat alle Kraft, alle Ehre daran, den Vasträger Demos tatsächlich zum König, zum Beherrscher der eigenen Gesetze zu erheben!

Vermutlich wird Fürst Bülow auf diese und manche andere Ausführungen Davids persönlich antworten. Er machte sich wenigstens eifrig Notizen. Für diesmal antwortete nur kurz der Kriegsminister v. Einem, der einen begeisterten Hymnus auf das von Vertrauen getragene Freundschaftsverhältnis zwischen Offizieren und „Untergebenen“ anstimmte, der bei der Rechten ein pathetisches Bravo ausstieß, bei der Masse der „Gedienten“ jedoch starkem Kopfschütteln über Herrn v. Einem, den Rosignaler, begegnen wird.

Zur Terroristen-Schnüffelei.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich seit einer Reihe von Tagen mit dem sogenannten Waffensfund in der Panstraße in Berlin und ist, unterstützt von aus Polizeiquellen gespeisten Reporternachrichten, systematisch bemüht, die sozialdemokratische Partei, speziell den Parteivorstand und das Vorwärts-Geschäft damit in Verbindung zu bringen. Die Montagausgabe des „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt heute folgenden

„Amtlichen Bericht über den Waffensfund in Berlin“.

Am 25. November d. J. ist hier Panstr. 82b im Hause des früheren sozialdemokratischen Stadtverordneten Emil Kerin ein umfangreiches Lager des Zentralkomitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei entdeckt worden. Es wurden u. a. in Verwahrung genommen:

- a) etwa 10 kleiner russischer Zeitungen und Druckschriften sozialdemokratischer Tendenz mit 2 unter der Gewandung zu tragenden weißleinenen Schmuggelschürzen,
- b) 3 Kisten (19 000 Vogen) weißen mit geraden Wasserzeichen versehenen Papiers,
- c) 2 Kisten mit 14 Parabellum-Pistolen und 8000 dazu gehörigen 9 Millimeter Hohlspitz-Patronen,
- d) 1 Elektromotor und mehrere Hundert starke Eisenschrauben für Offentile.

Die Zeitungen und Druckschriften sind zum Teil gestempelt „Zentralkomitee — Russisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Die 19 000 Vogen weißen Papiers sind in einer großen deutschen Fabrik auf Bestellung des Buchhalters Wilhelm Wänzel vom „Vorwärts“ hergestellt und eignen sich zur Nachahmung von russischen Dreirubelnnoten. Die Waffen stammen gleichfalls aus einer großen deutschen Fabrik und sind auf Bestellung von Lüttich her an eine hiesige Mittelperson, den Schlosser Albert Oberbassel, Mitglied des 6. sozialdemokratischen Wahlvereins, gesandt. Ueber die Bedeutung des Elektromotors und der Eisenschrauben ließ sich noch keine Gewißheit erlangen.

Wieder des betreffenden Lagerraums soll ein Russe Freitag sein, der bis jetzt aber noch nicht ermittelt werden konnte. Wahrscheinlich ist derselbe identisch mit einem im Mai d. J. hier ausgewiesenen Russen, der bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Wilhelm Wömler in Schöneberg eine Geschäftsstelle des Zentralkomitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei unterhielt und bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Ernst Obst in Schöneberg wohnte.

Voricht an den Herrn Minister des Innern ist von dem Herrn Polizeipräsidenten erstattet.

Diesem Bericht fügt der „Lokal-Anzeiger“ „weitere Einzelheiten“ hinzu, wonach die 19 000 Vogen angeblich zur Herstellung von Dreirubelnnoten im Betrage von 450 000 Rubel dienen sollten, da das Papier mit dem hierzu verwendeten völlig übereinstimme. Ferner habe man nachträglich ermittelt,

daß sich unter den beschlagnahmten Schriften „auch mehrere Stöße eines vom März 1906 datierten Zirkulars Nr. 43 der sozialdemokratischen Partei befunden hätten, das an die Genossen gerichtet und unterschrieben war: Mit Parteigruß. Der Parteivorstand.“ Wie das „Berl. Tageblatt“ diesem Bericht beifügt, lege die Polizei der Tatsache großen Wert bei, daß „von diesem „Geheimzirkular“ eine große Zahl von Exemplaren“ in der Panstraße gefunden worden sei.

Daß die Polizei dieser Tatsache „großen Wert“ beilegt, mag schon sein, nur spräche das nicht gerade für die große Intelligenz der Polizei, denn einmal ist es kein „Geheimzirkular“ — sonst könnten doch wohl kaum „mehrere Stöße“ davon gefunden worden sein, zweitens können solche Zirkulars gerade 100 Stück betragen hat. Und über den „großen Wert“ für die Polizei belehrt wohl am besten der Inhalt dieses „Geheimzirkulars“, das folgenden Wortlaut hatte:

Zirkular Nr. 43.

Berlin, im März 1906.

Berler Genosse!

Die Nordluft der brutalen Schergen des russischen Zarenismus treibt viele edle Freiheitskämpfer Rußlands ins Ausland. Jeder Sozialdemokrat wird es für seine Pflicht halten, die Leute, die den Mördern entronnen sind, davor zu bewahren, daß sie in Not und Elend umkommen. Die beispiellose Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter beweist, daß sie alles tun, um die Opfer des gewaltigen Ringens zu unterstützen. Die Opferwilligkeit der Arbeiter hat aber auch eine Schattenseite. Durch die Quittungen über die großen Summen sind Industriemitter angelockt; Leute, die immer die Willkürigkeit in Anspruch nehmen, suchen die Gelegenheit auszunützen, um Geld von den Summen zu erhaschen, die für die Opfer des Freiheitskampfes aufgebracht sind. Oft verlangen Leute Unterstützung, die nie einen Finger in den Freiheitskampf gerührt haben.

Es ist schwer zu prüfen, ob man einen Unwürdigen vor sich hat. Der wirkliche Freiheitskämpfer führt selten Legitimation bei sich. Annähernd feststellen, ob die Hülfsuchenden am Komplex beteiligt waren und nun verfolgt werden, können nur solche Leute, die mit den russischen Verhältnissen genau vertraut sind. An diesen Kennern russischer Verhältnisse fehlt es leider in den meisten deutschen Städten. In Berlin gibt es einige russisch sprechende Genossen, die die russischen Verhältnisse soweit kennen, um den Hülfsuchenden soweit zu examinieren, daß grobe Verfehlungen unmöglich sind. Diese Genossen haben es übernommen, die Unterstützung der durch Berlin kommenden Flüchtlinge zu leiten.

Berlin liegt auch so, daß die meisten Flüchtlinge ihren Weg über Berlin nehmen oder doch ohne große Unkosten nehmen können. Alle, die über die ostpreussische oder polenische Grenze kommen, mögen sie nach den Hansestädten, Holland, Belgien, Frankreich oder nach der Schweiz reisen, werden Berlin berühren. Auch die Flüchtlinge, die durch Schlesien kommen und nach den Seehäfen wollen, werden Berlin berühren. Die Genossen in den östlich von Berlin liegenden Landestellen sollten daher, wenn sie helfen wollen, in der Regel nur Reisegeld bis Berlin geben.

Für die Genossen in westlich von Berlin liegenden Orten kann dann als Regel dienen, daß der angehende Flüchtling, der über Berlin gekommen ist und hier keine Unterstützung erhalten hat, deshalb abgewiesen ist, weil die hiesigen Genossen zu der Ueberzeugung gekommen sind, der Reisende ist kein Flüchtling. Ein Uebelstand ist, daß wirkliche Flüchtlinge oft planlos hin und hergeirrt sind und so viel Reisegeld unnützlich ausgegeben haben, daß sie davon hätten wochenlang leben können. Daß solche überflüssiges Reisen vermieden wird, dazu können die Genossen beitragen, wo die Leute sich melden. Man Sorge immer dafür, daß sie auf dem nächsten Wege ihr Reisegeld erreichen.

Im Auslande, wo russische Genossen sind, werden auch Unterstützungskomitees gebildet sein. Es ist daher rationeller, wenn diesen Unterstützungskomitees Mittel zur Verfügung gestellt werden und die Unterstützung in Deutschland sich darauf beschränkt, wenn man dem Flüchtling nur Reisegeld und einige Mittel als Zehrgeld gibt für die Reise nach dem Ort, wo ein solches Unterstützungskomitee existiert.

Auch vermeide man es, Flüchtlinge, die sagen, die sie nach Amerika wollen, aber kein Reisegeld haben, nach den Hafenstädten zu dirigieren, da doch die dortigen Genossen nicht in der Lage sind, die Reise über das Weltmeer zu ermöglichen. Die beste Hilfe, die man einem Flüchtling erweisen kann, ist, daß man ihm Arbeit nachweist. Wenn Flüchtlinge kommen, die Pässe haben und daher ohne Gefahr in Deutschland bleiben können, versuche man, ihnen Arbeit zu beschaffen. Irigendwo müssen die Leute sich Erwerb suchen. Wenn nun alle Flüchtlinge sich an solchen Punkten zusammenbringen, wo Pässe nicht verlangt werden, dann wird die Möglichkeit, Arbeit zu finden, für diejenigen herabgemindert, die wegen Mangel der Legitimationspapiere gezwungen sind, die freieren Länder aufzusuchen. Wenn man einem Flüchtling Arbeit nachweist, dann ist es mehr wert als eine Summe, die erforderlich wäre, um den Flüchtling vorm Verhungern zu bewahren.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Was den übrigen Inhalt des „Amtlichen Berichtes“ oder der Polizeireporter-Phantastie in den Nachrichten der bürgerlichen Blätter betrifft, so wissen wir nicht, was daran Wahres oder Falsches ist, feststeht aber — nach unseren Erkundigungen beim Parteivorstand, der Geschäftsleitung der Buchhandlung Vorwärts und der „Vorwärts“-Buchdruckerei — das eine, daß weder der Parteivorstand, noch das „Vorwärts“-Geschäft oder dessen Geschäftsleitung mit dem „Fund“ beziehungsweise mit dieser ganzen Angelegenheit irgend etwas zu tun haben.

Sollte die im „Amtlichen Bericht“ behauptete Tatsache: daß die 19 000 Vogen Bavier von dem bis zum 1. November

dieses Jahres in der Buchhandlung Vorwärts und seitdem im Frankfurter Parteigeschäft angestellten Buchhalter Wilhelm Gänkel bestellt und bezahlt worden seien, wahr sein, so wollen wir hiermit ausdrücklich feststellen, daß weder Parteivorstand, noch die Geschäftsleitung der Buchhandlung Vorwärts oder die Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt hierüber irgend eine Kenntnis hatten!

Die Versuche der Polizei- und bürgerlichen Presse, die sozialdemokratische Partei oder Partei-Instanzen und Parteigeschäfte mit dieser Affäre in irgend einen Zusammenhang zu bringen, sind also Phantasieprodukte, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren.

Wir sind aber überzeugt, daß trotz dieser unzweideutigen Erklärung diese Versuche von einem Teile dieser Presse nach wie vor fortgesetzt werden.

Gädke kontra Einem.

Der Kriegsminister verlas gestern im Reichstag einen Protestbrief des Obersten a. D. Gädke an ihn, in dem von dem Kriegsminister wegen des von ihm gegen Gädke angehängten verächtlichen Vorwurfs der „Niedertracht“ Genugtuung gefordert wurde. Herr v. Einem erklärte — vergleiche den Verhandlungsbericht der gestrigen Reichstags-Sitzung — nichts zurücknehmen zu müssen. Auf einen Artikel Gädkes in der Montags-Morgennummer des „Verl. Tagebl.“ ging Herr v. Einem nicht ein. In diesem Artikel aber hieß es:

Sachlich stelle ich folgendes fest: Der Major Graf Dohna ist nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen, sondern einfach zur Einreichung eines Abschiedsgesuches veranlaßt worden, obwohl gegen ihn die Beschuldigung vorlag, einen Untergebenen „unzüchtig berührt“ zu haben. (Welch milder Ausdruck! Sollte die gerichtliche Untersuchung wirklich nicht mehr zulage gefördert haben?) Nach dieser Beschuldigung allein konnte er sich gegen eine ganze Reihe von Paragrafen des Militärstrafgesetzbuches verurteilen lassen (VII. Abschnitt, Mißbrauch der Dienstgewalt §§ 114, 115, 116, 121). Nur im Falle des § 141 kann — in leichteren Fällen — disziplinarisch mit Arrest bestraft werden. Dieser Fall konnte nach Lage der Dinge nicht angenommen werden; es kam ja noch § 56, 1 in Betracht, der die Gründe enthält, die die Strafe erhöhen. Die in diesem Abschnitt angeordneten Strafen sind — selbst dann, wenn § 175 des Reichsstrafgesetzbuches ausgeschlossen war — bis zu 2 Jahren Gefängnis, Dienstentlassung und Degradation.

Wurde aber die Bestrafung des Untergebenen als unberechtigt erkannt, so mußte gegen diesen wegen verleumdender Beleidigung eines Vorgesetzten eingeschritten werden (Gesängnis bis zu 5 Jahren). Daß man dies nicht getan hat, beweist allein, wie sich die Vorgesetzten des Majors zu der gegen ihn erhobenen Beschuldigung gestellt haben.

Das Unterbleiben einer gerichtlichen Untersuchung gegen ihn ist gesetzwidrig; die Vorgesetzten, die sie unterlassen haben, haben sich strafbar gemacht. § 147 des Militärstrafgesetzbuches lautet: „... Wer die ihm obliegende Meldung oder Verfolgung strafbarer Handlungen seiner Untergebenen verläßt, unterläßt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten bestraft; gegen Offiziere kann zugleich auf Dienstentlassung erkannt werden.“

Dem Chef des Militärkabinetts konnten ebensowenig wie dem Kommandeur des Gardekorps das Auffällige und die mangelhafte Begründung des Abschiedsgesuches entgehen. Sie sind in vollem Maße mitverantwortlich.

Wenn jetzt nachträglich, nachdem in Peer und Voll gewisse Empörung laut geworden, gegen ihn eingeschritten wird, so wiegt das die bisherigen Versäumnisse nicht auf. Erst unter dem Druck der öffentlichen Stimmung hat man sich zur gerichtlichen Verfolgung entschlossen. Wenn sich Dohna übrigens dem Gerichte nicht stellt, sondern im Auslande bleibt, so kann ihm auch der Titel nicht mehr aberkannt werden, weil in diesem Falle eine Hauptverhandlung nicht stattfinden darf.

Dohna aber ist ferner, obwohl nicht dienstunfähig, mit Pension entlassen worden. Auch das ist gesetzwidrig. Ich habe den Wortlaut der betreffenden Stellen des erst einhalb Jahre alten Pensionsgesetzes bereits neulich hier angeführt. Allerdings habe ich schon bei der Beratung des Gesetzes darauf hingewiesen, daß es dem Zentrum nicht gelingen werde, durch die nur von ihm eingeschobenen Klauseln zu erzwingen, daß wirklich nur dienstunfähige Offiziere mit Pension verabschiedet würden. Der Reichstag mag beschließen was er will; das Militärkabinett handelt wie es will. Es ist eine absolutistische, außerhalb des Gesetzes stehende Behörde und wird es bleiben, so lange der Reichstag und der Kriegsminister sich das gefallen lassen.

Nun zum Fall Dohnau. Wenn irgend ein anderer Offizier solange mit einer Beleidigungslage gequält hätte, wie dieser General und Flügeladjutant gegen eine so unerhörte, gegen ihn geschleuderte Beschuldigung, ja wenn er den Betroffenen nicht zunächst einmal sofort gefordert hätte, wäre aus diesem Grunde ehrengerichtlich eingeschritten worden. Ich brauche ja nur an den Fall Reuhaus zu erinnern. Rein geringerer Strafbildnis aber wäre überhaupt unter dem Druck solcher Beschuldigung mit Pension zur Disposition gestellt worden. Warum beantragte denn Graf Dohnau nicht selber ein ehrengerichtliches Verfahren gegen sich, wenn er sich unschuldig fühlte und auf anderem Wege eine Genugtuung für seine schwer beleidigte Ehre nicht erhalten konnte? Man glaube doch nur nicht, daß im Falle Dohnau von den Behörden korrekt verfahren sei; alle Dialektik des Kriegsministers wird das nicht zustande bringen. Es ist sehr billig, mit bildlicher Stimme zu verkünden, daß igni et ferro gegen solche Erzeugnisse eingeschritten werden müsse — das erschlüsselt höchstens die Luft. Das tatsächliche Verhalten im einzelnen gegebenen Falle ist allein für die Beurteilung entscheidend.

Der Kriegsminister wird nicht umhin können, sich auch zu diesen Darlegungen Gädkes erschöpfend zu äußern!

Gefährlicher Zickzack in der deutschen Marokkopolitik.

In Paris ist man nach einem Telegramm des „Verl. Tagebl.“ erregt über einen Artikel der offiziellen „Nordd. Allgem. Ztg.“, in der eine unfreundliche Wendung gegen Frankreichs Vorgehen an der algerisch-marokkanischen Grenze enthalten ist. In diesem Artikel wird der französischen Regierung die Absicht imputiert, durch Vordringen gegen die Beni-Snassen diese zu Feindseligkeiten aufzureizen, die, wie der Artikel zwar nicht sagt, aber wie man schließen muß, den willkommenen Vorwand zu weiterem Vordringen in Marokko liefern sollten.

Diese Vermutung lag nahe und der „Vorwärts“ hat ihr auch Ausdruck gegeben. Etwas anderes ist es aber, wenn das Blatt Wilow, wenn das Regierungsblatt derartiges in auffälliger Weise publiziert. Das muß den Eindruck erwecken, daß die deutsche Regierung der Aktion der Franzosen an der algerisch-marokkanischen Grenze Schwereigkeiten bereiten möchte. Und das steht in direktem Widerspruch zu der wohlwollenden Beurteilung, die Wilow dem französischen Vorgehen in seiner

Reichstagsrede zu teil werden ließ. Man fragt sich in Paris, was hinter diesem Widerspruch steht. Ob Wilow in seiner Rede die Sprache benutzte, um die wahren Gedanken der deutschen Regierung zu verbergen, ob der Artikel der „Nordd. Allgem. Ztg.“ eine andere Richtung der deutschen Marokkopolitik anzeigt, eine Richtung, die sich gegen Frankreich wendet. Oder ob wieder eine der pöblichen Wendungen eingetreten ist, durch die die deutsche Regierung die Welt so oft überrascht hat, oder ob etwa wieder, wie schon einmal, da Herr Decombe als Vorkassier noch in Berlin weilte, zwei Richtungen: die des Kanzlers und die des Kaisers, in der deutschen Marokkopolitik neben einander herlaufen und einander durchkreuzen. So läßt der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ Fragen aufwerfen, die dem Ansehen Deutschlands sicher nicht förderlich sind und die auf eine Spannung zwischen Frankreich und Deutschland entstehen lassen können.

Wir haben sicherlich keine Neigung, die französische Marokkopolitik zu beschönigen. Aber dessemungeachtet haben wir und hat das deutsche Volk allen Anlaß, energisch dagegen zu protestieren, daß die französische Aktion zum Vorwand genommen wird, das deutsche Volk in ähnliche Aktionen und vielleicht in Schlimmeres zu verwickeln. Was das deutsche Volk zu fordern hat, ist einfach, daß die deutsche Regierung die Hände vom marokkanischen Feuer lasse und keine Provokations- und Scharfmacherpolitik treibe. Daß sie eine folgerichtige Friedenspolitik treibe und daß nicht Reichskanzler und Reichskanzlerblatt einander in wenigen Tagen auffällig widersprechen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird die erste sich bietende Gelegenheit benutzen müssen, um den Reichskanzler auf den klaffenden Widerspruch zwischen seiner Rede und den Äußerungen seines Sprachrohres hinzuweisen und eine runde, unzweideutige Erklärung zu verlangen.

Die heutigen Nachrichten von der algerisch-marokkanischen Grenze zeigen, daß die Beni-Snassen zu neuen Angriffen nicht übergegangen sind, sondern sich auf marokkanischem Gebiete zurzeit abwartend verhalten. Die Franzosen sammeln Streitkräfte zum Vorstoß und sind an einer Stelle über die Grenze gedrungen. Ereignisse von größerer Bedeutung sind nicht vorgefallen. General Chautey telegraphiert unterm 1. Dezember nach Paris: Ein neuer Angriff hat nicht stattgefunden. Eine Offizierpatrouille stieß gestern in der Tiefenzone auf Marokkaner, die nach kurzem, heftigem Feuer flüchteten. Mehrere Dörfer und der Wohnsitz des Marabut Si Mostar von Tschich wurden zerstört, der Bruder des Marabut gefangen genommen. Französischerseits sind keine Verluste. Einem Gerücht zufolge sollen sich mehrere Riffstämme den Beni Snassen anschließen wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember 1907.

Ein Anfang.

Die Hirsch-Duncker'schen scheinen sich doch jetzt endlich etwas mehr um Politik kümmern zu wollen. Ihr Zentralkomitee hat allerdings in der etwas unbedeutsamen und wenig wirkungsvollen Form von Petitionen an den Reichstag und Landtag zu den wichtigsten politischen Fragen Stellung genommen. Mein Vereinstrecht fordert er unter anderem die Beilegung des Koalitionsstreiks für die ländlichen Arbeiter und Dienstboten und die Ausmerzung der sprachlichen Ausnahmestimmungen. Eine zweite Petition verlangt die Aufhebung der Zölle auf notwendige Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Ein drittes fordert der Zentralkomitee das gleiche Wahlrecht für Preußen.

Die freisinnigen Arbeiter werden sich wohl selbst sagen, daß mit Petitionen allein nicht viel ausgerichtet ist. Sie werden für ihre Forderungen, sollen sie ernst genommen werden, auch kämpfen müssen. Dann werden sie aber sehr bald zur Einsicht gelangen, daß sie auf derselben Seite kämpfen, wie die Sozialdemokratie, während sie auf der Seite ihrer Gegner den Preussianer finden werden! Einen klaren Beweis dafür können sie schon darin sehen, daß das offizielle Organ ihrer Fraktion, so viel wir sehen, zwar den Inhalt der Petition zum Vereinsgesetz kurz wiedergibt, den Inhalt der anderen, also auch den der Petition zur Wahlrechtsfrage, zunächst verschweigt. Sollte das bloßer Zufall oder nicht vielmehr „Fraktionspolitik“ sein?

Die preussische „Reichsfeindschaft“!

Daß die wohnwichtige, so maßlos ungerechte Polenpolitik der preussischen Regierung die auswärtige Politik des Reiches aufs schwerste schädigt, haben wir schon neulich betont. Die Bewegung in Galizien gegen den Dreibund ist im raschen Werden begriffen. Das „Berliner Tageblatt“ meldet darüber:

Die preussische Entleerungsvorlage veranlaßt die Polen in ganz Galizien zu leidenschaftlichen Protestkundgebungen. Die Erregung kommt in zahlreichen Sonderkundgebungen einzelner Berufsgruppen, wie Berge, Advokaten, Ingenieure, Kaufleute, Gewerbetreibenden, zum Ausdruck. In vielen galizischen Städten ist eine Bewegung zur Boykottierung preussischer Waren eingeleitet.

Gestern hat im Lemberger Rathaus eine von einer großen Menschenmenge besuchte Volksversammlung stattgefunden, die einstimmig eine Resolution beschloß, durch die alle politischen Vertreter in Wien aufgefordert werden, sich nicht auf Proteste zu beschränken, sondern die bisserige Haltung gegenüber dem Bündnis der Monarchie mit Deutschland zu ändern und dahin zu wirken, daß die Anliege, welche der polnischen Nation, die einen großen Bestandteil der Bevölkerung des österreichischen Staates bildet, drohe, in der Politik der österreichischen Monarchie wirksame Abwehr finde. Widrigenfalls hätte die polnische Vertretung in Wien darauf alle politischen Konsequenzen zu ziehen. In der Versammlung erschollen fürchterliche Hui- und Schmäuze, so oft Wilsons Name genannt wurde. Ähnliche Protestversammlungen wurden Sonntag in Stanislaw, Kolomea, Strzy und Przemysl abgehalten.

Nach der Versammlung wurde von der Versammlung eine Karikatur Kaiser Wilhelms auf eine Stange gesteckt und verbrannt. Die Menge zog schließlich zur Universität, wo ein Student eine Rede hielt, in der er sagte: Wer dem deutschen Konsul in Lemberg Wohnung gibt, ist ein Verräter an unserer Sache. Der Hotelier vom Hotel George erklärte, er habe dem deutschen Konsul bereits gekündigt; dieser wohne nicht mehr im Hotel.

Gewiß steht in solchen Kundgebungen ein gut Teil nationaler Heberzeugung. Vor allem dürfen die Polen nicht verärgert sein, daß die preussische Polenpolitik von der Masse der deutschen Bevölkerung entschieden verurteilt wird. Aber diese ist entrechtet! Es sind die Regierung und das Privilegiensparlament Preußens, die diese Politik betreiben und mit ihr allerdings Deutschland aufs schwerste diskreditieren und seiner Politik schlimme Hindernisse bereiten!

Indirekte Steuern.

Ob im Reichstage des gleichen Wahlrechts wirklich keine Majorität für Einführung direkter Steuern zu haben wäre, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Als unbedingte Gegner direkter Steuern haben sich nur die Konservativen und das Zentrum bekannt, was übrigens den Zentrumsarbeitern besonderen Stoff zum Nachdenken geben sollte. Dagegen sind die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und, wenn man Herrn Wassermann glauben darf, auch die Nationalliberalen für direkte Reichsteuern. Es ist nun eine merkwürdige Sache, daß die geldbedürftige Regierung so großes Gewicht darauf legt, nicht ob sie das Geld überhaupt bekommt, sondern daß sie es ausschließlich auf dem Wege der Belastung der „schwachen Schichten“ durch indirekte Steuern erhält. Es ist charakteristisch, daß es gerade der preussische Minister, Herr v. Rheinbaben war, der diese Gegnerschaft am schärfsten betonte und der dem Reichskanzler sein „Unannehmbar“ zurief. Charakteristisch deshalb, weil dadurch das Sonderinteresse der Bundesstaaten, vor allem Preußens, gegenüber dem Reichsinteresse besonders scharf zum Ausdruck gelangte. Herr Rheinbaben hat allerdings lächerlich übertrieben, wenn er in den indirekten Reichsteuern ein Mittel zur Zerstörung der Verfassung oder gar zur Etablierung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates erblickte. Aber dies ist schon richtig, daß die Einführung direkter Steuern dem preussischen Finanzminister verhaßt ist, nicht aus steuerrechtlichen, sondern aus politischen Gründen: Der Reichstag des gleichen Wahlrechts soll dadurch diskreditiert werden, daß er dem Volke neue Lasten auferlegt. Man will den Arbeitern, die jetzt so dringend nach dem gleichen Wahlrecht in Preußen verlangen, klar machen, daß sie ja vom gleichen Wahlrecht nichts zu erwarten haben. Gerade der Reichstag, der aus dem gleichen Wahlrecht hervorgeht, habe ja die verhassten neuen Steuern beschlossen. Damit die Wahlrechtsbewegung geschwächt werde, treibt die Regierung den Reichstag zu volksfeindlichen Taten an und findet dabei die verständnisvolle Beihilfe der Konservativen und des Zentrums.

Aber der saubere Plan wird wenig nützen. Diesmal ist es in erster Linie die Regierung und nicht der Reichstag, die die Verantwortung zu tragen hat. Auch hier ist wieder der Feind, der getroffen werden muß, die preussische Regierung und die kann nur getroffen werden durch die Erringung des gleichen Landtagswahlrechts. Es zeigt sich zugleich, wie eng die Reichspolitik mit der preussischen Politik zusammenhängt. Damit die Volksfeindschaft des Dreiklassenparlamentes und seiner Regierung nicht allzu grell in Erscheinung trete, wird nicht etwa dieser Volksfeindschaft irgendwelche Schranke auferlegt, sondern der Reichstag unter dem Druck der preussischen Regierung zu gleicher Volksfeindschaft angetrieben.

Der Reichstag hat aber gerade in der Steuerfrage eine Gelegenheit, seine Macht zu betätigen, die ihm sonst verlagert ist. Er braucht nur fest zu bleiben und jede indirekte Steuer abzulehnen. Die Regierung braucht dringend Geld und der Reichstag kann, wenn er festen Willen zeigt, ihr den Weg vorzeichnen, den sie gehen muß. Allerdings, die Entscheidung liegt bei den bürgerlichen Parteien, noch dazu bei der rückgratlosesten von allen, bei den Nationalliberalen. Unsere Hauptaufgabe auf die Festigkeit des Reichstages ist also eine ganz minimale. Wir werden aber dafür sorgen, daß die Erkenntnis, die Herr Rheinbaben so gern verdunkeln möchte, überall verbreitet werde, die Erkenntnis, daß der letzte Grund einer volksfeindlichen Steuerpolitik im Reiche zu finden ist in der Entrechtung des Volkes in Preußen.

Zum Nürnberger Petersprozeß.

In unserem in der Sonntagsnummer enthaltenen Bericht über den Prozeß des Peters gegen den Genossen Dr. Weiß von der „Frankfurter Tagespost“ heißt es, daß ein vom Vorsitzenden angeregter Vergleich daran scheiterte, daß der Privatkläger jeden Vergleich ablehnte. Das ist, wie wir vom Genossen Dr. Weiß geschrieben sind, ein Irrtum des Berichterstatters. Der Vertreter des Peters, der Rechtsanwalt Rosenthal war unter Vorbehalt der Zustimmung des Peters zum Vergleich bereit, während der Beklagte, Genosse Dr. Weiß, jeden Vergleich ablehnte.

Was wir mit Befriedigung vermerken, für einen Sozialdemokraten kann es einen Vergleich mit Peters nicht geben.

Wo der Schweiß der Arbeiter fließt! In den Blättern findet man diese Notiz aus Wiesbaden: „Der internationale Hotelier Carl von Mainz, der im Oktober im Kaiserhof in Wiesbaden der Frau Kommerzienrat Guillaume aus Köln ein Paar Brillanten im Werte von 11 000 Mark gestohlen hat, wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.“

Elftausend Mark für ein Paar Ringe! Um einen solchen Betrag als Lohn zu erhalten, der für ihn und die ganze Familie reichen muß, hat ein Arbeiter des Wilhelmshafen Rabelwerkes mindestens sieben oder acht Jahre, in vielen Fällen ein ganzes Jahrzehnt von früh morgens bis zum Abend schwer zu arbeiten. Götliche Weltordnung!

Unter Zentrumsbroedern.

In seiner „Westdeutschen Volkszeitung“ wehrt sich H. S. S. gegen, daß man es ihm als Verbrechen anrechnet, weil er in dem Zentrum eine katholisch-konfessionelle Partei erblickt. Er argumentiert, so schreibt er, „Dann ist das Zentrum in Hagen-Schövelm als katholisch-konfessionelle Partei organisiert. Die Lokalwahlkomitees sind nach den katholischen Pfarrbezirken abgeteilt; dreißig katholische Geistliche gehören der Parteileitung als geborene Mitglieder an; der Vorsitzende des Wahlkomitees und des Arbeiterausschusses ist ein katholischer Pfarrer. ... Und wenn im Sauerlande bei einer Wahl von autoritativer Seite der Anspruch getan wurde, wer gegen den offiziellen Zentrumskandidaten stimme, der stimme gegen die Kirche, so konnte dies doch nur unter dem Gesichtspunkte geschehen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei ist.“

Zum Schluß sagt H. S. S. seinem Konkurrenten Lensing in Dortmund, dessen Blatt nimmere in Hagen-Schövelm als Zentrumorgan eingeführt werden soll, einige Liebenswürdigkeiten: „Als vor mehreren Jahren Herr Lensing in seiner Fehde lag und in einer großen Volksversammlung die Massenabstimmung der „arbeiterfeindlichen“ „Tremonia“ beschlossen wurde, fand sich kein katholischer Verleger, der — Charakterstärke genug besessen hätte, Herrn Lensing in den Rücken zu fallen. Herr Lensing ist nicht so. Sein jetziges Verhalten hat dem gewinnenden Eindruck seiner Gesamtpersonalität als Mann, Politiker und Publizist einen weiteren, sympathischen Zug hinzugefügt. Sein Vorgehen wird ihm in der Mark wie im Sauerlande viele begeisterte Freunde erwerben. Das Zentrum kann stolz sein auf einen solchen Mann.“

Wenn man beim Militär polnisch spricht!

Zu zwei Jahren Gefängnis hatte das Breslauer Kreisgericht der ersten Division den Musikier Val. Drisko II

vom Infanterie-Regiment Nr. 156 in Bries wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten verurteilt. Auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer sprachen die Mannschaften des Arbeitskommandos viel polnisch. Der Stubenälteste, Gefreite Ledabi, erinnerte an das Verbot, daß Polnisch sprechen nicht gestattet sei. Er war darüber ärgerlich und er zügelte zu Kameraden, wenn der Vorgesetzte weiter schimpfe, solle man ihm mit Schüsseln bewerfen. Am 3. Oktober hatte sich B. angetrunken und sprach Polnisch, weshalb ihn der Gefreite zur Rede stellte und Ruhe gebot. Willa warf nun drei Schüsseln nach dem Gefreiten zu, um ihm Furcht einzujagen. Vor dem Breslauer Oberkriegsgericht des VII. Armeekorps unter Vorsitz des Oberleutnants Sauslin, das sich auf Verurteilung des Angeklagten noch mal mit der Sache beschäftigte, beantragte der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Brüd, der betonte, der Angeklagte habe ein schlechtes Beispiel gegeben, Verwerfung der Verurteilung. Das Oberkriegsgericht erkannte auf diese, rechnete aber einen Monat Untersuchungshaft an. Der Verteidiger hatte für milde Strafe nur wegen Abtunungsverletzung plädiert, weil zur Aufrechterhaltung der Disziplin nicht solch eine hohe Strafe für einen unbestraften Soldaten nötig sei, daß man ihm zwei Jahre seines Lebens freigebe.

Von der freisinnigen Selbstbeherrschung.

Ueber die Vertagung des freisinnigen Wahlrechtsantrages schweigen sich die Fraktionsblätter aus. Das muß den Verdacht, daß der Freisinn Beihilfe zur Verschleppung der Wahlreform leistet, aufs neue bestärken. Das „Berliner Tageblatt“ meint allerdings heute:

„Der Preis weiterer Blockfreundschaft bleibt für den Freisinn, wenn er sich nicht selbst aufgeben will, die Wahlrechtsreform noch vor der nächsten Legislaturperiode.“

Ganz recht. Wird aber der Freisinn nicht lieber sich als die Regierungsfreundschaft aufgeben? Wir denken, das Verhalten des Freisinn, der nicht einmal mehr auf der Verurteilung seines Antrages, geschweige denn auf seiner Durchsetzung besteht, ist wohl eine genügende Antwort!

Reichstags-Wahl. Bei der am 28. November stattgefundenen Reichstagswahl im Wahlbezirk Daun-Prüm-Bitburg erhielt von 19 215 gültigen Stimmen Erbspring zu Löwenstein-Aleinbuchs (Zentrum) 18 845, Generalleutnant z. D. Verlage in Holschum (Nationalkatholik) 805 Stimmen. Zersplittert waren 68 Stimmen.

Italien.

Rom, 2. Dezember. (Privatdep. d. „Vort.“)

Die Vertagung des Rasi-Prozesses „auf unbestimmte Zeit“ erfolgte offiziell: um dem Senat, der seine Tätigkeit zugleich mit dem Parlament aufnehmen muß, das legislative Arbeiten überhaupt zu ermöglichen. Tatsächlich will man offenbar die Stimmung der Kammer über Rasi's Verhaftung abwarten und den Prozeß verschleppen, um die drohenden Skandale abzuschwächen.

Bei der Wiederaufnahme muß das ganze Zeugenerhör von vorn beginnen! Daher bezweifeln viele, daß die Wiederaufnahme überhaupt erfolgen wird.

England.

Die Nachwahl in West-Hull.

London, 30. November. (Wa. Ber.) Das Ergebnis der parlamentarischen Nachwahl in West-Hull ist folgendes:

Polmer (Sozialist und Gewerksch.)	4512 Stimmen
Wilson (Liberal)	5623
Wartley (Konservativ)	5882

Der Liberale erhielt die relative Mehrheit und ist demgemäß gewählt, da es in England bekanntlich keine Stichwahlen gibt. Der Sieg des Liberalen wurde bezeichnenderweise auch von den Konservativen mit Jubel begrüßt, so daß die ganze Bourgeoisie sich einfühlte gegenüber dem Arbeiterkandidaten. Die die Londoner Presse heute mittelst wurde „die ganze Stadt dadurch in eine außerordentliche Freude versetzt“.

Für die sozialistische Arbeiterbewegung bedeutet diese Wahl einen weiteren Fortschritt. Wie ihre Anhängerzahl im Lande wächst, zeigen die Resultate der letzten Nachwahlen:

Wahlkreis	Sozial.	Kons.	Liberale
Jarrow	4608	5980	8474
Colne Valley	3648	5227	3405
Nordwest-Staffordshire	2466	5047	4980
West-Hull	4512	5882	5623
Zusammen	15234	17586	17522

Die beiden alten Parteien sind sich an Stimmenzahl fast gleich, während die Arbeiterpartei ihnen auf dem Fuße folgt, so daß diese im Unterhause die ausschlaggebende Partei werden kann.

Die russische Revolution.

Die Studenten von Riew.

Riew, 1. Dezember. (W. I. B.) Gestern Abend fand ohne Genehmigung eine Versammlung von etwa 800 Studenten statt. Da diese die Aufforderung des Westors, auseinanderzugehen, nicht befolgt, wurde Voltzel und Militär herbeigeholt. Ueber 500 Studenten, die sich nicht legitimieren konnten, sind während der Nacht in der Universität zurückgehalten worden zur Feststellung ihrer Personalien. Eine Durchsuchung brachte einige Waffen und belastende Papiere zutage. Eine größere Anzahl der Teilnehmer an der Versammlung sind Juden.

Unser Korrespondent telegraphiert uns hierzu:

Die in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in der von Militär besetzten Universität interniert gehaltenen Studenten und Studentinnen wurden am Sonntag in eine entlegene Militärlager übergeführt.

Die Erregung unter der Studentenschaft wächst allenthalben.

Die Meuterer von Wladimirof.

Wladimirof, 2. Dezember. Von 203 Teilnehmern an der Meuterei des Minenbataillons am 29. Oktober sind 20 zum Tode durch Erschießen, 34 zur Zwangsarbeit, 88 zur Verurteilung in eine Arrestantenabteilung, 53 zur Verurteilung in ein Disziplinarbataillon, 2 zu Militärfestgefängnis, ein Bauer zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Fünf Teilnehmer wurden freigesprochen.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

In Coswig (Anhalt) siegte die Sozialdemokratie mit 334 bis 555 Stimmen über die Gegner, die es auf 450-520 Stimmen brachten. Damit ist im Coswiger Stadtverordnetenkollegium eine sozialdemokratische Mehrheit erreicht. Das „Volksblatt für Anhalt“ zu Dessau schreibt dazu:

Von 18 Stadtverordneten sind elf Parteigenossen. Wenn zu den sieben bürgerlichen Stadtverordneten noch drei Magistrats-

mitglieder sich gesellen, haben unsere Genossen immer noch die Mehrheit. Und wenn unsere Parteigenossen gewollt hätten, so ständen gar nur vier Bürgerliche 14 Sozialdemokraten gegenüber. Aber unsere Genossen beschloßen, freiwillig eine proportionale Vertretung zu schaffen, und nahmen drei Bürgerliche mit auf ihre Liste.

Unsere Taten. Am Sonntag trugen unsere Mannheimer Parteigenossen wieder einen alten Kämpfer zur letzten Ruhestätte, den Stadtverordneten Christian Bögel, der von Beruf ein Schneider, zuletzt Gastwirt war. Er hätte im Februar sein 60. Lebensjahr vollendet, wenn einem langwierigen Leiden nicht vorher der einzige Besreiter Tod ein Ziel setzte. Die schwere Prüfung, die der Genosse Bögel durch zahlreiche Verfolgungen in der sozialistengesetzlichen Zeit zu erdulden hatte, die materiellen Schädigungen, die er durch Bondindungen und Verlust seiner Arbeitsstellen erfuhr, festigten Charakter und Ueberzeugung des jungen Genossen derart, daß er sich das größte Vertrauen der Arbeiterschaft erwarb. Er erhielt die Leitung der parteigenössischen und gewerkschaftlichen Sozialorganisationen und trat in den Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens ein. Der sozialdemokratischen Fraktion in der Gemeindevertretung gehörte er 14 Jahre lang an, zeitweise als Vorsitzender. Die Arbeiterschaft Mannheims hat durch eine imposante Ehrung gezeigt, wie dankbar sie diesem treuen Kämpfer immerdar sein wird.

Politikelles, Gerichtliches usw.

Nachträge zur Reichstagswahl. Am Stichwahltage wurde besamtlich in Frankfurt a. M. der Versuch gemacht, Wählerstimmen für den demokratischen Kandidaten Oester zu kaufen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee machte von diesem Vorgang, der sich am Morgen des Stichwahltages ereignet hatte, den Wählern durch ein Flugblatt Mitteilung. Die „Frankfurter Zeitung“ beschimpfte wegen dieses Flugblattes den Verfasser, Parteisekretär Dittmann, mit einer Reihe Verbalinjuren und behauptete, das Flugblatt sei schon am Abend vor dem Stichwahltage gedruckt worden. Genosse Dittmann erhob gegen die „Frankf. Ztg.“ Klage und erzielte ihre Verurteilung zu 300 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnis im „Reichsanzeiger“ und „Frankf. Ztg.“ Der Reichsanzeiger fürst Wilow erhob im Reichstags auf Grund der Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ den gleichen Vorwurf gegen Dittmann, ohne von dessen Verurteilung in der „Frankf. Ztg.“ Kenntnis zu geben. Erst nach Verurteilung der „Frankf. Ztg.“ stellte Wilow in der Sitzung vom 1. Mai, nachdem Genosse David ihn direkt aufgefördert hatte, die Sache richtig. Gegen das Schöffengerichtsurteil, das den Reichsanzeiger und die „Frankfurter Zeitung“ so sehr klamierte, hatte die „Frankfurter Zeitung“ Verurteilung eingeleitet. Sie wollte immer noch den Nachweis bringen, daß der behauptete Stimmenkauf gar nicht, oder doch nicht von einem Organ der freisinnig-demokratischen Parteien verurteilt worden sei. Ueber die Verurteilung am Sonnabend, nachdem schon drei Termine verlagert worden waren, verhandelt werden. Hierzu kam es aber nicht. Der Vorsitzende und der Berichterstatter des Gerichts gaben ihre Meinung vor Eintritt in die Beweisaufnahme dahin Ausdruck, daß die „Frankfurter Zeitung“ sich erheblicher Beleidigungen schuldig gemacht habe, und die Strafe vom Schöffengericht sehr milde ausgefallen sei. Die „Frankfurter Zeitung“ sah die Unschicklichkeit ihrer Verurteilung ein und zog sie deshalb zurück. Das gleiche tat dann Genosse Dittmann, der schon im Schöffengericht erklärt hatte, daß ihm am Strafmaß nichts liege, und er nur Verurteilung eingeleitet habe, um auch für die zweite Instanz freie Hand zu haben. Es bleibt also für die „Frankfurter Zeitung“ bei der Strafe von 300 Mark und Publikation im „Reichsanzeiger“ und „Frankfurter Zeitung“.

Gewerkschaftliches.

Hirsch-Dundersche Verleumdungsaktion auf der Anlagebank.

Pforzheim, 30. November.

Gelegentlich der Werftarbeiterbewegung in Hamburg im Frühjahr d. J. fanden auf Anregung des Metallarbeiterverbandes am 4. Mai Verhandlungen zwischen den drei beteiligten Faktoren: Werftarbeiter (Gruppe deutscher Schiffswerften des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller), Vertreter der auf Werften beschäftigten Arbeiter, die von den Unternehmern zu diesen Verhandlungen herangezogen worden waren und drittens Vertreter der in Frage kommenden fünf Organisationen und zwar Deutscher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Deutscher Schmiedeverband, Deutscher Kupferschmiede-Verband und Deutscher Schiffszimmerer-Verband.

Bei diesen Verhandlungen sollte sich nun der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes L. Schlicke von dem Vorsitzenden der Arbeitgeber H. Blohm befehlen haben lassen. Dies wenigstens behauptete Maier, der Vorsitzende des Ortsvereins Pforzheim des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts, indem er seinen mit ihm in einem Betriebe beschäftigten Arbeitskollegen erzählte: „Schlicke habe da aber einen Streich gespielt. Nach den Verhandlungen hätte Herr Blohm dem Schlicke 100 Mark in die Hand gedrückt mit dem Bemerkten, dafür mit den anderen Organisationsvertretern ein Frühstück zu nehmen.“ Schlicke habe das auch getan. 37 M. habe das Frühstück gekostet. Was Schlicke mit dem Rest gemacht habe, wisse er nicht. Dies komme im „Regulator“, den bringe er mit, um es von den Verhandlern lesen zu lassen.“

In der Prozeßverhandlung stellte sich nun heraus, daß sich Maier durch ein ihm zugetragenes Gerücht zu der simulierten Behauptung hinreißen ließ, heute aber gerne alles vor der Verhandlung zurückgenommen hätte. Der Verteidiger Schlicke konnte sich natürlich bei der Schwere der Verleumdung nicht darauf einlassen und trat das Gerücht in die Beweisaufnahme ein, die denn auch, wie vorausgesehen war, nicht den Schatten eines Beweises einer derartigen Lüge erbrachte. In der Verhandlung wurde auch festgestellt, daß von den 22 000 an der Werftarbeiterbewegung beteiligten, 8000 dem Metallarbeiterverband und nur gegen 800 dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft angehörten. Auch bei dieser Bewegung traten die Hirsche, wo sie doch kaum in Betracht kamen, im letzten Augenblicke mit Forderungen auf, die völlig unannehmbar waren, dieselbst um nur zu zeigen, wie mutig und berufen sie seien, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, so daß sich selbst die Unternehmer die Mitarbeit der im letzten Augenblicke herein geschneiten „Arbeitervertreter“ verbateten. Die alte „Hirsch“-Taktik versagte also diesmal.

Aus dem Prozesse heben wir folgendes hervor: Der Angeklagte Maier entschuldigte sich damit, daß ihm nach einer am 10. Juni stattgefundenen Metallarbeiterversammlung im „Schwarzen Adler“ erzählt worden sei, Schlicke habe sich kaufen lassen. Nach den vielen Angriffen habe er die Mitteilung als „Wasser auf seine Mühle“ betrachtet und diese am Arbeitsplatz verbreitet. Er bedauere das und wolle Herrn Schlicke nicht beleidigt haben und hoffe, daß die Sache durch Vergleich aus der Welt geschafft werde. Sein Verteidiger plädierte im gleichen Sinne. Dies wurde aber abgelehnt.

Die Zeugen Goldarbeiter Meisenbacher, Säuberlich und Eberhard bekunden übereinstimmend, wie Maier das Gerücht im Betriebe verbreitet. Es sei eine große Aufregung unter

die Mitglieder dann gekommen die sich in dem Entschlusse Luft machte, aus dem Verbands auszutreten, wenn das Gerücht sich bewahrheitete. Umso mehr war es zu begreifen, daß Schlicke durch seinen Vertreter, Herrn Rechtsanwält Dr. Schweizer-Stuttgart, auf gründliche Verhandlung und Zeugenernahme drang.

Von den am 17. Oktober vom Amtsgericht in Hamburg kommissarisch vernommenen Zeugen bringen wir folgende Aussagen:

Zeuge Hermann Blohm-Hamburg (Arbeitgeber):

Es fanden damals Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf Einladung der Arbeitgeber zwecks Verklärung der Arbeitszeit auf den meisten deutschen Werften statt. Die Verhandlungen führten zu einem Resultat. Zum Schluß regte ich noch an, ob vielleicht ein ständiges Organ zur Schlichtung von Streitfragen geschaffen werden könne. Ich bemerkte, daß die Vertreter der Arbeitnehmer in zwei Kategorien zerfielen, erstens Delegierte der Arbeiter der einzelnen Werften und zweitens Vertreter der Arbeiterorganisationen. Nachdem die Verhandlungen völlig beendet waren, lud ich die sämtlichen Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Frühstück ein. Auch dieses Frühstück zerfiel in die drei Kategorien. Die Arbeitgeber gingen mit mir, die Delegierten der Werftarbeiter gingen unter Führung des Herrn Strauß, die Delegierten der Organisationen unter Führung des Herrn Ziolkow. Herrn Strauß habe ich das Geld für das Frühstück — es mögen 100 Mark gewesen sein — eingehändigigt. Herrn Ziolkow habe ich nichts gegeben. Das Frühstück ist — wie ich annehme — von einer Organisation der Arbeitgeber bezahlt worden. Alle Anwesenden mußten verstehen, daß ich die sämtlichen anwesenden Delegierten, ohne Unterschied ihrer Parteistellung, einladen wollte. Dies war ein Akt der Höflichkeit, der mit den Verhandlungen nichts zu tun hatte.

Auf Befragen des klägerischen Vertreters: Der Privatkläger hat von mir keinerlei Vergünstigungen erhalten. Nach meiner Ansicht hat er die Interessen der organisierten Arbeiter außerordentlich gut und energisch vertreten.

Auf Befragen des Verteidigers: Es handelte sich bei den Besprechungen um die Verkürzung der Arbeitszeit und einer Reihe hiermit in Zusammenhang stehender Fragen, z. B. Regulieren der Lohnsätze.

Auf beiderseitigen Befragen der Parteivertreter: Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften waren nicht zur Auffstellung von Forderungen aufgefordert worden, sondern lediglich die anderen Gewerkschaften; trotzdem wurde von Hirsch-Dunderscher Seite im letzten Augenblicke eine Reihe von Forderungen eingebracht, über welche nicht in die Verhandlung eingetreten worden ist. Ich wies dieselben mit dem Bemerkten zurück, unsere Einladung dürfe nicht dazu benützt werden, neue Forderungen aufzustellen.

Zeuge Wilhelm Ziolkow, Sekretär der Eisenindustrie, Hamburg:

Die fraglichen Verhandlungen waren vollkommen beendet. Herr Blohm lud alsdann die Vertreter der Arbeitnehmer — ob auch der Arbeitgeber, erinnere ich mich nicht mehr — zum Frühstück ein. Die Vertreter der Werftarbeiter sollten unter Führung des Herrn Strauß gehen, die Vertreter der Organisationen unter meiner Führung. Ob Herr Blohm Herrn Strauß Geld gegeben hat, weiß ich nicht, ich habe keines von ihm erhalten. Die fünf Vertreter der Organisationen haben dann mit mir ein einfaches Frühstück eingenommen. Ich habe daselbst zum Schluß bezahlt, es mögen circa 20 M. gewesen sein, und mir später diese Auslagen vom Verband der Eisenindustrie ersehen lassen. Ich hatte den Eindruck, daß das ganze ein Höflichkeitsspektakel des Herrn Blohm war. Mit den Verhandlungen selbst hatte dieses einfache Frühstück nicht das mindeste zu tun. Als ich bezahlte, mögen verabschiedete Herren nicht im Zimmer gewesen sein. Ob der Privatkläger im Zimmer anwesend war, erinnere ich mich nicht.

Zeuge Erdmann Thiedemann-Hamburg, Kupferschmied:

Ich habe den fraglichen Verhandlungen als Vertreter des Kupferschmiede-Verbandes beigewohnt. Ich habe nicht gehört, daß Herr Blohm irgend einen Arbeitnehmer zum Frühstück eingeladen hat; zu den Arbeitgebern sagte er: „Meine Herren, wir frühstücken wohl zusammen?“ Als ich die Treppe herunterkam, sagte Herr Ziolkow: „Wir trinken wohl ein Glas Bier zusammen?“ Die fünf Organisationsvertreter und Ziolkow haben dann ein einfaches Frühstück eingenommen. Ich habe mich keineswegs als Gast des Herrn Ziolkow gefühlt. Ich war mit dem Privatkläger zusammen anferhold des Frühstückszimmers. Als wir wieder herein kamen und die Juche begleiten wollten, hatte Ziolkow dies schon getan. Ich akzeptierte es mit den Worten: „Na, es trifft ja keinen Armen!“ Der Privatkläger sagte, soweit ich mich erinnere, gar nichts; die Sache erschien uns nicht sehr wesentlich.

Der Verteidiger Schlicke, Rechtsanwält Dr. Schweizer, gab ein kurzes Resümee der Zeugenaussagen und stellte demgegenüber das verwirrende Verhalten des Beklagten. Maier habe am Anfang selbst gesagt: „Es sei das größte Vergehen in der Arbeiterbewegung, sich von einem Arbeitgeber Geld geben zu lassen.“ Er durfte also nicht so leichtsinnig sein und nach dem Grundsatz handeln: „Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen.“ Dr. Schweizer beantragte eine der Schwere der Verleumdung entsprechende Strafe.

Der Verteidiger des Angeklagten Maier ersuchte um eine geringe Strafe, da ja der Angeklagte selbst jetzt einsehe, daß er Unwahres behauptet habe und es schon vor der Verhandlung zurücknehmen wollte.

Das Urteil lautete auf 100 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis und Tragen der Kosten.

Aus der Begründung des Urteils sei erwähnt, daß der Vorwurf eines großen Vertrauensmißbrauchs, Verrats und der Absicht als eine schwere Verleumdung vom Gerichtshof angesehen wurde. Der Privatkläger sehe aber durch die Beweisaufnahme als gereinigt da. Schlicke habe sich nur einer Liebeshändlichkeit bedient und sich als ein verkehrsfähiger Mensch gezeigt, indem er ein kleines Frühstück in Gesellschaft einnahm. Daraus ihm einen Vorwurf zu machen, sei unmöglich. Die Äußerung des Beklagten war eine schwere Verleumdung und deshalb wurde eine so hohe Strafe ausgesprochen, die mit Rücksicht auf die Vermögenslage des Angeklagten nicht noch höher bemessen wurde, da auch die Kosten nicht unbedeutend seien.

Berlin und Umgegend.

Der Gutenbergbund und die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker.

Der § 4 des zwischen dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Prinzipalverein abgeschlossenen Organisationsvertrages enthält die Verpflichtung, daß einerseits die Prinzipale nur Mitglieder des Verbandes einstellen, andererseits die Verbandsmitglieder nur bei solchen Prinzipalen arbeiten sollen, die dem Verein angehören. Der vorliegende Absatz desselben Paragraphen besagt jedoch, daß auch andere, für die Tarifgemeinschaft wichtig erscheinende Vereinigungen in das Vertragsverhältnis aufgenommen werden können, sofern sie der Tendenz des Vertrages entsprechen. Die Entscheidung über die Aufnahme trifft das Tarifamt. Auf Grund dieses Absatzes hat nun der „Gutenbergbund“, jene auch „Organisation“, die nach dem verlorenen Reunionsvertrag der Buchdrucker mit Prinzipalhilfe gegründet wurde, um den Streikbrechern ähnliche Rasterverurteile, wie sie der Verband gewährt, zu sichern, und die sich kürzlich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat, im Ausnahme in den Organisationsvertrag und

damit in die Tarifgemeinschaft nachgeführt. Da der „Gutenbergsbund“ bisher in vielen Fällen die doch dem Vertrag nicht entsprechende Tendenz gezeigt hat, bei Kämpfen um die Anerkennung des Tarifstreikrechtes zu liefern, ist es leicht begreiflich, daß der Antrag des Bundes auf Aufnahme in den Vertrag unter den Verbandsmitgliedern im ganzen Reich lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat. Die Gehilfenvertreter im Tarifamt werden sich sicherlich einmütig gegen den Antrag erklären; die Prinzipale aber glauben vielleicht, daß es in ihrem Interesse liegt, wenn durch die Aufnahme des Bundes eine Zersplitterung der Gehilfen innerhalb der Tarifgemeinschaft hervorgerufen wird. Da die Entscheidung bei Abstimmungen im Tarifamt bei Stimmengleichheit dem unparteiischen Vorsitzenden (Justizrat Löwenstein) obliegt, muß immerhin damit gerechnet werden, daß der Antrag trotz einmütiger Gegnerkraft der Gehilfenvertreter angenommen werden kann. Um nun der Gehilfen Vertretung Gelegenheit zu geben, ihre Meinung kundzutun, hält der Buchdruckerverband, der rund 52 000 Mitglieder zählt, im ganzen Reich Versammlungen ab.

Eine gewaltige Massenversammlung gegen den Antrag war die außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, die am Sonntagvormittag in der Brauerei „Friedrichshain“ stattfand. Der große Saal war überfüllt und bot doch nicht Raum genug für alle, die an der Versammlung teilnehmen wollten. Der Hauptredner Raffini hielt den einleitenden Vortrag. Er beleuchtete die Sünden des Gutenbergsbundes und hob scharf die Gegensätze hervor, die den Verband von jener aus dem Streit von 1891 hervorgegangenen Ausreißerorganisation trennen, die sicherlich ihre Tendenz nicht ändern werde, wenn sie wirklich in die Tarifgemeinschaft aufgenommen werden sollte, für deren Durchführung sie keinen Finger gerührt habe. Eine Gemeinschaft zwischen dem Verband und dem Bund könne es unter keinen Umständen geben. Wenn man mit dem Organisationsvertrag auch den Tarifvertrag aufhebe, dann hätten jene die Verantwortung zu tragen, die den Antrag der Gutenbergsbündler unterstützten. Der Verband der Deutschen Buchdrucker, der mehr als 40 Jahre imstande gewesen ist, seine Feinde abzuwehren, werde ihrer auch diesmal Herr werden.

In der lebhaften Diskussion, die dem Vortrag folgte, kam nur ein und dieselbe Ansicht zum Ausdruck, daß es nie und nimmer eine Tarifgemeinschaft mit dem Gutenbergsbund geben könne. Daneben wurde auch die Meinung laut und namentlich von Haus Weber geäußert, daß die Verbandsleitung und besonders der Redakteur Reghäuser nicht immer mit der nötigen Schärfe die Grundzüge der modernen Arbeiterbewegung innerhalb des Verbandes betont hätten. Mit brausendem Beifall wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt, daß als Kontrahent für den Organisationsvertrag nur der Verband Deutscher Buchdrucker in Betracht kommt. Der Gutenbergsbund kann als gleichberechtigter nicht angesehen werden. Nicht nur der Beweis der Tarifstreue, welchen der Gutenbergsbund sich vergeblich bemüht beizubringen, ist für uns maßgebend, sondern prinzipielle Gründe. Als Träger des Tarifgedankens wie des Organisationsvertrages kommt einzig der Verband in Betracht; der Gutenbergsbund hat nie positive Arbeit geleistet, sondern hat sich überaus als größtes Hindernis für die tarifliche Durchführung erwiesen, indem er überall und zu jeder Zeit bereit war, den für Verbesserung ihrer Lage eintretenden Gehilfen in den Rücken zu fallen.“

Der größte Wert des Organisationsvertrages liegt in seinem § 4. Wenn dieser nicht, wie beschloss, am 1. Januar 1909 in Kraft treten kann, erfüllt der Organisationsvertrag nicht seinen Zweck. Er ist dann für die Organisation wertlos und muß als Ganzes aufgehoben werden. Unter allen Umständen muß der vorliegende Abzug des § 4 beseitigt werden.

Die Versammlung gibt ferner dem Wünsche Ausdruck, daß seitens des Zentralverbandes besonders in der Provinz eine kräftige Agitation für den Verband in die Wege geleitet wird.“

Deutsches Reich.

„Tapfere“ Arbeitswillige. Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 20. November: Die Streikbrecher Ludwig Wiebach, Hermann Wiebach und Franz Springer gerieten eines Abends mit dem streikenden Maurer Meißel über den Bauhandwerkerstreik in Wortwechsel, lauzierten den Streikenden auf und mißhandelten ihn erheblich. Springer reichte seinem Komplizen die Kaffeelösche und letzterer schlug den Streikenden damit auf den Kopf. Schließlich nahmen sie den Hut des Streikenden und zerrissen ihn. Vor dem Schöffengericht, wo die drei Arbeitswilligen wegen Körperverletzung angeklagt waren, machte Springer, der ganz bedeutende Vorstrafen erlitten hat, den Wortführer. Er meinte, er sei stolz darauf, Arbeitswilliger zu sein: Die Streikenden hätten lieber arbeiten sollen, dann hätten sie ihre paar Lumpen nicht zu verlieren brauchen. Der Staatsanwalt schien an dem eckhaft widerlichen Verhalten des Jurken keinen Gefallen zu finden und beantragte je zwei Monate Gefängnis. Das Gericht ließ jedoch die dem Staate nützlichen Elemente mit Strafen von zwei Wochen Gefängnis bzw. 40 und 20 M. Geldstrafe davonkommen.

Soziales.

Else in „Fürsorge“erziehung.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 1. Dezember: Das Töchterchen des Schmieds Preisler von hier, sollte im elterlichen Hause nicht gut getan haben, und die um ihre Moral und Sitte besorgten Personen beschloßen, Else in Fürsorgeerziehung zu bringen. Das Mädchen kam zunächst in das fromme Magdalenenstift in Wolmirstedt bei Magdeburg, wurde dort auf dem Plage der Jugend gründlich vorbereitet und dann dem wohlhabenden Küfereibesitzer Hoppe in Bhalldorf zur Weitererziehung übergeben. Dort sollte das Mädchen dienen, tüchtig arbeiten und gutes tun lernen. Else ließ sich dort ganz gut an, aber die „gute Sitte“ kam auch bei dem neuen Erzieher in Gefahr, da der Sohn des Hauses, Wilhelm Hoppe, dem Mädchen nachstellte. Nachdem er Else mit auf sein Zimmer genommen und sein Opfer sogar geschlagen hatte, teilte das Mädchen die Vorgänge ihren Eltern mit. Die Eltern kamen sofort nach Bhalldorf und holten ihre Tochter selbstverständlich ohne Erlaubnis weg. Die Folge davon war für die Eltern eine Anklage wegen „Fürsorge“erziehung vor der hiesigen Strafkammer. Zeuge Hoppe jun. gab vor Gericht zu, mit Else in der „Fürsorge“ intim verkehrt zu haben, und Else befandete, der Jurche habe sie geschlagen, als sie ihn eines Abends nicht in ihre Kammer hineinlassen wollte. Lieber hätte sie sich unter einen Zug gelegt, als dort weiter gedient. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Eltern je eine Woche Gefängnis, da die Tat „milde“ liege. Das Gericht sprach die Eltern selbstverständlich frei.

Die Eltern wurden also angeklagt, — weil sie dem unstilligen Mißbrauch ihrer Tochter steuerten. Das nennt Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Infortaleteil veranm.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bormanns Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

der Uniglich preussische Staat: „Fürsorgeerziehung“. Und doch entrüsten sich die bürgerlichen Parteien, wenn man ihnen und ihren „sittlichen“ Institutionen Heuchelei vorwirft. Es tut wahrlich not, öffentlich Anklage gegen die zu erheben, die unter dem Titel „Fürsorgeerziehung“ die geistigen und moralischen Fähigkeiten der Fürsorgefinder verewüsten. Hoppe jun. ist nicht der einzige dieser Sorte.

Das Essener Kaufmannsgericht für „Wohlfahrtspflage“.

Am Sonntag hatten wir aus der Rechtsprechung des Kaufmannsgerichts in Frankfurt a. M. über ein Urteil berichtet, das im Gegenfatz zu den bekannten Urteilen der Gewerbegerichte in Brimersheim, Vorbeck und Dortmund die Einlagbarkeit von Beiträgen zu Zwangs-Pensionskassen abgelehnt hatte, weil diese „Wohlfahrtspflage“ eine legendäre Einrichtung zum Besten der Arbeiter sei. Ein ähnlich verblüffendes Urteil wie das Frankfurter hat am Sonnabend das Essener Kaufmannsgericht gefällt.

Der Buchhalter Weseke klagte gegen die Firma Krupp auf Zahlung einer Entschädigung wegen plötzlicher Entlassung, Erstattung von Unkosten, Bezahlung der von ihm geleisteten Ueberstunden und Rückzahlung der zur Beamten-Pensionskasse geleisteten Beiträge. Auf Grund eines Briefwechsels war der Kläger am 1. Juni d. J. in die Dienste der Firma Krupp getreten. Auf Veranlassung seines Bureauchefs hatte er seine Familie von Hannover nach Essen kommen lassen. Er hatte das Kontokorrent-Konto zu führen und die Reichsbank-Angelegenheiten der Firma zu ordnen. Seiner Behauptung nach ist diese Beschäftigung so anstrengend und zeitraubend gewesen, daß er Ueberstunden in großer Zahl machen mußte. Da sein Gehalt 3000 Mark betrug, hatte er laut Statut der Beamten-Pensionskasse ein Eintrittsgeld von 250 Mark in diese zu zahlen, wozu für die Dauer der Mitgliedschaft (Zeit der Beschäftigung bei Krupp) noch 90 Mark an Beiträgen kamen. Nun war dem Kläger gekündigt worden, so daß am 31. Dezember sein Austritt aus den Diensten der Firma erfolgen sollte. Laut Statut ist den Krupp'schen Beamten gestattet, das Eintrittsgeld zur Pensionskasse in monatlichen Raten zu entrichten, doch muß der volle Betrag im Laufe eines Jahres begahlt werden. Obgleich also Kläger, weil er doch in Kündigung stand, niemals in den Genuss der Pension kommen konnte, wurden ihm die Beiträge und das ganze Eintrittsgeld dennoch vom Gehalt in Abzug gebracht, bis er am 8. Oktober plötzlich zur Disposition gestellt wurde, weil er unberechtigterweise einen eiligen Brief unterzeichnet hatte, der der Firma Nachteil brachte. Das Gehalt wurde ihm bis 31. Dezember gezahlt, aber auch für die Zeit nach dem 1. Oktober hielt man ihm die Beiträge ein.

Das Kaufmannsgericht wies den Kläger mit seinen sämtlichen Forderungen ab. In dem Urteile, daß dem Kläger trotz der erfolgten Kündigung Beiträge und Eintrittsgeld abgezogen wurden, erblickt das Gericht keinen Verstoß gegen die guten Sitten. Es hielt sich an den Wortlaut des § 6 des Beamtenpensionskassenstatuts, der besagt, daß die eingezahlten Beiträge nur dann zurückgezahlt werden, wenn der Beamte länger als fünf, aber weniger als zehn Jahre bei der Firma beschäftigt ist. Und im vorliegenden Falle war der Kläger nur fünf Monate bei der Firma tätig gewesen.

Dem Urteil hat das Gericht die Grundzüge verleiht, daß nicht der Wortlaut, nicht der Buchstabe, sondern der nach dem Grundfatz von Treu und Glauben zu ersichende Sinn einer Vertragsbestimmung maßgebend sein muß, und daß Verträge, die in der erwähnten Weise die wirtschaftliche Ohnmacht eines Angestellten ausbeuten, gegen die guten Sitten verstoßen.

Taubstummen-Schulanstalten in Preußen.

In der „Zeitschrift des Kgl. Preussischen Statistischen Landesamts“ behandelt Dr. W. Wein die Taubstummen-Schulen und -Anstalten nach den Ergebnissen der fortlaufend geführten Statistik. Es betrug am 1. Januar 1907 die Zahl sämtlicher Taubstummenanstalten, in denen Kinder Schulunterricht genossen, in Preußen 46. Da die einzelnen Schulen zuweilen noch ganz verschiedenem Muster eingerichtet sind, so schwankt die Anzahl der Klassen in den Schulen ganz erheblich, nämlich von 3 bis 25; im Durchschnitt kommen auf eine Schule 16 Klassen. Diese hohe Durchschnittsziffer rührt davon her, daß manche Schulen ihre Schüler je nach ihrer Befähigung in 2, 3, sogar 4 Gruppen eingeteilt haben, und jede Gruppe ihre besonderen Klassen hat. Die höchste Klassenanzahl und die meisten Schüler besitzt die Anstalt zu Ratibor. Die Zahl sämtlicher taubstummen Schüler in Preußen beträgt 4389. Da dieselben auf im ganzen 433 Klassen verteilt sind, so ergibt sich für jede Klasse ein Durchschnitt von rund 10 Schülern. Von den Kindern waren 2398 gleich 54,64 Proz. Knaben und 1991 gleich 45,36 Proz. Mädchen. Nur 268 der Schüler waren Anstaltskinder; die übrigen 3121 Kinder befanden sich in Familienpflege und nehmen nur als Externe oder sogenannte Schulgänger an dem Unterricht in den Anstalten teil.

Von Interesse ist es, daß weitere Schicksal der taubstummen Kinder zu verfolgen. Im Jahre 1906 schieden aus den Anstalten definitiv aus 654 Schüler; von diesen waren 45 nicht bildungsfähig, also nicht einmal 7 Proz. Allerdings muß man da berücksichtigen, daß diese sich im Laufe des Unterrichts erst als solche erwiesen; ebenso groß dürfte die Zahl derjenigen sein, die von vornherein als bildungsunfähig von dem Unterrichts zurückgewiesen wurden. Da weiter 18 Schüler im Laufe des Jahres durch Tod, 25 aus anderen Gründen abgegangen sind, so verblieben 568 (293 Knaben und 275 Mädchen), die eingeweiht wurden und einen Beruf ergriffen. Von den Knaben war bei 20 der Beruf unbekannt, 127 wollten Handwerker werden, doch wollten die Eltern sich erst nach Rückkehr ihrer Kinder in die Heimat über das Fach entscheiden, so daß nur bei 148 Knaben die künftigen Berufe bestimmt bekannt waren. Die am meisten vertretenen waren Tischler (31), Schneider (30) und Schuhmacher (25), für welche Berufe die Taubstummen eine besondere Vorliebe an den Tag legen. Weitere 12 Schüler wollten in die Landwirtschaft gehen, 7 Buchbinder, je 4 Sattler und Schriftsetzer werden. Die übrigen Berufe hatten nur minimale Zahlen. Von 156 Mädchen, die sich für eine bestimmte Stellung entschieden hatten, wollten nicht weniger als 114 die Schneiderin ergrreifen und nur 8 Dienstmädchen werden. Noch 31 Mädchen hatten die Möglichkeit, im Elternhause zu verbleiben.

In sämtlichen Taubstummenanstalten waren 488 Lehrer (einschließlich der Anstaltsleiter) und 50 Lehrerinnen, im ganzen also 538 Lehrkräfte beschäftigt. Es kam demnach auf je 8 Schüler eine Lehrkraft, ein Verhältnis, das durch die Notwendigkeit des sehr individuellen Unterrichts der Taubstummen bedingt wird. Eine Statistik darüber, wieviel taubstumme Kinder im schulpflichtigen Alter überhaupt existieren, aus der sich also ergeben ließe, wie groß der von den Segnungen des Unterrichts ausgeschlossene Prozentsatz dieser Unglücklichen ist, existiert leider nicht.

Gerichts-Zeitung.

„Gesang verschönt das Leben“ heißt es zwar in einem bekannten Volkslied. Daß dies aber nicht der Fall ist, wenn es sich um einen nächtlichen Gesang in Form eines Ständchens aus rauhen Vierzeilen handelt, bewies ein Vorfall, der gestern ein gerichtliches Nachspiel vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II hatte. — An einem Sonnabend im Juli d. J. feierte der Regierklub „Lustige Reune“ in einem Lokal in Niddorf sein Stiftungsfest. Die allgemeine „Schiedungsfidelitas“ zog sich bis zum frühen Morgen hin. Die Folge war, daß die immer trockenen Rehen der Reglerbrüder in sehr ausgiebiger Weise angefeuert wurden. Als schließlich die „Ragengelder“ bis auf den letzten Pfennig in vier umgehört waren, kam einer der Reglerbrüder, namens Schröder, auf den Gedanken, seinem Schwiegersvater, der am Sonntag Geburtstag hatte, ein Ständchen zu bringen. Dieser Vorschlag fand allgemeinen Beifall

Die Vereinsmitglieder, die in ganz besonderer Nähe dem Spruche huldigten, daß der Gesang das Leben verschönt, machten sich auf den Weg. Auf dem Grundstück angekommen, suchten sich die vier singenden Reglerbrüder erst einen passenden Platz, von dem aus sie ihre Weisen in recht eindrucksvoller Form in die Morgenstille hinausschmettern konnten. Mit vieler Mühe erkletterten sie das ziemlich hohe Dach eines Stallgebüdes. Zum nicht geringen Entsetzen des Hofhundes erlöste dann im nächsten Augenblick das Lied: „Gott grüße Dich.“ Die Stimmittel des Quartetts waren durch den überreichen Astobolgenhuh verartig beeinflusst, daß es ein Konzert gab, welches „Steine erwidern, Menschen rasend machen kann.“ Außerdem hatte der an der Seite liegende Bach und die Rufe senkrecht in die Luft gestiegt und ließ langgezogene Töne erschallen, die zur Verschönerung des Lebens durch den Gesang keinesfalls beizutragen. Durch dieses „Ständchen“ wurden nach und nach sämtliche Hausbewohner wach und sahen mehr beiläufig als ärgerlich über die Störung den schwanfenden Gestalten auf dem Dache zu. Auf Verlangen eines Hausbewohners ließen die Sangeslustigen, nachdem sie den ebenfalls musikalischen Hund durch Steinwürfe in seine Hütte zurückgejagt hatten, noch das schöne Lied steigen: „Meine einzige Freude ist, wenn die liebe Sonne aufgeht.“ In einem scharfen Nigton sang dieses Lied aus, als plötzlich sich eine Tür öffnete und der noch in dürftiger Nachtoilette befindliche Hauseigentümer Anolle in dem Hof erschien. Anolle schien keineswegs der Meinung zu sein, daß man sich, wo man singt, ruhig niederlassen könne, er drohte vielmehr, er werde mit seinem Gummischlauch, mit dem er sich bewaffnet hatte, die „Nagengelder“ bald beendigen. Trotz wiederholter Aufforderung, das Grundstück zu verlassen, stimmten die Vier noch das Lied an: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten.“ Bei dem Verlassen des Grundstücks kam es zu einer allgemeinen Prügelei, bei welcher Anolle übel zugerichtet wurde. Ein Hausbewohner, der seinem Hauswirt zu Hilfe eilte, und sich zu diesem Zwecke mit einer Dunggabel bewaffnet hatte, die er wie eine Lanze benutzte, wurde ebenfalls von den vier Reglerbrüder verprügelt. Er erhielt mit der Dunggabel einen Schlag über dem Kopf, wobei die Gabel in mehrere Stücke zerbrach. — Dieses Ständchen hatte für die Beteiligten schon einmal ein sehr unangenehmes Nachspiel vor dem Amtsgericht Niddorf gehabt. Der Amtsanwalt beantragte damals gegen den Hauswirt Anolle und einen gewissen Kupferschmidt eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten, gegen die vier Reglerbrüder die Freisprechung. Das Gericht kam jedoch zu einer völlig anderen Beurteilung der Sachlage und nahm an, daß Anolle und Kupferschmidt in Notwehr gehandelt hätten und sprach diese frei. Dagegen wurden die vier anderen Angeklagten zu je acht Tagen Gefängnis und einer höheren Geldstrafe verurteilt. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft sowohl wie auch der Angeklagten hatte sich die Strafkammer noch einmal mit diesem Sängerkrieg zu beschäftigen. Der Staatsanwalt hielt den Ergeh für weit über dem Rahmen eines Miß geschick hinausgehend, da gegen den Hauswirt nicht nur mit Häuten vorgegangen worden sei, sondern vielmehr auch ein Steinbombardement gegen ihn in Szene gesetzt habe. — Das Gericht hob das erste Urteil auf und verurteilte die vier Angeklagten zu zwei bzw. drei Monaten Gefängnis.

Würden gleich hohe Strafen gegen alle Studenten ausgemessen werden, die ähnlicher Aufstrebungen sich schuldig machen, so würde die Studierzeit recht vieler sich erheblich verlängern müssen.

Vom Ton besserer Kreise.

Die Polizeiverordnung von 1902, welche die Berliner Hoch- und Untergrundbahn betrifft, bestimmt in § 5, daß vom Bahngebiet ausgeschlossen werden kann, wer sich den Anordnungen der Bediensteten nicht fügt oder den Anstand verleiht. Ein anderer Paragraph der Verordnung enthält Strafbestimmungen. Wegen Uebertretung der Verordnung war der Rechtsanwalt Flügel vom Landgericht I zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Er war eines Morgens um 7 Uhr, als er aus einer Gesellschaft kam, mit der Fahrkartenverkäuferin A. auf einem Hochbahnhofs in Streit geraten, nachdem er irrtümlich ein Billett III. Klasse erhalten hatte, obwohl er eines II. Klasse haben wollte. Im Laufe des Streits gebrauchte Flügel auch die Worte: „Unverschämtes Frauenzimmer, dumme Gödte.“ Schließlich wurde Fl. noch wiederholter verbale Aufforderung, das Bahngebiet zu verlassen, von dem Bahnhofsbediensteten gewaltsam verdrängt. — Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Strafbestimmungen für Verletzung des Anstands enthalte die Polizeiverordnung nicht und könnte sie auch nicht enthalten. Der § 5 sei nur dazu da, um festzustellen, in welchen Fällen die Beamten jemandem den Aufenthalt verbieten könnten. Zu den Gründen gehöre Verletzung des Anstands. Nun komme in Betracht die Verletzung wegen Uebertretung des letzten Absatzes des § 5, wonach die vom Bahngebiet ausgeschlossenen Personen dies sofort zu verlassen haben. Das habe ja Fl. unzweifelhaft nicht getan. Es stelle aber § 6 zusammengekommen mit der Strafbestimmung nichts anderes dar, als eine Erweiterung der Bestimmung des Strafgesetzbuchs über den Hausfriedensbruch. Derartige Abweichungen einer Polizeiverordnung in erweiterter Form seien aber nicht erlaubt. Wer entfernt werden solle aus dem umfriedeten Raum des Bahnhofs, könne ja die Polizeiverordnung verlassen, nicht aber, daß er bestraft werde. Nur der Hausfriedensbruchparagraph könne hier in der Beziehung in Frage kommen. Jetzt stehe, daß Angeklagter außerordentlich gelärmt habe und daß sich Menschen ansammelten. Somit sei noch mit grobem Unfug oder auch ruhestörenden Lärm zu rechnen.

Das Landgericht wird sich nun nochmals mit dem liebenswürdigen Benehmen des Rechtsanwalts zu befassen haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein ärztliches Ehrengericht auf der Anklagebank.

München, 2. Dezember. (V. H.) Heute nachmittag sollte die seit drei Tagen geführte Verhandlung über die Beleidigungsklage dreier Mitglieder des Ehrengerichts des ärztlichen Bezirksvereins gegen den Landtagsabgeordneten Professor Dr. Quide fortgesetzt werden, welcher anlässlich des Selbstmordes des Spitalarztes Dr. Duxler im März d. J. behauptet hatte, das Verfahren vor dem Ehrengericht gegen Dr. Duxler sei ein Skandal, eine unbefugte Verletzung fremder Ehre gewesen und das unerhörte Verhalten der Ehrengerichtsmitglieder habe dazu beigetragen, Dr. Duxler in den Tod zu treiben. Infolge des für sie ungünstigen Ergebnisses der dreitägigen Zeugenvernehmung haben heute nachmittag die drei Kläger die Klage freiwillig zurückgezogen und die Kosten übernommen.

Unmenschen.

Keapel, 2. Dezember. (V. H.) In Frattaminore hat ein Unmenschen seine Frau getötet und die Leiche im Eisenhandels mit seinen Kindern in zerhacktem Zustande auf dem Markt zum Verkauf gebracht.

Gestrandet.

Schnee, 2. Dezember. (V. H.) Die englische Bark „Dundonald“ ist am 7. März d. J. bei den Amazoneninsel gestrandet. Der Kapitän und zehn Mann sind ertrunken. Der Obersteuermann ist nachträglich gestorben. 15 der Ueberlebenden verdrachten sieben Monate unter den furchterlichsten Umkehrungen, bis es ihnen gelang, die Uferlandinsel zu erreichen.

Der Wahnsinn des Wetträufens.

New York, 2. Dezember. (V. H.) Der Marineminister verlangte 69 Millionen 270 Tausend Dollar für neue Schiffe, darunter vier Schlachtschiffe, vier Aufklärungsdampfer, zehn Torpedojäger, vier Unterseeboote.

Reichstag.

8. Sitzung: Montag, den 2. Dezember 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: v. Bethmann-Vollweg, v. Tirpitz, Deuburg, v. Schoen, Stengel. Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Etatsberatung.

von Schröder (fr. B.): Ich habe den Reichskanzler, glaube ich, ganz richtig verstanden, daß er die Hauptaufgabe der Reichspolitik darin sieht, die Forderungen für nationale Aufgaben für Heer und Flotte zu bewilligen. Das haben wir aber, soweit es nötig war, stets getan (Sehr richtig!) bei der Freisinnigen Vereinigung und werden es auch in Zukunft tun. Dagegen sollen von der Reichspolitik ausgeschlossen sein alle Fragen, in denen Konfessionelle und Liberale grundsätzlich auseinandergehen. Das heißt: es soll allen wichtigen politischen Fragen aus dem Wege gegangen werden. In Preußen ist von einer Reichspolitik überhaupt nicht die Rede, hat doch der Reichskanzler über die von Herrn Biemer angeregte Frage der Reform des preussischen Wahlrechts nicht ein einziges Wort gesprochen. Vor dem Zentrum hat der Reichskanzler gaulich zu machen gesucht. Ueberhaupt hat es ihm beliebt, die Parteien als etwas Untergeordnetes hinzustellen, denen er, der Reichskanzler, die Wege zu einer vernünftigen Politik weisen müsse. Dagegen müssen wir uns verwahren (Zustimmung bei der Freisinnigen Vereinigung), wir wissen selbst, was für eine Politik wir zu treiben haben. Ueberhaupt halte ich es für unmöglich, zwei verschiedene Sorten von Politik zu machen, im Reiche eine sozusagen liberale Politik und in Preußen eine entgegengesetzte.

Ich wende mich nun zum Etat. Daß die Finanzlage sehr traurig ist, darin sind wir alle einig, und nun sollen wieder neue Steuern dem Uebelstande abhelfen. Bei uns sind aber die breiten Massen in hohem Maße durch die indirekten Steuern bereits in Anspruch genommen. Wir müssen die direkte Steuern einführen, aus finanziellen Gründen und aus Gründen der Gerechtigkeit. Wir müssen zu einem System der Teilung der direkten Steuern zwischen dem Reich und den Einzelstaaten kommen. Die bisherige Zoll- und Wirtschaftspolitik hat Schiffbruch gelitten, die Finanzreform erfordert direkte Reichssteuern. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Vollweg:

Der Abgeordnete Wassermann hat in seiner letzten Rede die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes als selbständiges Reichsamt angeregt, eine Frage, die das Haus wiederholt beschäftigt hat und die im vergangenen Sommer auch in der Presse erörtert wurde. Daß beim Ausscheiden des Staatssekretärs, Grafen v. Posadowski, Zweifel auftauchten, ob das vielgestaltige Reichsamt des Innern in einer Hand vereinigt bleiben könnte, ist erklärlich, und ich bin der erste, der die Berechtigung dieser Zweifel rückhaltlos anerkennt. Wenn ich Sie trotzdem bitte, die Entscheidung dieser Frage vor der Hand noch aufzuschieben und mir auch zur persönlichen Beurteilung noch Zeit zu lassen, so verhehle ich mir nicht, daß ich bei den Beratungen Ihrer Nachfolge bedarf. Wenn ich, abgesehen von der persönlichen Seite, die Seite vom materiellen Standpunkte zu beurteilen versuche, so möchte ich einstweilen bei Vorbehalt späterer Korrektur meiner Ansicht meinen, daß es gerade für die Behandlung der sozialpolitischen Fragen einen Gewinn bedeutet, wenn die die allgemeinen wirtschaftlichen Zustände berührenden Fragen nicht losgelöst werden. (Sehr gut! rechts.) Die Ansprüche der verschiedenen Berufsstände und Klassen sind so sehr von dem Stande unseres Wirtschaftslebens abhängig und werden von der fortgeschritten Veränderung dieses so berührt, daß mir eine prinzipielle Abschätzung der Sozialpolitik einstweilen bedenklich erscheint. Wie man in diesem Sommer aus Anlaß des Personalwechsels von der Möglichkeit oder der Gefahr des Stillstandes unserer Sozialpolitik hat sprechen können, ist mir nicht verständlich. Wenn ein Staat wie Deutschland es einmal als staatliche Aufgabe erkannt hat, Sozialpolitik in dem umfassenden Sinne dieses Wortes zu treiben und wenn er auf diesem Gebiete eine weitestgehende Gesetzgebung ins Leben gerufen hat, wie es Deutschland tatsächlich getan hat, so hieße es doch der alten, wollte man stillstehen. Die Normen unseres Wirtschaftslebens haben noch lange nicht die wirtschaftlichen, geschweige denn die sozialen und politischen Zustände und die Lebensbedingungen der einzelnen Faktoren unseres Wirtschaftslebens sowie das gegenseitige Verhältnis dieser Faktoren zu einander so gestaltet, daß die Gesetzgebung, welche eine Ordnung dieser Verhältnisse bewirken soll, als abgeschlossen gelten kann.

In vielen Fragen, so z. B. in der Frage der Versicherung der Privatbeamten, stehen wir so erst gerade in den Anfängen. Die Fragen des Arbeiterrechtes sind ungeradezeitige Begleiter der sich expandierend entwickelnden Industrie. Und daß wir den weiteren Ausbau und Vereinheitlichung oder Vereinfachung unseres Arbeiterversicherungswesens brauchen, darüber sind wir wohl alle einig. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Bei allen diesen Fragen läßt sich vorzeitig kein einheitliches Schema machen, auch möchte ich davon absehen, ein allgemeines Programm aufzustellen. Die Situation schreibt mir als einziges, aber zwingendes Programm vor, daß ich Ihnen alles, was ich an Arbeitskraft habe, zur Verfügung stelle, um die vorliegenden Gesetzentwürfe baldigt zum Abschluß zu bringen. Ich möchte mich für meine Person keiner Täuschung darüber hingeben, daß vom Volke Arbeit erwartet wird. Trotz aller skeptischen Kritik, die nun einmal in unserem Volke vorhanden ist, ist das Bedürfnis nach politischer Betätigung in der gesamten Nation ein ungemein lebhaftes und ursprüngliches. Und das nicht erst seit heute oder gestern. Vor lauter Kritik sieht man über die Realitäten des Lebens hinweg, wenn man, wie vielfach geschieht, das letzte Decennium als eine Periode unfruchtbarer Stagnation bezeichnet. Ungeachtet aller Mißstimmung und aller Mißgunst ist der Drang nach politischer Betätigung weder in der Gegenwart noch in der letzten Vergangenheit leblos gewesen. Niemand kann verkennen, daß in den Kreisen der Arbeitenden, die wirtschaftlichen und geistigen Werte der Nation schaffenden Bevölkerung eine überaus rege, ich möchte sagen, eine jugendliche Tätigkeit herrscht, deren Folgen für jeden, der sehen will, unverkennbar sind. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ich habe in dieser Tätigkeit noch niemals auch nur eine Spur von müdem Skeptizismus entdeckt. Unser politisches Leben kann nur gewinnen, wenn wir mit diesen Wirklichkeiten und allem Guten und Schlechten, was in ihnen liegt, wieder mehr rechnen; denn in diesen Wirklichkeiten ist der deutsche Idealismus am so unbedarft. (Sehr wohl! bei den Freisinnigen.) Wenn ich mich nicht täusche, so findet der politische Sinn der Nation in der Verfechtung der rein materiellen Interessen nicht mehr sein volles Genüge, sondern er erfährt wieder mehr und mehr auch aus den nationalen und im Innern die sozialen, kulturellen und ethischen Interessen. Die politischen Programme erweisen sich dabei als zu eng, und das scheint mir der eigentliche Kern der jugendlichen Betätigung zu sein, die sich in fast allen Parteien vollzieht. Man sucht und tastet nach neuen Programmen, wobei es sich nicht sowohl um extreme radikale Verschärfungen handelt, sondern vielmehr darum, für neue Anschauungen, die aus unseren gewandelten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen hervorgegangen, Raum zu finden. Indem die deutsche Arbeiterschaft, der deutsche Bauernstand und der Mittelstand geschlossen in unser politisches Leben eingetreten sind, haben sie diesem eine neue Färbung gegeben. Sie bringen die alten Parteien nicht zum Absterben, aber zu einer Revision der Programme und der politischen Gesinnung. Das gilt besonders von der Arbeiterklasse. Wenn die Herren auf der äußersten Linken einem unumwandelbaren Dogma Gefolgschaft leisten, so

erschweren sie damit diesen Prozeß. (Bravo! rechts.) Wenn die Zukunft einmal (zu den Sozialdemokraten) das Saldo Ihres Soll und Habens ziehen wird, dann wird sie Ihnen als schwere menschliche Schuld zur Last legen, daß Sie immer und überall den Massen-genossen gegen den Menschen ausgespielt, daß Sie in dem deutschen Arbeiter die Freude an staatlicher und gesellschaftlicher Mitarbeit zu erkülden suchten und damit zugleich den Trieb zu solcher Mitarbeit. Die deutschen Arbeiter werden auf die Dauer diese Verkümmernung nicht ertragen; den Beweis dafür sehe ich in dem Anwachsen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Der Abgeordnete Webel hat neulich behauptet, daß der zweite deutsche Arbeiterkongreß Forderungen aufgestellt hätte, wie sie radikalster auch die Sozialdemokraten nicht erheben könnten. Ich will die Richtigkeit dieser Behauptung nicht prüfen. Ich glaube aber, daß in dem Willen einer Arbeiterbewegung, an der Gestaltung unserer nationalen Lebens mitzuarbeiten, ein Korrektiv gegen Ueberhebungen und Uebertreibungen gegeben ist. Was den gegenwärtigen

Stand der Hauptarbeiten meines Ressorts

betrifft, so hat der Herr Reichskanzler Ihnen bereits vorgestern mitgeteilt, daß der Bundesrat über eine Novelle zur Gewerbeordnung verät, welche im wesentlichen die Einschränkung der Frauenarbeit, die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Privatangestellten und Techniker und der Heimarbeit bringt. Diese Novelle wird hoffentlich morgen in zweiter Lesung die Bundesratskammern passieren und Ihnen dann in kurzer Frist vorgelegt werden können. Weiter hat Ihnen der Herr Reichskanzler schon mitgeteilt, daß ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Arbeitskammern fertig im Reichsamt des Innern vorliegt. Ob es möglich sein wird, diesen Entwurf parallel laufend mit dem Entwurf über die Einrichtung von Vertretungen für die Handelsangestellten und für die Werksmeister und Techniker noch in diesem Winter zum Abschluß zu bringen, kann ich Ihnen nicht mit Bestimmtheit sagen, doch hoffe ich es. Diese Gesetzentwürfe liegen mir besonders am Herzen. Ich werde mich bei ihrer Ausarbeitung lediglich um dem Zeitreihen leiten lassen, Formen für die Organisation zu finden, welche den Beteiligten ein wirklich praktisches Arbeiten ermöglichen. Näher auf den Inhalt kann ich jetzt nicht eingehen, da der Bundesrat dazu noch nicht Stellung genommen hat. Die Privatangestellten haben bis in die letzten Wochen hinein über die Fragen ihres Versicherungswezens beraten. Die zum Teil einander entgegengesetzten Vorschläge aus ihren Reihen zeigen deutlich die große Schwierigkeit der Materie. In Uebereinstimmung mit den Wünschen der Privatangestellten sollen die Beiträge auf höchstens 10 Proz. des Verdienstes bemessen und halb von den Arbeitgebern, halb von den Arbeitnehmern getragen werden, und es soll eine besondere Zuschlagssatz für sie gegründet werden, in welcher auch die Berufsunfähigkeit, die Abkürzung der Karenzzeit usw. geregelt werden kann. Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sind, werde ich den Entwurf veröffentlicht lassen, damit die beteiligten Kreise die Möglichkeit haben, auch die wirtschaftliche Durchführbarkeit des aufgestellten technischen Planes zu beurteilen. Ueber die Frage, ob die Vorschriften über die Sonntagsruhe weiter auszubauen sind, bin ich mit den Bundesregierungen in Verbindung getreten. Persönlich vertrete ich dabei den Standpunkt, daß diejenigen nicht Recht behalten haben, welche bei der grundsätzlichen Einführung der Sonntagsruhe ganz unerträgliche Schwierigkeiten für die erwerbenden Stände befürchteten. Im Gegenteil ist das Verständnis für den großen Segen der Sonntagsruhe stark gewachsen, und die Bevölkerung ist mehr und mehr geneigt, ihre persönlichen Wohnheiten und Bequemlichkeiten dem Ruhebedürfnis der arbeitenden Klassen zu weichen aufzugeben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich neige also zu einer Ausdehnung der Sonntagsruhe in Sonderheit im Handelsgewerbe, unterläßt freilich nicht die Schwierigkeiten, die jeder Eingriff in erst kürzlich befestigte Verhältnisse notwendig mit sich bringt. Die Vorarbeiten über die Realisationsfähigkeit und -Bedürftigkeit der auf Grund des § 106 e der Gewerbeordnung zugelassenen Ausnahmen haben wegen der Fülle des Erhebungsmaterials noch nicht abgeschlossen werden können. Der Wunsch nach Erweiterung der Sonntagsruhe wird seine Grenze selbstverständlich in der Aktionsfähigkeit der Industrie finden müssen. Die Vorarbeiten für das besonders schwierige Gebiet der Einführung der Sonntagsruhe im Innenschiffahrtsgewerbe sind noch nicht abgeschlossen, doch wird sich hoffentlich auch hier ein befriedigendes Ergebnis erzielen lassen. Das Ergebnis der Enquete über die Wirkung der dem Handwerk gegebenen Organisationen wird voraussichtlich im Januar oder Februar veröffentlicht werden können. Die zum Teil sehr günstigen Ergebnisse über die Tätigkeit der Handwerkskammern an einzelnen Orten werden jedenfalls vielfache und reichliche Anregung für die gesamten Kreise des Handwerks bieten. Die Vorarbeiten für die Revision des Arbeiterversicherungswesens habe ich nach Möglichkeit zu fördern gesucht. Zunächst lag mir daran, zu den Vorarbeiten, die ich vorand, auch persönlich Stellung zu nehmen und dabei, soweit es möglich war, Fühlung mit dem praktischen Leben zu halten. Ich lege für die Reform unter anderem Wert auf folgende Gesichtspunkte:

Schaffung von behördlichen Organen in den Sozialinstanzen, bei denen die Arbeiter in allen Versicherungsangelegenheiten Recht suchen und Recht finden können, ohne Gefahr zu laufen, wegen eines Irrtums über die Instanz ihr Recht zu verlieren. (Lebhaftes Bravo!) Entlastung der obersten Instanz, Stärkung der Krankenkassen, insbesondere durch Verteilung des Risikos auf möglichst breite Schultern, sei es durch Zentralisation, sei es durch Zusammenfassung in Zweckvereinigungen in Anlehnung an Kommunalverbände. Auch sind Maßregeln vorgesehen zur

„Sicherung der Verwaltung der Ortskrankenkassen gegen politische Bestrebungen“.

(Bravo! rechts.) Auf Details einzugehen, auf die Regelung des Verhältnisses der Berufsorganisationen und der Versicherungsanstalten, der Ortskrankenkassen zu ihren Mitgliedern, erlaube ich mir wohl. Aber aus den Details werden Sie sich bergegenwärtigen können, mit welchen Schwierigkeiten wir es bei der Reform zu tun haben. Ich bin der Ansicht, daß wenn auf allen Seiten der feste, auch zu Opfern bereite Wille vorhanden ist, es möglich sein wird, diese Gesetzgebung so einheitlich und durchführbar zu gestalten, daß der Zweck der Gesetzgebung, den Versicherten schnell und gerecht zu ihrem Rechte zu verhelfen, erreicht wird. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, diese Reform gleichzeitig mit der Einführung der Witwen- und Waisenversicherung einzuführen.

Vorher ich die soziale Materie verlässe, möchte ich noch mit kurzen Worten auf

das Koalitionsrecht

zu sprechen kommen. In der letzten Zeit ist in der Presse der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben worden, daß weder der Reichskanzler noch der Handelsminister noch ich, wenn Vertreter von Arbeiterorganisationen zusammenkommen, Veranlassung nehmen, vom Koalitionsrecht zu sprechen, das doch der Angelpunkt sämtlicher Arbeiterrechte ist, und wo der Ton scharf war, wurde behauptet, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in seiner heutigen Form ein nahezu illusorisches sei. In dieser Behauptung liegt unweifelhaft eine große Uebertreibung. (Sehr wahr! rechts.) Es haben sich die Arbeiter in Deutschland so reichlich koalitiert können wie kaum in einem anderen Lande der Welt, und es haben die geschaffenen Arbeiterorganisationen nicht nur große Erfolge auf dem Gebiete der Lohnsteigerung erzielt, sondern auch von ihrem Streikrecht umfassenden Gebrauch gemacht und Streikunfähigkeit unter den Streikzwang gebeugt. Eine andere Frage ist es, ob der Sinn, der unseren Bestimmungen über das Koalitionsrecht, also den §§ 102 und 103 der Gewerbeordnung zugrunde gelegt ist, ob dieser Sinn in der Fassung der Gesetze und in unserer Rechtsprechung klar zum Ausdruck kommt. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen,

ich verweise auf die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsjustizamts vom 20. April, die er im Anschluß an eine Rede des Abg. Meine getan hat: Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Koalitionsrechts und der Erpressung hat zu Ergebnissen geführt, die berechtigter Zweifel erwecken, ob die gesetzlichen Bestimmungen so abgegrenzt sind, wie es die Materie gebieten erscheinen läßt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich sehe nicht an, zu erklären, wenn ein Zustand entstehen sollte, in dem der Arbeiter, der von dem ihm gewährten Koalitionsrecht Gebrauch macht, dem Sinne des Gesetzes zuwider bestraft wird, daß wir dann an eine Änderung der Gesetzgebung denken müßten. (Hört, hört! links.) Gehen wir aber an eine Änderung der Gesetzgebung heran, dann wollen wir uns dem Koalitionsrecht unterfangen gegenüberstellen in der Richtung, daß Koalitionsfreiheit nicht zur Vertragsfreiheit und zum Stillstand unserer wirtschaftlichen Lebens führen darf und daß, wenn das Gesetz dem Arbeiter die Befugnis gibt, sich zu koalitiert mit wem er will, ihm auch die Freiheit gewährt werden muß, sich zu koalitiert, w a n n er will. (Zustimmung rechts.) Ich gebe mich keiner Täuschung hin, daß eine solche gesetzliche Regelung mit großen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

Nachdem schon vor einiger Zeit Vertreter der beteiligten Kreise mit Erhebungen über die Gestaltung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb beauftragt worden, ist im Anschluß daran eine Enquete veranfaßt worden, über deren Inhalt das Einverständnis der Regierungen erzielt worden ist. — Ich kann auch noch mitteilen, daß im Reichsamt des Innern ein neues Weingeseß bearbeitet worden ist. Die Presse hat ja darüber schon ausführliche Mitteilungen gebracht.

Die langandauernde hohe Spannung unseres Geldmarktes, welche schwer auf dem ganzen deutschen Erwerbsleben lastet und welche in Sonderheit die minder kapitalträchtigen Volksschichten aufs empfindlichste berührt, wird auch von der Regierung auf tiefste besorgt. Die erhebliche Steigerung der Zinslage, eine Folge des unermüdeten wirtschaftlichen Aufschwunges, hat zwar dazu beigetragen, bei uns das Tempo und das Maß des Aufschwunges innerhalb gewisser Grenzen zu halten, sie bildet aber andererseits auch eine schwere Belastung des gesamten Erwerbslebens. Wenn diese auch nicht allein von unseren einheimischen Verhältnissen abhängig sind, sondern sehr stark beeinflusst werden durch die internationale Lage des Geldmarktes, so liegt doch der Reichsregierung die ernste Pflicht ob, die Aufgaben unseres einheimischen Geldmarktes eingehend zu prüfen. Daher hat die Einleitung zu einer umfassenden Enquete über die Frage unseres Geldmarktes bereits begonnen. Der Umstand, daß dem Reichstage bereits in der nächsten Tagung die Vorlage wegen Verlängerung des Notenprivilegiums zugehen muß, macht es erwünscht, daß diese Untersuchung baldmöglichst durchgeführt wird. Wir werden dabei keine der Lösungen außer acht lassen, die uns von den Sachverständigen vorgeschlagen werden. (Bravo! rechts.) Die Vorgänge unseres Banksystems erkenne ich an, und ich bin weit davon entfernt, die für die Gefährdung des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands hochbedeutsamen Leistungen der Zentralnotenbank auch nur in einem Punkte zu schmälern. Das kann aber nicht hindern, sorgsam zu erwägen, wie der Geldumlauf der gewachsenen Bevölkerung und dem Bedarf entsprechend zu regeln und wie die Reichsbank in höherem Maße zu stärken ist gegen unvorhergesehene Fälle. Was bisher hat geschehen können, ist geschehen. Die Reichsbank ist bemüht, nach Kräften Gold aus dem Auslande zu ziehen und im inneren Verkehr auf eine Ersparung des Geldes zu wirken, durch Ausgabe von Scheckanweisungen eine Herabsetzung des Zinsfußes zu erreichen. Die Reichsbank ist weiter bestrebt, unseren Scheck- und Abrechnungverkehr zum Zwecke der Ersparung der Umlaufmittel auszubauen. Der Entwurf über ein Scheckgesetz liegt jetzt dem Bundesrat vor und wird in kurzer Zeit dem Reichstage zugehen. Ich bilde mir nicht ein, daß das Gesetz einen großen Scheckverkehr in Deutschland ins Leben rufen wird, es bietet aber immerhin die sichere Grundlage zu einer Ausdehnung des Verkehrs. Weiter wird geprüft, ob sich ein Postüberweisungsverkehr einrichten lassen, ohne in die aufzubereiten, gegenwärtig wirkenden Sparpläne und Genossenschaften einzugreifen. (Beifall links.) Ich habe die Hoffnung, daß die internationale Geldkrise ihren Höhepunkt erreicht, vielleicht überschritten hat. Um so mehr vertraue ich, daß es bald gelingen wird, die Verhältnisse des Geldmarktes wieder zu normalen zu gestalten. Ich bin so eingehend auf die Verhältnisse eingegangen, um Ihnen meinen ersten Willen zu dokumentieren, auf dem weiten Gebiete meines Ressorts Arbeit zu leisten. Ich bitte Sie, unterstehen Sie mich. Nur der unvoreingenommene Wille, die Wirklichkeit zu nehmen wie sie ist, nur der gute Wille, an ihrer Vervollständigung unangenehm und freudig zu arbeiten, wird uns in den Stand setzen, die Schwierigkeiten, die vor uns liegen, zu überwinden. Das deutsche Volk hat die Kraft dazu; es erwartet von uns, daß wir sie betätigen. (Lebhaftes Beifall beim Vlod.)

Abg. v. Bayer (südd. B.) (auf der Tribüne zunächst unverständlich) verbreitet sich über die Stellung des Reichstags zur auswärtigen Politik und verlangt, daß der Reichstag über diese durch regelmäßige Berichte auf dem Laufenden erhalten werde. Es ist von einer Seite behauptet, von anderer Seite bestritten worden, daß die Vorgänge des Jahres 1904 — die nicht zustande gekommene Begegnung Kaiser Wilhelms mit Loubet — Deutschland mit Kriegsgefahr bedroht haben soll. Es scheinen schwere Fehler auf Seiten der deutschen Politik begangen worden zu sein.

In bezug auf den Völkse-Ordenprozeß kann ich mich namens meiner Fraktion fast in allem den Ausführungen des Abg. Wassermann anschließen. Redner tadelt, daß man den Grafen Bunn mit Pension entlassen habe. Es ist zu bedauern, daß die bei jenen Prozessen verhandelten Dinge in die Öffentlichkeit und bis in die Familien gelangt sind. Ferner ist bei diesen Prozessen die Unzulänglichkeit unserer Strafprozessordnung zutage getreten. Mir scheint es ein bloßes Spiel mit Worten zu sein, wenn man die Existenz einer Kamorra in Frage stellen will. Hoffentlich ist jetzt dieser Kamorra-Einfluß endgültig beseitigt.

Als Süddeutscher muß ich auch des Grafen Jepselin gedenken. Süddeutschland nimmt eben immer den höheren Flug. (Große Heiterkeit.) Das gilt auch von der Politik. Es ist zuzugeden, daß es den Einzelstaaten nicht lieb sein kann, wenn eine so gute Steuerpolitik, wie die Einkommensteuer, nunmehr auch vom Reiche gemolken werden soll. (Große Heiterkeit.) Mit dem einseitigen Anziehen nur der indirekten Steuerstränge kann es aber nicht so weiter geben. (Zustimmung links.) Wenn es wegen dieser Frage zur Auflösung käme, würde die Regierung mit den Resultaten der Neuwahlen kaum zufrieden sein.

Im Mittelpunkt der inneren Politik steht der Vlod. Der Abgeordnete Webel hat sich in sehr mißlicher Form gegen den Vlod gewandt. Er hat sich begnügt, die Wähler des Vlod als dumme zu bezeichnen. Die Stellung der Parteien der Rechten und der Linken ist nicht dieselbe. Die Rechte hat die ganze Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte beherrscht. An dieser Politik soll festgehalten werden, hat der Reichskanzler erklärt. Also was wollen die Herren mehr? Opfer werden ihnen nicht zugemutet; denn die paar liberalen Konfessionen, die der Reichskanzler in Aussicht gestellt hat, wären auch ohne Vlod gekommen. Die Rechte vertritt also im Vlod die Satten, die Linke, besonders die fortschrittliche Linke, die Hungrigen, die Knappgehaltene. Es ist also die Linke, die bei der Vlodpolitik die Opfer zu bringen hat. Der Reichskanzler hat Ludwig Ulland als Schutzherrn des Vlod proklamiert. (Heiterkeit.) Ich habe mich schon früher etwas mit Ludwig Ulland beschäftigt (Heiterkeit), und ich glaube kaum, daß Ulland an der Vlodpolitik ein besonderes Wohlgefallen gefunden hätte. Wir sind bereit, an der Vlodpolitik mitzuarbeiten, wir verlangen aber, daß dem Liberalismus wirksame, bedeutsame Konfessionen gemacht werden, nicht Konfessionen, wie man sie uns vorsetzt. Die Frühjahrswahlen des Reichstags erfüllen uns, ich will es gestehen, für

kurze Zeit mit der Hoffnung auf eine liberale Aera; diese Hoffnung ist aber schon im Schwanken begriffen (Dörl hört bei den Sozialdemokraten und im Zentrum), und das Vertrauen beginnt wieder Gewalt über uns zu gewinnen. (Dörl hört) Im Frühling sprach der Kaiser von Entlassungen im Heerwesen. Heute hört man nichts mehr davon. Strafrechtsreform, Strafprozessreform sollen kommen. Ich weiß nicht, ob der Bloch solange leben und gesund bleiben wird, bis diese Reformen kommen.

Das neue Verfassungsgesetz erfüllt kaum die allerbesten Ansprüche;

das neue Verfassungsgesetz

bringt für viele Bundesstaaten bedeutende Fortschritte, für andere, wie für Württemberg, direkte Rückschritte. Mit der Sprachenbestimmung wird Millionen anderssprachiger deutscher Staatsbürger das Wahlrecht genommen oder wenigstens verkleinert und der preussischen Polizei auf Gnade und Ungnade preisgegeben. (Sehr richtig bei den Polen und Sozialdemokraten.) Und das in einer Zeit, in der die politische Not- und Hilflosigkeit in jener bekannten Vorlage gipfelt. (Lebhafte Beifall bei den Polen, Sozialdemokraten und einem Teil der Freisinnigen.) Spürt man etwa seit Inauguration der Blochpolitik in Preußen im Reich einen Hauch liberalen Geistes? (Sehr gut links.) Herr Spahn sprach hier von dem freien Wahlrecht, das von Karlsruhe bis Wien herrscht und dem auch der größte deutsche Bundesstaat sich auf die Dauer nicht werde entziehen können. Wir begreifen es, wenn der Reichskanzler hier nicht vom preussischen Wahlrecht sprechen will. Wir legen keinen Wert darauf, wo er eine Rundgebung zugunsten einer wirklichen Wahlreform in Preußen erlassen wird; wir erwarten aber, daß er eine solche erläßt. — Der Reichskanzler hat mit Offenheit seine Ansichten über die Blochpolitik dargelegt; ich habe mit derselben Offenheit dargelegt, welche Ansprüche die demokratischen Parteien auf die Blochpolitik stellen. Soll der Bloch Bestand haben, muß er nach links gesteuert werden. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

Hg. Zimmermann (Antif.) verlangt eine nationale Wirtschaft, Zoll, Steuer-, Wehr- und Weltpolitik, die Aufhebung der Fahrkarten- und die Einführung einer Wehrsteuer. Das Reich soll auch praktisch, nicht bloß theoretisch Mittelstandspolitik treiben; das Reichspostamt soll seine großen Lieferungen nicht an großkapitalistische Firmen vergeben, sondern an Handwerker. Eine erste Frage ist auch der starke Besuch unserer Handelshochschulen von Ausländern, besonders von Russen. Gerade diese mißbrauchen das Volkrecht zu revolutionären Umtrieben; schon früher einmal hat der Reichskanzler die Importierung dieser Schnorzer und Verschwörer zurückgewiesen. Was sie treiben, zeigt deutlich das in der Panikfrage (Weiterkeit) endende Waffenlager.

Roch einige Worte zu dem schon mehrfach erwähnten Hardenprozeß. Warum haben die Staatsanwälte, die jetzt so eifrig sind, den Grafen Rolke auf den Weg der Privatklage verwiesen? Haben sie damals vielleicht keine Klage erhoben, weil sie nicht wußten, wie man an gewisser Stelle über diese Dinge dachte? Solch Vorgehen kann das Vertrauen in die Staatsanwaltschaft nicht stärken. Aber wir müssen nach der letzten Ursache dieser schmutzigen Dinge forschen. Da erinnere ich an ein unferes Hohenzollern in schlimmster Weise beleidigendes Gedicht: „Du Verilich im alten Schlosse...“ von Heinrich Heine, den manche Leute für einen Klassiker halten und dem sogar ein Denkmal gesetzt werden soll. Das zeigt uns deutlich, daß wir außer Polen und Tschechen noch andere fremde Elemente im Lande haben, die aber von seiten der Regierung gebührend und gepflegt werden. Das muß aufhören, damit unser Volkselement gesunde und unsere Politik national werde. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Hg. Dr. Davis (Soz.):

Auf das vom Vortredner zuletzt berührte Gebiet will ich nicht eingehen. In einem Punkte befinden sich alle Parteien in diesem Hause in seltener Einmütigkeit, darin nämlich, daß die finanzielle Lage im Reich total unhaltbar ist, und auch die verbündeten Regierungen sind derselben Meinung. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt hat den Zustand als einen des Reichs unaufrichtig bezeichnet. Der preussische Finanzminister hat die besondere Art, wie das Reich Schulden gemacht hat, das Tempo dieses Schuldenmachens, einer herben Kritik unterzogen. Er hat erklärt, daß dadurch das Ansehen des Deutschen Reichs im Auslande geschädigt worden sei. Der Reichskanzler hat erklärt, Abhilfe sei dringend notwendig, und zwar in aller nächster Zeit. Da fragen wir doch: an wem liegt denn die Schuld, daß das Reich in eine so unwürdige finanzielle Situation hineingeraten ist, wer ist verantwortlich dafür, daß die Dinge diesen Lauf genommen haben? Das sind dieselben Herren auf den Banken der Regierung, welche jetzt dieses herbe Urteil fällen. Es gehören zu diesen Schuldigen auch die Herren im Hause: die Konföderativen, Nationalliberalen und die Herren vom Zentrum. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch die Freisinnigen!) Wenn Sie sich nun darüber streiten, was jetzt zu tun ist, so sollten Sie dabei auch deren Anerkennung zollen, die schon seit Jahren hier im Hause alles aufgebieten haben, um Sie von dem unheilvollen Wege abzubringen. Der Hauptgrund dieser finanziellen Kalamität sind die ungeheuren gewachsenen Ausgaben für das Heer, Marine und die Kolonialpolitik, diese Rüstungsanstrengungen, diese Schraube ohne Ende. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Reichsregierung und diejenigen, die ihre Politik mitmachen, sind mitschuldig daran, daß die Völker solche Rüstungen tragen. Jede Anregung, die vom Auslande kam, in die Frage einzutreten, ob hier einmal Halt geboten werden könne, ob auf dem Wege der friedlichen Verständigung gewisse Beschränkungen der Rüstungen eintreten könnten, Anregungen, die von der englischen Regierung wiederholt gekommen sind, sind von der deutschen Regierung scharf zurückgewiesen worden. Ich erinnere daran, daß man der Anregung, in eine Debatte über die Möglichkeit einer Beschränkung der Rüstungsverträge einzutreten, von deutscher Seite auf das schärfste Widerstand geleistet und daß man England dadurch brüskiert hat. Wenn schon der Gedanke, daß man sich auf dem beschränkten Gebiete der Seezürückverhandlung verständigen möge, so schaffte zurückgewiesen wird, so kann man sich nicht wundern, wenn andere Völker die Konsequenzen daraus ziehen; und wenn sie das tun, so brantmorisiert die deutsche Regierung das wiederum mit einer Verstärkung der Seezürückverhandlung. Diese Rüstungsanstrengungen haben ihren eigentlichen Zweck, den Frieden zu sichern, verfehlt. Vielmehr haben sie die Situation bedrohlicher gestaltet, und eine Verstärkung der Flottenmachtwortverhältnisse der einzelnen Nationen ist durch sie nicht eingetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn man von der anderen Seite, vom Auslande her, Deutschland die Hauptschuld an dieser ganzen Treiberei beilegt. Da ist es natürlich auch nicht zu erwarten, daß man auf dem Wege aus der Kalamität herauskommen wird, den der Reichskanzler im Frühjahr angebahnt hat, nämlich: daß man Ersparnisse beim Heerwesen macht. Richtig ist der geringste Anschlag zu solchen Ersparnissen zu merken. Die Offizierspensionen sind ein Punkt, bei welchem Ersparnisse gemacht werden könnten. Aber es geht weiter, wie bisher. Das zeigt auch der Fall des Vizeadmirals Abiesfeld. Wenn dieser Mann unschuldig ist, aus welchem Grunde abgelehnt man dann seinen Antrag auf Pensionierung, blüdet dem Reich diese Ausgabe auf und läßt einen Mann gehen, der dienstfähig ist? Auch an den glänzenden Uniformen könnte man Ersparnisse machen. Die goldenen Ähren und Tressen und Ähnliches haben ja nicht den geringsten Wert für die Kriegsmöglichkeit. Aber auch hier ist nicht der geringste Anschlag zu Ersparnis zu merken. Auch ein Nachtragsteuern wird nicht gegeben, der und die Keisertrübe des Staatssekretärs der Kolonien vorlegen wird. Und was auf der anderen Seite die Einnahmen betrifft, so ist nicht das Defizit im Reichshaushalt allein das Unwürdige, sondern als unwürdiges Zustand muß man auch empfinden, daß die ganze Last der Militärausgaben den breiten Massen des Volkes auferlegt wird, daß sie aufgebracht werden durch das System der indirekten Steuern, das eine noch weitere Niederhaltung der Lebenshaltung zur Folge haben muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben diese Folgen des Wohlstands zu vorausgesetzt, wie sie jetzt in der allgemeinen Teuerung gut zu sehen. Die Wehrmacht wird also be-

zahlt mit einer Schwächung der Wehrfähigkeit. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Das Steuerdefizit, mit dem man vor zwei Jahren aus der Kalamität herauskommen wollte, hat zu einer allgemeinen Enttäuschung geführt. Als wir das voraussetzten, als wir sagten, diese Belastung des wirtschaftlichen Lebens wird nicht das Ergebnis haben, wie man glaubt, denn der Verlehr wird gemindert und das Wirtschaftsleben geschädigt werden, da hat man das zurückgewiesen; heute aber haben wir die Bestätigung, heute muß man es zugeben. Bei der Fahrkartensteuer ist gesagt worden, sie hat nur zwei Drittel von dem eingebracht, was geschätzt war. Aber auch dieses Zweidrittel hätte sie nicht einmal eingebracht, wenn man nicht eine Auslegung der Bestimmungen vorgenommen hätte, die durchaus nicht in der Absicht der Gesetzgeber gelegen hat. Die Arbeiterfahrkarten sollten frei bleiben von der Steuer, und kein Mensch hat daran gedacht, daß man nun noch bekommen und mit bürokratischer Kunstfertigkeit den Begriff „Arbeiter“ auf den allergeringsten Kreis beschränken könnte. Frauen, die den Männern die Öfen bringen und regelmäßig die Bahn benutzen müssen, Frauen, welche mit Milchkannen zur Stadt fahren, Bahnenfrauen und Frauen mit ähnlicher Beschäftigung werden mit 2,00 M. jährlich zur Fahrkartensteuer herangezogen, ebenso Lehrlinge und Lehrmädchen. Das ist eine Maßregel, die mit dem Sinn der Bestimmungen in allerhöchstem Widerspruch steht. Und wenn wir auch die Abschaffung der Fahrkartensteuer bringen, so muß doch schon vor der Abschaffung aufs energischste verlangt werden, daß diese unzulässige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen beseitigt wird. (Lebhafte sehr richtig links.) Auch das Projekt der Einkommensteuer ist aufgetaucht. Gegen eine solche Ausnahmesteuer, die vor allem den kleinen Weindauerstand in seiner Existenz bedroht, müßten wir den allerdrücklichsten Protest einlegen.

Ueber die Wege, wie man aus der finanziellen Kalamität herauskommen soll, bestehen im Bloch die unterschiedlichsten Gegensätze. Die Regierung hat sich hinsichtlich der Objekte neuer Steuern in ein geheimnisvolles Schweigen gehüllt, ein Verhalten, gegen das der Reichstag zur Wahrung seiner Ehre als Parlament protestieren muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hat nur insofern den Schleier gelüftet, als sie gesagt hat, was sie nicht will. Sie will nämlich keine direkten Steuern. Wenn man darauf hingewiesen hat, daß die Einzelstaaten durch eine Einkommens- und Vermögenssteuer in eine schwierige Situation geraten würden, so weise ich darauf hin, daß die heutige Situation der Einzelstaaten in finanzieller Beziehung viel schlimmer ist, als sie es sein würde, wenn vom Reich aus die direkte Steuererhebung ihre Grundlage erhielte. Heute können die kleineren und mittleren Staaten auf diesem Gebiete gar nicht vorwärts kommen, weil sie immer Rücksicht zu nehmen haben auf die Verhältnisse in den angrenzenden Bundesstaaten. Nur wenn vom Reich aus die Einkommens- und Vermögenssteuer geschaffen werden, auf denen dann die Einzelstaaten und Kommunen ihre Steuern aufbauen, werden wir zu gesunden Zuständen kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein besonders zugkräftiges Argument gegen die direkten Reichsteuern ist dann die Behauptung, darin läge die Tendenz zum Einheitsstaat, den die Sozialdemokratie wolle. Das ist ja hochinteressant. Sonst hört man immer, die Sozialdemokraten seien Reichsfeinde, Feinde der Reichseinheit, und jetzt machen uns die Herren den entgegengesetzten Vorwurf, wir wären zu sehr Reichsfeinde, wir wollten das Reich zu fest zusammenschweißen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man wöhlt eben die Argumente, wie es gerade trifft. Der Hauptgrund, aus dem die Herren der Rechten gegen die direkte Reichsbesteuerung sind — das hat Herr v. Rüdiger klar durchblicken lassen — liegt darin, daß sie dabei für den Einfluß des preussischen Particularismus fürchten. (Sehr richtig links.) Weiter hat man gesagt, die Reichsteuer sei der erste Schritt zur Expropriation, zur Enteignung. Es wirkt sehr komisch, wenn von der preussischen Regierung dieses Argument in diesen Tagen wieder vorgebracht wird. (Sehr wahr! links.) Wenn die Sozialdemokratie einmal zu Enteignungsmahnahmen übergehen sollte, so brauchte sie sich nur auf die Reden des Herrn Reichskanzlers und des preussischen Justizministers im preussischen Abgeordnetenhaus zu stützen. (Weiterkeit.) Herr Vester hat es gesagt: Nach dem heutigen Votum hat die Gesamtheit das Recht, aus Gründen des öffentlichen Wohls in die Eigentumsverhältnisse einzugreifen. Und was Gründe des öffentlichen Wohls sind, das entscheidet die Volkvertretung, das Parlament. Was wir also auch in dieser Hinsicht in Zukunft planen würden, wir würden uns dabei durchaus im Sinne der preussischen Regierung bewegen. (Weiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Kommt es nicht zu einer Einigung über neue Steuern, so muß das Defizit aus Materialbeiträgen gedeckt werden, und damit hat das Reich eine indirekte direkte Reichsteuer, (Weiterkeit) die nur außerordentlich viel empfindlicher für die Einzelstaaten ist. Es bliebe also die Steigerung der Betriebssteuern, etwa durch Verstaatlichung von Betriebszweigen. Wir haben große Bedenken, der gegenwärtigen Reichsregierung, die von Preußen aus regiert wird, auf diesem Gebiete irgendwie Vertrauen entgegen zu bringen; die Monopolinhaber der Gruben haben das öffentliche Wohl in einer Weise geschädigt, daß eine Zurücknahme des Vergütungs auf das Reich aus Gründen des öffentlichen Wohls im höchsten Maße gerechtfertigt wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Monopol freilich, das mit der Rechten dieses Hauses zustande gekommen ist, wäre von vornherein derartig, daß wir es im Interesse des Volkes ablehnen müßten. Zur Behebung der Schwierigkeiten würde ich eine Reichsvermögenssteuer empfehlen, die immer dann erhoben wird, wenn eine neue Militär- oder Marinevorlage kommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) etwa progressiv von allen Vermögen über 100 000 M. Das wäre dann eine Flottensteuer oder eine wirksame Wehrsteuer oder mit einem schöneren Namen eine „Nationalsteuer“. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Diese direkte nationale Vermögenssteuer — sie ist zwar nicht direkt, weil sie immer nur einmal erhoben wird (Weiterkeit) — hat aber den großen Vorzug, daß den Kreisen, die gar nicht genug Schiffe und Kanonen haben und ihren Patriotismus nicht laut genug in die Welt hinausföhren können, ausreichend Gelegenheit gegeben wird, ihren Patriotismus mit dem Geldbeutel zu belegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren vom Flottenverein bis oben hinauf sollten das Recht erhalten, diese Auflage jedesmal doppelt zu bezahlen. (Weiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten) damit ihnen die Möglichkeit gewährt ist, auf dem Altar des Vaterlandes auch einmal andere Opfer zu bringen als das Opfer großer Worte. (Sehr gut links.) Wie verweigern prinzipiell nach wie vor jede Fortberung in militärischer Beziehung, wir weigern uns, das System der Rüstungen auf Kosten der Volksgesundheit und Volksernährung mitzumachen; denn indem dies System die Wehrfähigkeit nach außen scheinbar steigert, untergräbt es die Grundlage der Wehrfähigkeit, die Volksgesundheit und Ernährung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Kommt eine neue Marinevorlage, so verweigern wir die Reichsregierung auf den von England vorgeschlagenen Weg der Abrüstung. Der Herr Reichskanzler hat bei seiner Auseinandersetzung über die auswärtige Lage gemeint, die feindselige Stimmung zwischen England und Deutschland sei auf ein großes Mißverständnis zurückzuführen gewesen. Wer hat denn das mißverstanden? Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist nie für eine Kriegspolitik England gegenüber gestimmt gewesen. Das Mißverständnis kann also nur bei der Diplomatie liegen. Bei der scharfen Weigerung Deutschlands, sich irgendwie an einer friedlichen Lösung der internationalen Fragen zu beteiligen, ist es ja ganz erklärlich, daß man uns kriegerische Absichten autragt, zumal wenn man an die Worte von Allgerhöchster Stelle denkt: „Der Dreißigjährige Krieg ist unsere Faust“, „der Admiral des Atlantischen Ozeans grüßt den des Stillen Ozeans“, „in der Welt wird nichts mehr geschehen, wo wir nicht mit eiserner Faust dabei sind“, „Das Pulver troden, das Schwert geschliffen“. Dann hört man wieder von Friedenshymnen. Dieses ganze Hin und Her, dieses persönliche Stimmungsmoment ist nicht geeignet, Vertrauen in die deutsche Politik zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es war Herr Wollermann, der vor nicht allzu langer Zeit selbst bittere Klage führte über das persönliche Moment in der auswärtigen Politik. Jetzt ist auf einmal alles still. Herr Stöder

hat zur Erklärung dafür einmal gesagt, daß jene Interpellation der Nationalliberalen gegen das persönliche Regiment eine bestellte Arbeit gewesen sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Von wem bestellt? Doch nur von dem Manne, der bestritten hat, daß es eine Kamarilla, ein persönliches Regiment gibt.

Das Thema der Kamarilla

ist ja im Laufe der Debatte nach allen Richtungen hin breitgesprochen worden. Der Reichskanzler hat gesagt, jetzt gäbe es keine Kamarilla mehr, das Wort gehöre der Vergangenheit an. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Den gläubigen Einzel möcht ich sehen, der das glaubt. (Sehr gut! und Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es wäre ja ein wahres Wunder, wenn es bei diesem Schlimm keine Kamarilla mehr gäbe. Es war hochinteressant, wie sich der Reichskanzler aus dieser ganzen Affäre herauszuwickeln suchte. Er sagte, er wolle mit jener Bemerkung im Reichstage durchaus nicht bestritten, daß es früher einmal Kamarillen gegeben habe. Und als er darauf im letzten Sommer in einem Leipziger Blatt las, er habe mit dieser Bemerkung die Existenz von Kamarillen überhaupt bestritten, da habe er, um der Öffentlichkeit gegenüber nicht für einen historisch unwissenden Menschen zu gelten, das bekannte Dementi in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erlassen. Wenn es darauf angekommen wäre, daß der Reichskanzler einen Lehrstuhl für Geschichte an einer deutschen Universität übernehmen wollte, dann hätte ich es verstanden, wenn er aus einer solchen Situation heraus das Dementi erlassen läßt. Doch er aber das Dementi hinausgehen ließ, um der Öffentlichkeit seine Geschichtskennntnis zu beweisen, das glaube ich ihm nicht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man denke daran, daß inzwischen die Frage der Kamarilla aktuell geworden war, daß um diesen Begriff gekämpft wurde! Und in einer solchen Situation fühlte sich der Reichskanzler veranlagt, einen historischen Irrtum richtig zu stellen! (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube auch dem Reichskanzler die Gründe nicht, die er uns angegeben hat zum Beweise dafür, daß es von jetzt an keine Kamarillen mehr geben könne. Er sagte, zu einer Kamarilla gehöre eine Persönlichkeit auf dem Thron, die sich beeinflussen lassen und die Persönlichkeit des Kaisers schließe das aus. Deshalb gibt es keine Kamarilla! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Schon Bismarck hat konstatiert, daß es eine Kamarilla gab, nämlich die Liebenbergere. Fürst Hohenlohe beschäftigte sich in seinen Denkwürdigkeiten sehr ausführlich mit der Frage der Kamarilla. Die Behauptung, das erste Erfordernis für eine Kamarilla wäre, daß diese allerhöchste Person sich nicht beeinflussen lassen, halte ich für falsch. Das erste Erfordernis ist vielmehr, daß man es die allerhöchste Person nicht merken läßt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Das wußte schon Herr Stöder, als er mit seiner Kamarilla den Fürsten Bismarck zu stürzen suchte und den bekannten Scheiterhaufenbrief schrieb. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Scheiterhaufen sollten draußen im Lande brennen und der Kaiser so beeinflusst werden. Wenn man das schon alles erfahren hat während der Regierungszeit des jetzigen Kaisers, dann glaube ich, wird das Argument des Reichskanzlers nicht gelten. Wie verhängnisvoll die Arbeit solcher Klänge wirken kann, haben wir im Hardenprozeß gesehen. Nicht die Standalos waren dort der Skandal, sondern die Beleuchtung, die auf unsere auswärtige Politik und speziell auf die Marokkoangelegenheit fiel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wurde weniger beachtet, scheint mir aber das wichtigste zu sein. Da wurde gesagt, daß wir nicht vor einem Kriege mit Frankreich gestanden hätten. (Dörl hört! bei den Sozialdemokraten.) Sollte das wahr sein, so wäre das in der Tat ein Zustand, der für das deutsche Volk in höchstem Maße beschämend ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine kleine Zahl von Diplomaten soll es in der Hand haben, die deutsche Nation in Verwicklungen hineinzubringen, die nur mit ungeheuren Opfern für Gut und Blut gelöst werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist der eigentliche Skandal, der sich bei jenem Prozeß gezeigt hat, und gegen den müssen wir protestieren. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat gesagt, es könne keine Rede davon sein, daß Kriege von Diplomaten oder von einzelnen Personen gemacht werden könnten. Kriege zwischen zivilisierten Völkern können nur entstehen da, wo Lebensinteressen der Völker in Frage kommen. Wenn wegen Marokko ein Krieg hätte geführt werden müssen, so ist die große Masse des deutschen Volkes der Meinung, daß das Lebensinteressen des Volkes nicht in Betracht kamen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und wenn man von einer Verletzung der nationalen Ehre spricht, so haben in diesem Falle sicher allein die Diplomaten daran die Schuld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer soll denn übrigens entscheiden, ob die Lebensinteressen der Völker in Frage kommen? (Zuruf rechts: Der sozialdemokratische Parteitag! Weiterkeit.) Nein, das Volk selber. Das Volk kann verlangen, daß nichts geschieht auf diesem Gebiete, ohne daß es vorher gefragt wird. Nicht Sitzen, nicht Kreise und nicht Klagen, sondern das Volk selbst soll bestimmen über seine wichtigsten Interessen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Das ist auch nur eine Frage der Zeit; denn die Völker werden sich nicht mehr so gegeneinander hegen lassen.

Der Kriegsminister hat bestritten, daß Geheimrat Komen die Anklage gegen Liebenroht

verfaßt hat. Ich habe das Dementi genau verfolgt. Es schien sich aber nur auf K o m e n zu beziehen, und der Kriegsminister hat nicht bestritten wollen, daß diese Anklage im Kriegsministerium verfaßt ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat der Kriegsminister von der Notwendigkeit gesprochen, daß man die Soldaten vor den Blicken von Juden und Zivilisten schützen müsse. Nach allem, was in dieser Sache bekannt geworden ist, sind die größten Beförderungen nicht aus Zivilkreisen, sondern aus Offizierskreisen gekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auf den Straßen Potsdams die Soldaten von Leuten, die in Zivil gekleidet waren, belästigt worden sind, so beweist das noch nicht, daß dies Juden aus Zivilkreisen waren. (Weiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist gesagt worden, man soll nicht verallgemeinern. Ich bin weit davon entfernt, anzunehmen, daß im allgemeinen im Offizierskorps zu wenig Reizung zum weiblichen Geschlecht vorhanden ist. (Weiterkeit.) Aber eines muß doch auffallen. Es sind in den zutage getretenen Fällen doch auffallend viel Persönlichkeiten, die den allerersten Kreisen des hohen Adels angehören. Der Kriegsminister sagte, er habe studiert, was wissenschaftliche Forscher über diese Frage geschrieben haben, und er habe gefunden, daß als Ursache die unzureichende sexuelle Differenzierung bezeichnet wird. Er hätte aber auch finden können, daß eine Ursache für diese unzureichende Differenzierung in den Heiraten zwischen zu engen Verwandten — In jucht nennt man das — gefunden wird, wie sie gerade beim hohen Adel vorkommt. Ich bin nicht der Meinung, daß man Leute, deren ganzes Leben durch solche Anklage verdirrt ist, noch besonders verfolgen soll. Aber verhindern soll man, daß sie in hohen einflussreichen Stellungen durch ihre Stellung, ihre Macht und ihr Geld das Leben gesunder Leute forumpfern. Dazu genügt aber nicht, daß, wie der Kriegsminister sagt, solche Leute vernichtet werden, wenn sie in der Armee sind, sondern man schaffte vor allen Dingen den Soldaten die Möglichkeit, sich selbst zu schützen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man reformiere die Militärjustiz, man schaffe eine Militärjustiz, welche die Persönlichkeit des Soldaten hervorhebt, so daß er sich selbst zu helfen vermag. In solchen Dingen muß die Persönlichkeit sich selbst schützen können, dazu gehört, daß Sie die Militärjustiz ändern und den Soldaten das Recht der Rotwehr geben. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Doch gerade aus jenen Kreisen über diese Dinge hat manches hat nachweisen lassen, das schließt einen Teil des Nimbus, den Sie so gern auf Ihren Namen häufen. (Widerpruch rechts.) Nun, ich glaube, die Herren werden wohl selbst ihre Gottähnlichkeit etwas erschüttert fühlen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das sind dieselben Kreise — und das ist das politische Moment der Angelegenheit —, die man als die „Elbellen der Nation“ bezeichnet hat, ein Wort, das in bürger-

lichen Kreisen als Beleidigung empfunden worden ist. Es sind die Kreise, aus denen sich die Männer rekrutieren, welche in den letzten Stellungen in der Diplomatie, in der Militär- und der Zivilverwaltung stehen. Ich will keine allgemeinen Vorwürfe erheben, aber das bleibt doch bestehen, daß dieser Prozeß dazu beigetragen hat, die Empfindung im deutschen Volke zu stärken, daß es kein würdiger Zustand ist, daß die obersten Stellen im Reich das Privilegium einer kleinen Klasse sind. Tatsächlich sind sie das, auch wenn ein Kongressschuß für bürgerlichen Namens hineinkommt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das müßte auch eine Forderung des Bloß sein, daß Sie (zu den Freisinnigen) verlangen, daß endlich einmal dies Privileg gebrochen würde. Der Reichskanzler hat sich dann über die innere Politik des weiteren ausgelassen. Er hat

das Bloßprogramm

hier entwickelt und dabei erklärt, die Sache sei gar nicht so schwierig, nur müsse man sehr vorsichtig sein. (Große Heiterkeit.) Das unterschreibe ich. Auf der Seite mit dem Bloßprogramm steht auf allen Seiten: „Vorsicht!“ (Heiterkeit.) Weiter sagte er, der Bloß müsse einen Tropfen demokratischen Oeles haben. Ein Tropfen ist ein bißchen wenig in dem unfruchtbar konservativen Stumpfe. (Unruhe rechts.) Herr v. Pappe hat ja früher schon einmal verlangt, daß das Renü bekannt gegeben würde, und vor allem sollte es nicht enthalten. Jetzt hat er gehört, daß statt dessen nur ein Tropfen Oeles gegeben wird. (Große Heiterkeit und sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Nun, wie werden ja sehen, ich verhalte mich abwartend. Was der Reichskanzler über die Wirtschaftspolitik gesagt hat, lautet einfach: „Da ist nichts zu machen!“ Auch das unterschreibe ich. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er sagte ja, er ist ein agrarischer Kanzler, und der Herr v. Oldenburg ist sein Freund. Da ist also nichts zu wollen.

Nun zu der

Sozialpolitik.

Der Reichskanzler sagt, er will die gesunde Sozialpolitik fortführen. Ja, warum ist dann eigentlich Graf v. Posadowski gegangen worden? Das war ein außerordentlich tüchtiger Mann für die Sozialpolitik. Er war jedenfalls ein Mann von Verstand, erstem Willen und eisernem Fleiß. Das wird ihm niemand absprechen. Warum ging denn dieser verdienstvolle Mann, wenn man in der Sozialpolitik nichts ändern wollte? Man hat sich feinerzeit beschwert, unter ihm sei das Tempo der Sozialpolitik zu schnell. Nun hat von einem Automobiltempo gesprochen; vermutlich soll es also jetzt noch langsamer gehen, als bisher. Auch der Kongreß der christlichen Arbeiter hat konstatieren müssen, daß seit dem ersten christlichen Arbeiterkongreß keine der Arbeiterforderungen erfüllt ist. Nun hat der neue Herr, v. Bethmann-Hollweg, ja auch sein Programm entwickelt. Danach scheint mir, daß nicht nur das Tempo geändert werden soll, sondern auch die Sozialpolitik soll noch mehr einen arbeitserfreundlichen Charakter annehmen als bisher. (Große Beifall im Bloß, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterpolitik zeigt immer und immer wieder Bestimmungen, wodurch dem Arbeiter seine Rechte beschritten werden, wodurch seine Bewegung auf wirtschaftlichem Gebiete gehemmt wird. (Widerpruch.) Das kann doch kein Mensch von Ihnen bestreiten. (Zuruf rechts: Wir alle bestreiten es!) Hätten alle die Gesetze keine arbeitserfreundliche Bestimmungen gehabt, so hätten Sie sie nie und nimmer angenommen. (Große Beifall rechts, lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hätten Sie von der rechten Seite etwa die Bestimmungen über das Koalitionsrecht in der Gewerbeordnung angenommen, wenn die Landarbeiter mit einbezogen worden wären? (Zuruf rechts: Nein!) Also nur, weil diese arbeitserfreundliche Bestimmungen darin war, haben Sie es angenommen! Herr v. Bethmann-Hollweg hat ja einige Punkte erwähnt, die ein Licht auf den Sturm werfen, den er zu heuern gedenkt. Er sprach von der Reform des Krankenversicherungsgesetzes; dabei hat er klar ausgesprochen, daß es sich darum handelt, das freie Mitarbeiter der sozialdemokratischen Arbeiter einzuschränken. (Zuruf rechts: Die Sozialdemokraten treiben Mißbrauch mit den Krankenkassen!) Mißbrauch nennen Sie es, Herr von Pauli, weil es Sozialdemokraten sind? (Zuruf: Nur Pauli.) Wenn mal jemand bei Ihnen ist, der nicht ein Herr von... ist, so dauert es nicht lange und das Wort „Sozialdemokrat“ ruft: „Verleumdung!“

Vizepräsident Kämpf: Es ist das Wort „Verleumdung“ gerufen worden. Ich kann nicht feststellen, von wem. Jedenfalls ist es unparlamentarisch.

Abg. Sachs (Soz.): Ich habe es gerufen.

Vizepräsident Kämpf: Ich rufe den Abg. Sachs zur Ordnung. Abg. Dr. David (Soz.) (korrigierend): Die freien Gewerkschaften haben für das nationale Wohl eines großen Teiles unseres Volkes viel mehr geleistet als die sogenannten nationalen Gewerkschaften, aber auch viel mehr zum Wohle unseres Vaterlandes, als die ganze nationalliberale Partei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Bethmann-Hollweg sagt, die Sozialdemokratie habe die große Schuld, daß sie den Gang der Entwicklung nicht gehemmt hat. Ich bin überzeugt, daß die Geschichte das gegenteilige Urteil fällen wird. Wäre nicht die Sozialdemokratie, wären nicht die freien Gewerkschaften, hätten diese nicht die Arbeiter aufgerüttelt, ihre Rechte wahrzunehmen, so wäre es dem freien werktätigen Volke schlimm ergangen. Hätten die Arbeiter warten sollen, bis die Reichsregierung sich von selbst ihrer annahm, so wären sie in das tiefste Elend geraten. Denn was sie erreicht haben an Koalitionsrecht, und was sie an Forderungen durchgesetzt haben, das haben sie gegen die Regierung erreicht. Daß jenseit Opfer gebracht sind in diesen Kämpfen, das danken sie nur dem nationalen Idealismus derer, die in den freien Gewerkschaften, die in der Sozialdemokratie arbeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Bethmann-Hollweg hat noch einen Punkt angedeutet auf dem sich seine nächste gesetzgeberische Aktion rufen soll. Er sagte:

das Koalitionsrecht

soll geklärt werden. Auf der einen Seite sagt er, soll es gegen die Arbeitgeber geschätzt werden, die es den Arbeitern vorenthalten. Das wäre längst notwendig gewesen, und wir wollen sehen, ob es geschieht, ob wirklich ein Gesetz kommt, das die Nachbarn gemessenloser Arbeitgeber energisch trifft. Aber der Herr Staatssekretär soll auch nicht vergessen, die Fußstapfen auf die Praxis seiner eigenen Kollegen im Staatsministerium aufmerksam zu machen. Dem unteren Postbeamten ist die Koalition unmöglich gemacht, weil in ihrem Organ eine Bemerkung enthalten war, die als politische Drohung aufgefaßt werden konnte. Rüge der Staatssekretär seinen Kollegen von der Reichspostverwaltung darauf hinweisen, den Postbeamten und Arbeitern das Koalitionsrecht nicht weiter zu unterbinden. Auch der preussische Eisenbahnminister enthält den Arbeitern und Beamten das Koalitionsrecht vor, das ihnen nach der Reichsgesetzgebung zusteht. Aus Süddeutschland wird mir berichtet, daß die Eisenbahnverwaltung an die Expediente Direktoren gerichtet hat, worin ihnen aufgelegt wird, aus ihren Betrieben alle Arbeiter zu entlassen, die den freien Gewerkschaften angehören. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Soweit gehen die Ein-

griffe der preussischen Regierung gegen das Koalitionsrecht. Und trotzdem die Dinge so liegen, drohen Sie auf der anderen Seite mit Bestimmungen, welche den Kontraktbruch treffen sollen. Was wir von dieser Gesetzgebung zu halten haben, wissen wir. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es zeigt uns eine durchaus reaktionäre Bahn, auf der sich der neue Herr im Reichsamt des Innern bewegt. Aber trotzdem wird er die Erfahrung machen, daß er den Herren vom Zentralverband der Industriellen und den Herren Agariern noch nicht reaktionär genug ist. (Lebhafte sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat ferner davon gesprochen, daß es möglich sei, die Arbeitsbedürfnisse scharfer zu bestrafen. Er soll dafür sorgen, daß Arbeitsbedürfnisse im Jahre scharfer bestraft werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dort laßt ein Gegenstand zwischen milden Urteilen und Arbeitsvergehen, die von Vorgesetzten begangen werden, ein Gegenstand, der auf das Schärfste vom Volke empfunden wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter soll

das Reichsvereinsgesetz

eine Konzeption an den linken Teil des Bloß sein. Es ist schon davon gesprochen worden, auch von jenen Herren (zu den Liberalen), daß die Bestimmungen, welche den Gebrauch der fremden Sprachen ausschließen oder in das Verbot der Polizei stellt, ein Ausnahmengesetz gegen Millionen Deutscher bedeutet, ein Ausnahmengesetz allerersten Ranges. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler appelliert immer an das nationale Gefühl. Wenn man auf die eigene Nationalität stolz ist, wenn man für sich selbst das Recht des nationalen Gefühls in Anspruch nimmt, dann muß man auch an anderen Nationen das Recht auf ihre Nationalität geben. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine sehr tiefe Stufe nationalen Empfindens, fremden Nationalitäten dieses Recht nicht lassen zu wollen. So lieb und die deutsche Muttersprache ist, so lieb ist auch dem Polen seine Muttersprache. Und wie kann man, wenn man nationales Gefühl hat, eine so grausame Politik einschlagen, die darauf hinausläuft, einen ganzen Volkstamm zu entnationalisieren und ihm die Muttersprache zu nehmen? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Gegen ein solches Ausnahmengesetz müssen wir auf das Schärfste protestieren. Die bisherigen Erfahrungen hätten es doch der preussischen Regierung klar machen müssen, daß sie mit dieser Politik nicht weiter kommt. Das ist eine bornierte preussische Bürokratenpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dank dieser Politik haben die polnischen Stimmen seit den letzten Reichstagswahlen um 100 000 zugenommen. (Hört! hört! links.) Und da will man den vitalen Interessen der polnischen Mitbürger mit brutalen bürokratischen Maßnahmen begegnen! Die Nationalitätenfragen im Rahmen eines einheitlichen Staatsorganes können nur friedlich gelöst werden auf dem Boden demokratischer Einrichtungen. Das zeigt Ihnen die Schweiz mit ihren drei Nationen und auch Nordamerika. (Sehr richtig! links.) Aber auch wir Süddeutschen in Baden, Württemberg und Hessen kommen bei diesem Vereinsgesetz zu Schaden. Unsere freirechtlichen Einrichtungen sollen nach rückwärts revidiert werden. Warum hat man nicht meinen Rat befolgt, einfach das heilige Vereinsrecht auf das Reich zu übernehmen? Das gibt es nämlich gar nicht; 1848 ist es aufgehoben, und kein Mensch hat daran gedacht, es wieder einzuführen, auch die heilige Regierung nicht. Es ist auch gar kein Bedürfnis dazu bei uns. Wir melden weder Vereine an noch Versammlungen, können zusammenkommen, wann und wo wir wollen. Wenn die Polizei dabei sein will, mag sie es tun. Weßhalb in aller Welt kommt der preussische Staat nicht mit denselben Einrichtungen aus wie wir in Hessen und Württemberg? — Mit dieser Vorlage werden wir überhaupt keine moralischen Eroberungen jenseits der Rheinlinie machen, damit werden Sie den Gegensatz zwischen Nord und Süd, der durch die verschiedenen Wahlrechte immer aktueller wird, nicht bessern. Sollte es nicht Aufgabe der Staatsregierung sein, dafür zu sorgen, daß dieser Gegensatz nicht verschärft, sondern ausgeglichen wird? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Widerstand gegen jeden Fortschritt liegt im preussischen Ministerium und dem preussischen Massenparlament sowie im privilegierten Parlament, im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Daß von dort aus tatsächlich die preussische Regierung gelenkt wird, bis an die höchste Stelle hin, haben wir bei der Kanalvorlage erlebt. Da wurde von oben gesagt: Gebaut wird es, es ist ein großes wirtschaftliches Unternehmen. Das Abgeordnetenhaus aber erklärte, er wird nicht gebaut, und die Regierung mußte den Stummelplan erkauft mit dem Versprechen, auf den natürlichen Wegen Schiffahrtsabgaben einzuführen. Wir werden im Reich nicht vorwärts kommen, wenn es nicht gelingt, die Zusammensetzung des preussischen Landtags anders zu gestalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum ist

die preussische Wahlreform keine bloß preussische Sache, sondern eine deutsche Frage.

(Zuruf rechts: Eine süddeutsche?) Eine nationale Frage! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Reich kann es nur vorwärts gehen, wenn Preußen demokratisiert wird.

Der Staatssekretär des Innern hat gesagt, wir Sozialdemokraten wären schuld, wenn die Masse des deutschen Volkes die Lust, am politischen Leben mitzuarbeiten, verliert. Wir sollen also daran schuld sein, wenn in Preußen die größte Partei bis heute trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage gewesen ist, einen einzigen Vertreter in die preussische Gesetzgebungsversammlung hineinzubringen? Daß es denn an Minderheiten des Willens, mitzuarbeiten, gefehlt? Wer verflümmert dem preussischen Volke die Möglichkeit und die Freude, mitzuarbeiten, wer macht es ihm unmöglich, von unten auf — das schöne Bild hat der Herr Staatssekretär einmal im Landtage gebraucht —, von unten her nach oben zu streben? Wer ist es, der den eigenen Druck auf die nach oben strebende Volksmasse legt? Die preussische Regierung! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also hier schlagen Sie sich an Ihre eigene Brust! Wenn einmal von einer historischen Schuld gesprochen werden wird, die am deutschen Volke verübt worden ist, wenn einmal Männer genannt werden, die dem Volke die Möglichkeit und Lust, mitzuarbeiten, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verflümmert haben, dann wird man die Vertreter der preussischen Regierung an erster Stelle nennen. Und bei diesem entrechteten Zustande des deutschen Volkes hat es der Reichskanzler für schön gefunden, hier vom König Demos zu sprechen. Nein, in Preußen-Deutschland ist das Volk kein König, eher könne man das Bild des Lastträgers anwenden. (Unruhe rechts, sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach Herr (zur Rechten) eigener Anschauung ist es Objekt der Gesetzgebung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man also vom „König Volk“ spricht, so ist das ein Hohn auf das preussische Volk und seine entrechteten Zustände. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichskanzler meinte, dem König Demos werde auch geschwehelt — nun, diejenigen, die die Reigung haben zu Quantitäten, die fragen dabei gedöhllich, was bringt es mir für Gewinn! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und da müßte schon einer Zinte ge-

lossen haben (große Heiterkeit), wenn er sich gerade dem König Demos zum Schweheln ausführen wollte. Nein, wenn man damit Geschäfte machen, Reichtümer, Ehren, Ministerstempel, Fürstentitel haben will, dann muß man sich an den anderen König wenden, dann ist bei dem armen Teufel „König Demos“ nichts zu holen. Der Reichskanzler stellt es so dar, als ob wir nur unsere persönlichen Wünsche der Masse einbringen. Also wir sollen Männer machen die große soziale Bewegung! Unsere Forderungen stehen zwar in unserem Programm und unseren Anträgen, die der Herr Reichskanzler freilich „persönlich“ genannt hat — er hat offenbar das ganze Gebiet noch niemals ernstlich studiert — sehr gut! bei den Sozialdemokraten, die aber doch jeden sozialpolitischen Fortschritt als Grundfrage gebietet haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das nur unsere persönlichen Wünsche wären, so würden wohl die Herren, auch die christlich-nationalen, sie nicht, wenn auch mühsam und hinterrücks, so doch annehmen. Die Wünsche, die wir vorbringen, sind die dringlichsten Bedürfnisse des Volkes; sie entsprechen dem gewaltigen Entwicklungszug, dem wir dienen und den Sie nicht hemmen; sie gehen hinaus zunächst auf die materielle Hebung des Volkes, damit jeder endlich Arbeitende in die Lage kommt, eine menschenwürdige Existenz zu führen, und damit auf die geistige Entwicklung nach allen Richtungen hin. Kulturwissenschaften wollen wir haben und das Mittel heißt: Staatsrechtliche Gleichberechtigung, Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Wir wollen dafür sorgen, daß der König Demos aus seiner Armuts-lage herauskommt. Wir bilden nicht nach der Gnadenkammer nach oben, sondern sind die Vertreter des Volkes. Dies Haus ist das Haus des Volkes, und schon deshalb war es sehr wenig angebracht, daß der Reichskanzler in diesem Hause von dem König Demos persönlich sprach. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Man hat zwar gesagt, der König ist der erste Diener des Volkes, aber dem gegenüber steht das andere Wort: regis voluntas suprema lex, des Königs Wille ist das oberste Gesetz. Wir sagen, nein, des Volkes Wille hat in allen entscheidenden Fragen den Ausschlag zu geben. Das ist unser Programm. Indem wir die Masse des Volkes zu kulturell würdigen Zuständen emporheben wollen, glauben wir auch das Ansehen des deutschen Volkes nach außen hin in unserem Sinne zu heben. Den Willen des Volkes zum Gesetz zu erheben, das ist die nationale Aufgabe der Sozialdemokratie, ihr werden wir treu bleiben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem:

Ich möchte mir erlauben, zum Schluß dem Hause eine Mitteilung zu machen: Auf Grund meiner letzten Rede habe ich heute morgen von Herrn Gähle vom „Berliner Tageblatt“ folgenden Brief bekommen:

„Euer Exzellenz haben gewagt, in offener Reichstagsitzung eine von mir aufgestellte Behauptung unter Entstellung ihres Sinnes eine niederträchtige Behauptung zu nennen. Daß die Behauptung gegen mich gerichtet ist und so auch in der Öffentlichkeit verstanden worden ist, geht aus der „Täglichen Rundschau“ vom nächsten Tage hervor.“ — (Ich bemerke dabei, daß ich mit der „Täglichen Rundschau“ nichts zu tun habe.) — „Da ich nicht glaube, daß Sie für diese Beleidigung mir die unter Ehrenmännern übliche Verungung geben werden oder daß eine Klage gegen einen altären General zum Ziele führen würde, so erkläre ich daher auf diesem Wege, daß Ihr Ausfall, soweit er gegen mich gerichtet ist, selber eine Niederträchtigkeit ist; denn ich habe Ihnen nichts anderes vorgeworfen und werde es Ihnen auch jetzt noch vor, daß Sie, gleich den meisten Ihrer Vorgänger, Ihre Stellung gegenüber dem Militärkabinett zu beschreiben aufgesetzt und gegen dessen Verfassungen nicht energisch genug vorgegangen sind. Darin liegt weder der Vorwurf der Freigebigkeit noch der einer Pflichtverletzung.“ — Abschrift dieses Briefes wird bei den Abgeordneten und sonst zirkulieren. Ich zeichne

Gähle, Oberst a. D.“

Meine Herren! Da dieser Brief bei Abgeordneten zirkulieren soll und vielleicht auch sonst veröffentlicht werden wird, werde ich Ihnen eine weitere Erklärung dazu geben: Im „Berliner Tageblatt“ erschien am 30. Oktober ein von Herrn Gähle gezeichnetes Artikel mit der Überschrift: „Wo sind die Schuldigen?“ Er schließt mit den Worten: „Hier, wo es sich darum handelt, nicht dem Parlamente etwas vorzuzählen, sondern das Offizierskorps und das Herz vorerstem Schaden zu bewahren, hat der Kriegsminister befragt. Gewiß ist seine Rolle in Personengelegenheiten leider einflußloser als für das Herz gut ist, da er einmal dem obersten Kriegsherrn und dem Reichstage verantwortlicher Minister ist, fühlt er nicht selber das Bedürfnis, den obersten Kriegsherrn aufzuklären? Oder wußte auch er nichts von den Vorgängen, von denen man im ganzen Offizierskorps wußte und in allen Berliner Aneipen erzählte?“ — Darin ist mir also vorgeworfen, daß ich nicht das Bedürfnis gehabt hätte, meinen obersten Kriegsherrn zu informieren, und gefragt, ob auch ich nichts gewußt hätte von den Dingen, die angeblich alle Welt wußte. Sehr deutlich ist zum Ausdruck gekommen, daß man das nicht wohl glauben könnte. Gegen diesen unerhörten Vorwurf vor diesem hohen Hause mich zu verwahren, habe ich nicht nur in meinem eigenen Interesse, sondern auch zur Wahrung des Ansehens meines Landes und der Armee für meine Pflicht gehalten. Ich habe es in der Weise getan, daß ich die von mir ohne Nennung einer Person lediglich wiedergegebene Behauptung selbst als eine niederträchtige bezeichnet habe. Gegenüber den zeitigen Erklärungen des Verfassers überlasse ich das Urteil, wie ich den Angriff verstehen mußte, dem hohen Hause.

Weiter erkläre ich noch formell, daß das Kriegsministerium mit der Anklage gegen die Militärkassen nichts zu tun hatte. Ich hoffe, das wird den Herren von der Sozialdemokratie genügen. Wir müssen uns in die Dinge des Reichsanwalts nicht ein, und ich bin überzeugt, daß er sich auch jede Einschüpfung unsererseits verbitten wird. Der Ausdruck „Wunden aus Zivilkreisen“ ist durchaus berechtigt. Es ist festgestellt worden, und zwar durch Kriminalbeamte, daß die Leute, die sich an die Soldaten heranmachen, Zivilisten sind. Es ist festgestellt worden, daß einzelne dieser Leute sogar sich nicht scheuten, sich als Offiziere auszugeben. (Hört! hört!) Ich war daher zu meinem Ausdruck berechtigt. Zu näheren Angaben bin ich an anderen Orte bereit. Ich habe neulich schon angegeben, daß auch Offiziere gefänglich haben, daß aber die sittliche Ehre unserer Mannschaften durch unser Offizierskorps bedroht wäre, das weiß ich im Interesse tausender Offiziere, die nur von Wohlwollen gegen ihre Untergebenen erfüllt sind, entschieden zurück. (Lebhafte Beifall rechts.) Es gefänglich wurde, da ist Anzeige durch die Soldaten erfolgt. Es herrscht noch Vertrauen und Liebe der Soldaten zu ihren Vorgesetzten. Ich bin überzeugt, daß berufliche Anzeigen immer erfolgen werden, weil der deutsche Soldat das Vertrauen hat, daß er zu seinem Recht kommt. (Lebhafte Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Montenegro, Rechnungsabrechnung, Fortsetzung der Staatsberatung, Schluß 6 Uhr.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 3. Dezember 1907, abends 8 Uhr, in der Königsbank,
Große Frankfurterstr. 117:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Rezitation des Gen. Walkotte über das Drama „Das verlorene Paradies“.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant W. U. Amt III, 4835.

Achtung!

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees
und Saalhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung.
Der Vorstand.

Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhause“,
Kommandantenstr. 72:

Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

Berichterstattung vom preussischen Parteitage.
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensperson.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen,
Suspensorien sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt.
Liefer. f. Dris- u. Hüft-Krankenbetten.
Berlin O., 58012

30. Finien-Strasse 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
weben, angenehm u. weich am Körper.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
u. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. gratis u. f. o.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 21/22.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik Otto Kreyszig
jetzt nur **Brunnenstr. 83** früher
Brunnenstr. 116.
Reparaturen beim Einkauf
von Ersatzteilen gratis!

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 127L
Amt 4, 3014.

Einwohner des Gesundbrunnens.

Mittwoch, den 4. Dezember,
abends 8^{1/2} Uhr:

Volks-Versammlung

im Saale des Marienbad, Badstraße 35/36.

Tages-Ordnung:

Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit.

Referent: Reichstags-Abg. Genosse **Dr. Eduard David.**
Diskussion und Verschiedenes. 212/1*

Männer und Frauen! In Anbetracht der
immer weiteren Steigerung der wichtigsten Lebensmittel und der
bedrohenden Krise:

erscheint in Massen zu dieser Versammlung.
Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:
Dof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 2. Dof III. Amt 3, 1287.

Mittwoch, 4. Dezember 1907,
abends 8 Uhr:

Versammlung

der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

Tages-Ordnung:

Die gegenwärtige Krise und die Arbeiter. Referent: Kollege
A. Waschick. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Wir erlauben die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.



Tanzlehrer-Verband „Solidarität“

Berlins und Umgegend.
Freitag, 6. Dezember, abds. 9 Uhr,
in Speers Festsaal,
Saanschulweg, Saanschulstr. 78:
Monats-Versammlung.

Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Der Vorstand. Richard Heinrich, Brunnstr. 107.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung der Gruppe der

Fliesenleger-Hilfsarbeiter

im Lokale von Duth, Ecke Michaelkirch- und Wasserhausenerstraße.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.

Die Gruppenversammlungen der Malspinner, Spanner und
Zementierer finden im Monat Dezember nicht statt.
Der Sektionsvorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Obleute. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Werkstatt-
angelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden ersucht, Vertrauensleute zu
entsenden. Dieselben besuchen die Vertrauensmänner-Versammlungen ihrer Branche oder die von ihrer Werkstatt
aus am nächsten einberufene Bezirksvertrauensmänner-Versammlung.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

Süd-Westen: bei Schulz, Mittenwalderstr. 15.

Süden: bei Glesing, Wassertorstr. 68.

Südosten I (zwischen Adalbert- und Mantuffelstraße)
bei Muhs, Mantuffelstr. 95.

Südosten II (zwischen Mantuffelstraße und Görtinger Ufer)
bei Muhs, Mantuffelstr. 95.

Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße)
im „Freischuh“, Fruchtstraße 36a.

Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Litfin,
Wiemelerstr. 67.

Oestliche Vororte: bei Wildner in Friedrichsberg,
Friedrich Karstr. 11.

Nordosten: bei Booker, Weberstr. 17.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio,
Schwebelstr. 23.

Wedding und Moabit: bei Fahrow, Rabenstr. 6.

Bautischler.

Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei Mähring,
Admiralstraße 18c.

Osten, Bez. 2: bei Zieta, Warschauerstr. 61.

Norden, Bez. 3: bei Karl Hube, Koppenhagenstr. 74.

Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Fortanier, Tegelerstr. 56.

Möbelpolierer.

Osten: bei Booker, Weberstr. 17.

Südosten: im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.

Norden: bei Maab, Brunnenstr. 196.

Möbelmagazin- arbeiter u. Beizer

bei Grapontin, Staltherstraße 102.

Drechsler u. Treppen- geländer-Branche.

Norden: bei Bergmann, Brunnenstr. 79.

Osten: bei Schneider, Friedenstr. 67.

Südosten u. Südwesten: bei Stramm, Ritterstr. 123.

Musikinstrumenten- Arbeiter

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:

Die Streiß und Differenzen in unserem Beruf.

Maschinenarbeiter

Die Vertrauensmännerversammlung fällt aus.

Modell- und Fabrik- Tischler

bei Kramer, früher Mothes, Hufitenstr. 40.

Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Diese Versammlung beginnt um 8 Uhr.
Hierzu ist das Vergütungs-Komitee eingeladen.

Bilderrahmen- macher

bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Stockarbeiter

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Jalousie-Arbeiter

bei Mühle, Mariannenstr. 41.

Vergolder

in Dietrichs Festsaal, Dresdenerstr. 116.

Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.

Kistenmacher

bei Bandach, Breslauerstr. 28.

Einsetzer

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Kammacher

bei Walter, Adalbertstr. 62.

Perlmutterarbeiter

bei Hoffmann, Cyprienstr. 47.

Diese Versammlung beginnt um 6 Uhr.

Korbmacher

bei Hoffmann, Koppenstr. 47.

Bürstenmacher

bei Schubert, Raunysstr. 14.

Die zum Dienstag angelegte Branchenversammlung
der Einsetzer fällt der politischen Versammlungen wegen aus.

Die Einheitsorganisation der Zimmerer.

Am Sonntag und Montag fand in Berlin eine Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands statt, welche zu den Einigungs-Verhandlungen mit dem Zentralverband der Zimmerer Stellung zu nehmen hatte.

Theodor Fischer

gab als Vertreter der Geschäftsleitung der Vereinigung das einleitende Referat. Er gedachte der Entwicklung, welche die freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften im Laufe der Jahre durchgemacht.

Er bekenne sich jetzt zum Anarchismus.

In dieser Richtung habe ihm die Organisation der Zimmerer nicht folgen können. Seit dem letzten Kongress hätten sich in der freien Vereinigung zwei Richtungen herausgebildet. Die eine Richtung, der die kleineren Gewerkschaften angehören, lege das Programm der freien Vereinigung im anarchisch-individualistischen Sinne aus.

auf sozialdemokratischem Standpunkt

ist — und dazu gehöre auch die Organisation der Zimmerer, namentlich ihre Geschäftsleitung, mit Ausnahme eines Mitgliedes, welches von der Sozialdemokratie abtrüben wollte.

die Berliner Lohnbewegung

beigegeben. An dieser waren sieben Organisationen beteiligt. Es habe sich gezeigt, wie schwer es unter solchen Umständen ist, zu einer einheitlichen Taktik zu kommen und die gefahren Beschlässe einheitlich und wirkungsvoll durchzuführen.

Am 19. November fanden die

Verhandlungen mit den Verbandsvertretern

statt unter Teilnahme von Vertretern des Parteivorstandes und der Generalkommission. Die Vertreter der Vereinigung der Zimmerer stellten die von ihrer Versammlung aufgenommenen Einigungsbedingungen.

in allerhöchster Zeit stattfinden könne. Dadurch würden am besten die Interessen der Zimmerer Deutschlands gewahrt.

troffenen Vereinbarungen den Anschluß an den Zentralverband zu veranlassen.

Das Vermögen der Geschäftsleitung wird nach Erfüllung aller Verbindlichkeiten der Hauptkasse des Verbandes zugeführt. Aus den Resten der einzelnen Vereine geht der viertheilige Teil an die Hauptkasse, wofür dieselbe alle Verpflichtungen inkl. Arbeitslosen- und Streikunterstützung zu übernehmen hat.

Punkt 5 der Uebereinstimmungsbedingungen, betreffend die Änderung der organisatorischen Grundlage der Zentralstelle Berlin und Umgegend, wird den Berliner Delegierten unter Zurückziehung der Geschäftsleitung zur Regelung übertragen.

Die Diskussion über die Einigungsfrage

füllte den Rest der Sonntagssitzung aus und währte am Montag noch bis zum frühen Abend. Zunächst erklärten sich mehrere Delegierte in längeren Reden gegen die Verschmelzung mit dem Verbande. Die meisten dieser Redner betonten jedoch, daß sie nicht grundsätzlich gegen die Einigung seien, sondern nur deshalb gegen dieselbe auftraten, weil ihnen die Bedingungen, welche bei den Verhandlungen mit dem Verbande vereinbart wurden, nicht genügen.

Eine Anzahl von Rednern traten für die Einigung ein auf Grund der Bedingungen, welche bei den Verhandlungen mit dem Verbande vereinbart worden sind. Diese Redner begründeten ihren Standpunkt im allgemeinen in derselben Weise wie der Referent.

Diesem Standpunkt trat auch Genosse Gehl, der als Vertreter der Maurer amousober war. Er sagte unter anderem: Der Parteivorstand habe bei der Geschäftskommission beantragt, daß sie der „Einigkeit“ ein vom Parteivorstand verfaßtes Plingblatt zugunsten der Wahlrechtsbewegung in Preußen belege.

der Einigung zustimmen

Hinzuziehen, Vertreter der Boot- und Schiffsbauer, und Putzli, der die Pflemlerger vertrat, teilten mit, daß auch von ihren Organisationen die

Zustimmung zur Einigung

zu erwarten sei. Die Resolution der Geschäftsleitung wurde in namenhafter Abstimmung mit 27 gegen 20 Stimmen angenommen

mit einem Zusatz, welcher besagt, der Hauptvorstand des Verbandes solle erklären, daß er auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes die Aufhebung des Bestätigungsrechtes bei örtlichen Wahlen beabsichtigt wird.

Nach Annahme der Resolution bemerkte der Vorsitzende Reyschläger: Berlin: Es sei annehmbar zu erwarten, daß die Organisation so geschlossen, wie sie bisher zusammengestanden, auch die Resolution ausführen werde und daß die Widerheit sich dem Standpunkt der Mehrheit füge, wie es die demokratischen Grundsätze erfordern.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Kohlen- und Eisenproduktion.

Die außerordentliche Intensität industrieller Tätigkeit tritt in den Produktionsziffern deutlich in Erscheinung. Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung der Erzeugung für das ganze Jahr 1904 und von Januar bis Oktober der Jahre 1906 und 1907.

Table with 4 columns: Year, Steinkohlen, Braunkohlen, Koks, Roheisen. Rows for 1904, 1906, 1907.

Demnach steht die in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres erzielte Steinkohlenförderung nur um ein geringes hinter dem Ergebnis des ganzen Jahres 1904 zurück. Die Gewinnung von Braunkohlen ist in der Zeit vom Januar bis Oktober 1907 schon um fast 2 1/2 Millionen Tonnen größer als in den 12 Monaten 1904.

Betriebseinstellung. Die Aktiengesellschaft Textilwerk in Düsseldorf, die eine Baumwollspinnerei betreibt, meldet ihre Liquidation an. Angeblich verhindern ungünstige Arbeiterverhältnisse einen rationellen Betrieb.

Ungünstige Lage in der Porzellanindustrie. In denjenigen Industrien, auf welche die finanzielle Krise in den Vereinigten

Staaten besonders nachteilig eingewirkt hat, gehört die Porzellanindustrie. Nach einer Pariser Meldung hat eine der ersten Fabriken dieser Branche in Limoges, die fast ausschließlich mit Nordamerika arbeitet, sich genötigt gesehen, 200 Arbeiter zu entlassen.

Auf der Jagd nach Arbeit. Wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, bemühen sich seit Wochen Vertreter deutscher Eisenwerke in Wien Aufträge zu erlangen. Da für verschiedene Artikel Vereinbarungen über Absatzmärkte bestehen, kann die Konkurrenz sich auf nur verhältnismäßig enge Gebiete beschränken.

Konkurs. Die Firma G. Altmann in Hof, eine der ältesten der dortigen Tuchfabriken, die über 200 Arbeiter beschäftigt, hat heute Konkurs angemeldet.

Aus der Frauenbewegung.

So ein freches Dienstmädchen!

Frau Doktor Wehber sitzt in ihrem eleganten, komfortabel eingerichteten Erkerzimmer, durch dessen Fenster man bequem nach beiden Seiten die vornehme, stille Straße entlang sehen kann. Wo und zu welcher Zeit eine Droschke vorbei oder ein herrschaftliches Auto gleitet, lautlos auf Gummirollen dahin.

Verfassungen — Veranstaltungen.

- Berlin. Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72: Öffentliche Versammlung. Berichterstatter vom Preussischen Parteitag.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Heute Dienstag, den 3. Dezember er., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Vereins-Versammlungen.

I. Kreis

Dräsel's Festfale, Neue Friedrichstraße 35.

II. Kreis

Berliner Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.

III. Kreis

Franke's Festfale (Inh. Meyer), Sebastianstr. 39.

IV. Kreis

Keller's Festfale (Inh. Freyer), Koppenstr. 29.

V. Kreis

Musiker-Säle, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

VI. Kreis

Germania-Prachtsäle, Chausseest. 110.

Rixdorf.

Goppes Festfale, Hermannstr. 49/50.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 3. Dezember.
Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Kgl. Opernhaus. Wagners König. Schauspielhaus. König Gedbus. Anf. 8 Uhr.
Deutsches. Prinz Friedrich von Romberg.
Leistung. Kollege Crampton.
Kammerstücke. Liebel. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Jar Peter. Anfang 8 Uhr.
Neues. Das Ungeheuer.
Berliner. Blaubart.
Sailer O. (Wagner-Theater.) Das vierte Gebot.
Schiller Charlottenburg. Kletter-Atade.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Arienschild's Rache.
Kleines. Ein Puppenheim.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Theater an der Spree. Der Aktienbubler.
Vorhing. Der Freischütz.
Residenz. Das Detektiv.
Sommer. Oper. Die verkaufte Braut.
Witten. Die lustige Witwe.
Luisen-Theater. Das Detektiv.
Trianon. Frau Josette — meine Frau.
Thalia. Die gelbe Gelbe.
Luisen. Das Detektiv.
Bernhard Rolle. Der Götterbesucher.
Metropol. Das muß man seh'n.
Hoftheater. Schiller's Schiller jr. Siegwart Gentes.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Kokino. Biederleute.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Sig. Bag. Es lebe das Nachleben.
Passage. Paula Witt. Spezialitäten.
Prater. Das Operkamm.
Palast. Am heiligen Abend. Spezialitäten.
Parodie. Das Ungeheuer. Papststreich. Norma Hanna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshausen. Steintiner Säger.
Urania. Tondrucke 18/19.
Abends 8 Uhr: Wieder den Brenner nach Venedig.
Sternwarte. Juvallbenstr. 57/52.

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Opern-Theaters.
Blaubart.
Som. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 8 Uhr.
Storgen u. folgende Tage: Blaubart.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Ungeheuer.
Mittwoch und Donnerstag: Das Ungeheuer.
Freitag: Die Agrarier.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein Puppenheim (Kora.)
Mittwoch: Vater und Sohn.
Donnerstag zum erstenmal: Mandragola.
Freitag u. Sonnabend: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr halbe Preise: Frühlingluft.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Kriemhilds Rache.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Kriemhilds Rache.
Donnerstag zum erstenmal: Jugend von heute. Eine deutsche Komödie in 4 Akten von Ottom. Ernst.

Lortzing-Theater.
Zum erstenmal:
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr: Kumpelstücken. Abends 8 Uhr: Der Freischütz.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Husarenjieber.

Zentral-Theater.
Schauspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Operetten-Gesellschaft:
Die Puppe.
Mittwoch: Berlin wie es weint und lacht.
Donnerstag: Prietermann u. sein Kind.
Freitag zum erstenmal: Ein seltsamer Fall.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Abends: Am Tage des Gerichts.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Das vierte Gebot. Volkstümlich in vier Akten von Ludwig Angenruber.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Kletterattacke.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Dienstag 8 Uhr: Wieder-Abend. Clara Grier (Gesang) und Zeberin Eisenberger (Klavier).
Mittwoch 9 Uhr: Vortrag von Dr. Ed. Hildebrandt: Adolf Menzel. Mit Lichtbildern. Neunter Vortrag des Instituts: Maler der Neuzeit.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, den 3. Dezember, abends präzis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Das große neue Programm. U. a.: Sensationelle Novität!

The three Demons
Pepé, Gerôme u. Robert als Luftbojer.
Amerikas größte Sensation
The 6 flying
Alles neue hier noch nie gesehene Tricks.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Franzosenstr. 182
Wohltätigkeitsvorstellung:
Der Götterbesucher.
Anfang 8 Uhr. — Wochentagspreise.
Mittwoch, 4. Dez., Ensemble-Gastspiel des Zentral-Theaters: Unsere blauen Jungen.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Max und Despaillères. Deutsch v. M. Schönan.
Baron des Indrats: Mich. Alexander.
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Im Pavillon.

Apollo Theater
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. U. a.: Siegwart Gentes in sein. neu. Stück Die Opernprobe.
9 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Sylvester Schäffer jr.
der berühmte Universalkünstler.
Sonntag, 8. Dezemb., nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr: Familien-Vorstellung. Kleine Preise!

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: Kletterattacke.
Schwank in 3 Akten von Stodger und Fritz Friedmann-Frederich.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Rosmersholm.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Heute abend präzis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Große Vorstellung.
Neu: Familie Kremlo
Geschw. Vichis. Mit Virginia Bell.
Art. Stelle Perod. Schult. Dr. Ernst Schumann. Neudressuren. Clown François a. Schultreiter (Parodie).
Am 10. 10 Uhr: Auf der Hallig.
Dies. gr. Ausst.-Bant. d. Zirk. Busch.
Die Wunder der Tiefsee. — Das Geheimnis d. tauchenden Sirenen.
Vorher: Das große Programm.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-52; Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Metropol-Theater
Anfang präzis 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Sensation! Sensation!
Das neue großartige
Dezember-Programm.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 50 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants
Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee, das sibirische Duo
und 9 Attraktionen 9.
Am heiligen Abend.
Charakterbild von Hoffmann.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-52; Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Metropol-Theater
Anfang präzis 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Sensation! Sensation!
Das neue großartige
Dezember-Programm.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 50 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants
Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee, das sibirische Duo
und 9 Attraktionen 9.
Am heiligen Abend.
Charakterbild von Hoffmann.

WINTERGARTEN

Robert Steidl, Humorist X Kitty Gordon, Englische Sängerin X Flood Brothers, Amerik. Excentrics. X Tenji-Truppe, Japan. Zauberer. X Die Tiller Girls, Engl. Gesangs- und Tanz-Truppe. X Toqué, der Hund als Reiter, Equilibrist und Jongleur. X Liane de Vries, Pariser Sängerin. X Tan Kwal-Truppe, Chinesische Akrobaten X Boganny-Truppe, die lustigen Bächer. X Starr und Leslie, Englische Excentrics. X Brunina, Billard-Künstler. X La Sérat, Fantasiotänzerin. X Der Biograph.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 4. Dezember 1907:
Liebel.
Schauspiel in 3 Akten v. A. Schnitzler.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Ott. Baumstr. 16.
Am Rande des Abgrunds
oder: Sphrisch Hofmed in Berlin.
Defektio u. Verbiegerkom. a. Berlin N.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Der Leiermann und sein Pflegekind.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Das Ungeheuer.
Vorher: Jovsenstreich.
Zum Schluss: Mouna Hanna.
Preise: R. 3, 2, 1, 50 Pf

Kasino-Theater.
Lortzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.
Vorher das glänz. bunte Programm.
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer
Stralanderstr. 1.

100 Weihnachts-Geschenk! 100

in bar oder doppelte Rabattmarken
von heute bis einschließlich 18. Dezember

Kaufhaus Wilhelm Joseph

SCHOENEBERG, Hauptstr. 153. BERLIN W., Groß-Görschenstr. 1.

Neu!



MAGGI's Bouillon-Würfel

Man achte beim Einkauf genau auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke Kreuzstern.

geben augenblicklich — nur durch
Uebergießen mit heißem Wasser, ohne
jede weitere Zutat — feinste Bouillon.

1 Würfel für 1 große Tasse (1/4 Liter) **5 Pfg.**

"MAGGI's gute, sparsame Küche".

22. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1907, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
229 98 [500] 454 308 10 847 895 971 1064 271 [1000]
530 483 643 783 [3000] 2708 250 538 67 3245 [500] 437
785 34 871 4083 26 323 [500] 435 [1000] 507 20 63 719 211
538 5148 236 463 383 614 80 715 80 850 6043 290 313 458
[500] 507 [1000] 70 835 78 930 7009 49 [500] 73 748
8117 78 306 22 82 515 647 845 30 13 840 8078 70 143 462
71 [1000] 674 735 896

10312 437 781 11096 [1000] 80 294 906 684 778 32
[500] 836 906 [1000] 32 84 12068 125 234 306 643 859 920
13403 21 546 75 511 914 63 14711 485 364 [500] 607
[500] 80 [500] 775 15771 401 9 [1000] 67 643 779 850
16142 64 40 215 70 81 509 806 840 1715 315 40 523 713
641 972 18174 99 252 541 27 605 713 19149 [1000] 203
473 784

20072 609 813 41 [500] 80 946 2127 29 [500] 633
63 87 867 844 [500] 98 88 22001 8 147 281 312 473 290
925 23022 61 443 84 511 665 987 [1000] 24022 34 209 34
535 483 773 25126 50 428 28 530 900 28 45 718 803 870
26056 161 610 66 985 27218 979 80 974 20 23027 224
[500] 83 615 474 40 659 355 [1000] 918 28 29245 63 74
430 888 948 90

30019 179 308 [1000] 429 [500] 844 815 31029 46
[500] 132 53 621 28 815 88 32115 [500] 808 [1000] 687
33196 809 474 805 212 [500] 34118 [500] 809 441 637 772
66 [1000] 829 43 41 35078 48 104 29 89 264 37046
[500] 570 832 53 88 [1000] 880 36242 661 708 864 37046
175 84 215 64 [500] 842 423 28 618 23 [1000] 584 606
38372 [500] 820 870 257 89 [500] 504 29014 344 603 772
40312 500 60 873 632 890 969 71 41712 757 971 428 81
82 700 321 66 961 43047 50 [500] 123 51 [500] 235 142
[1000] 95 486 99 703 4427 [500] 45778 14 208 517 83
854 706 37 43 675 903 54 46232 521 447 47083 20 109
19 [500] 288 296 48107 266 85 290 884 49134 257 79 208
[1000] 431 317 81 721

50119 34 401 32 [500] 509 58 89 773 51061 56 106
12 30 351 359 84 780 900 21 52262 81 281 474 [500] 82 660
903 53328 35 72 410 848 43 732 897 941 70 54128 663
619 [1000] 70 789 867 71 55133 317 41 481 415 782 907
58350 34 617 824 263 57061 413 642 780 58 58163 248
71 831 433 675 [1000] 94 713 55 905 [500] 59101 72 288
693 906 [500]

60073 32 79 881 457 [500] 74 88 434 144 825 70 [500]
943 71 61011 [1000] 80 109 21 123 873 905 62033 474 623
73 [500] 829 996 63076 115 250 488 273 20 710 34 879
958 84 64073 120 212 [500] 840 65052 [500] 161 [500]
98 855 [500] 441 81 563 94 682 85 83 [500] 835 74
66181 428 407 948 67021 128 209 83 [1000] 434 72 906
68204 419 287 87 827 87 69221 321 83 415 23 430 740 43
85 [1000] 988

70025 104 362 [500] 69 [1000] 829 450 81 519 636
[500] 921 974 [1000] 71208 482 321 771 50 508 72361 824
806 73129 47 277 712 764 78 79 74157 410 358 895 84 730
938 [500] 25 75184 125 [500] 540 890 70000 85 115 388
498 96 781 77124 265 [500] 845 58 672 78108 70132
[500] 225 [500] 913 711 53 247 [500] 78

80025 281 474 281 871 51043 121 92 [500] 518 [500]
818 [500] 692 749 54 66 82090 115 631 586 980 83150 80
[500] 241 [1000] 50 304 63 907 88 828 84144 [500] 369 403
825 [500] 21 719 824 879 85321 143 210 446 [500] 573 784
878 88 86115 281 825 87134 80 128 84 411 814 85067
83 270 429 63 596 579 879 [500] 300 88 185 388 977
90003 39 321 898 792 91210 85 [1000] 429 78 97 308
424 69 970 92172 270 906 93064 233 92 814 607 796
94008 225 459 821 47 80 26 793 907 917 95164 258 74
262 73 489 728 824 844 96189 89 313 845 742 871 76
97073 128 60 309 42 211 447 67 660 749 819 929 94
98310 23 41 67 140 66 84 873 99083 281 431 341 747

100098 255 436 873 682 [1000] 696 884 101254 88
487 885 97 871 759 102945 73 879 401 783 879 89 950
103128 49 330 48 [500] 92 481 660 81 719 104227 43
370 918 105270 474 850 106943 126 [500] 51 350 82
[500] 208 564 792 465 921 107000 84 96 894 20 525 613
38 71 108068 96 47 84 997 870 742 [1000] 109151 420
71 [1000] 93 608 639 20

110055 80 108 592 786 899 847 111079 170 857 85
789 981 925 112103 55 405 [1000] 548 712 42 113112
540 671 [500] 735 887 114046 [500] 773 482 576 28
737 898 773 115043 15 30 51 897 116143 845 743 83
830 117096 104 [1000] 808 841 71 801 30 42 53 [1000]
421 75 [1000] 133 850 84 702 637 810 84 128101 251 353
41 824 89 [500]

120185 106 389 413 84 574 [500] 890 50 514 83 643
71 121880 139 215 72 351 65 381 620 [1000] 918 83 86
122049 127 418 79 737 66 123078 280 393 416 601
123 124055 407 501 87 720 78 830 854 125296 686 88
89 79 829 630 74 126080 74 143 274 78 725 [500] 212 48
969 127068 78 110 81 702 637 810 84 128101 251 353
421 75 [1000] 133 850 84 702 637 810 84 [500] 129044
[500] 95 906 [500] 80

130180 289 450 85 728 808 803 67 74 131184 379
218 82 419 640 [500] 80 747 78 819 49 811 94 132085
46 131 507 [1000] 88 488 515 611 20 712 133120 80 84
371 330 40 430 518 645 725 134198 413 [500] 560 613 90
135396 [500] 25 [500] 687 798 831 136114 373 890
[500] 482 [500] 599 [500] 623 47 742 137074 134 210
495 388 27 617 730 828 138082 300 664 743 87 139089
274 [500] 401 12 718 828 70

140019 58 250 485 28 655 818 [500] 982 141821

89 223 254 42104 [1000] 73 76 700 8 322 706 [1000] 37
[500] 857 143209 95 287 287 104 50 144119 415 [1000]
17 62 980 148187 289 83 201 [500] 149225 750 925 [500]
963 150077 88 808 34 151212 905 152115 71 453

153129 443 822 658 71 978 154058 171 215 808 23
155135 22 282 408 42 282 700 156229 502 [500] 769
71 157157 277 982 158007 114 849 217 74 81 84 681 553
984 159104 [500] 87 898

160053 128 66 235 68 804 81 161027 180 215 447
261 680 717 898 162390 458 504 85 611 42 163029 147
363 [1000] 80 411 25 95 215 681 709 805 164049 112 48
702 21 54 95 88 875 438 87 [500] 320 306 85 80 82
165138 287 480 140 51 673 607 166008 98 308 368 468
617 764 524 55 69 167155 218 287 687 168287 84 163
643 [500] 78 169020 719 33 353 509 73

170000 149 [1000] 253 [500] 310 81 978 171177
260 [500] 491 578 811 172388 707 986 173195 812 17
[1000] 55 488 328 583 171818 232 [500] 50 421 50 68
175044 [500] 60 58 474 501 613 90 717 806 87 815 43
176323 91 438 84 7700 [500] 177108 438 71 21
178071 408 [500] 622 839 54 621 44 87 179000
149 39 652 87 725 80 229

180096 120 212 220 441 [500] 603 12 35 [1000] 930
181447 [500] 67 831 [1000] 63 860 182190 550 647 70
[1000] 714 677 183078 77 234 51 471 94 [500] 877 791
829 184061 182 [500] 400 [500] 886 185096 498 94
90 202 603 720 79 880 186023 290 605 715 812 187287
[500] 209 470 84 624 22 215 210 [1000] 78 188009 25
243 434 20 99 207 90 029 53 718 946 189112 202 45 81
270 902

190235 903 [500] 19100 225 192000 202 421 809
778 818 [500] 193560 [500] 838 49 915 194012 128 203
784 67 195153 260 440 522 607 738 848 92 97 196201
[500] 871 [1000] 616 21 44 [1000] 68 78 197045 [500] 422
50 696 706 198022 223 784 [500] 199008 45 215 32
470 627 807 81

200157 414 881 861 [500] 20101 230 490 713 82
924 63 202078 145 282 410 785 223 203008 29 155 730
[1000] 535 700 95 844 [500] 608 204168 242 78 312 812
21 205139 [500] 842 58 311 72 [500] 215 47 80 418
206071 311 285 278 71 815 87 74 85 86 207242 302
569 700 24 812 208111 [500] 21 42 [500] 61 87 [500]
901 209488 122 268 228 [1000] 82 470 204 745 900

210008 125 291 370 622 64 [500] 75 286 [1000]
211000 29 404 [500] 982 [1000] 614 710 96 212106
254 825 484 704 213002 205 84 69 [500] 805 87 541 93
709 45 888 214011 108 586 96 540 79 900 744 823 71
215017 27 101 78 448 97 [500] 884 548 88 [1000] 216002
[1000] 70 182 453 267 [1000] 78 [1000] 789 87 843
217388 410 41 757 827 [500] 218100 [500] 219182
209 37 70 535 [500] 715 69 808 85 [500] 981

220101 81 793 810 606 [500] 742 818 [500] 883
221004 109 248 264 [500] 53 474 51 222021 840 88
[1000] 904 222011 278 267 [500] 788 223027 429 889
22 224101 442 81 807 681 227 225025 7 68 119 485 544
81 990 [1000] 226289 871 480 875 227000 145 280 241
80 925 40 421 [1000] 706 [500] 70 850 228167 86 230 60
83 270 479 [1000] 702 [500] 929 228312 43 [500] 94
[500] 435 84 696 [1000] 753 840 587 44

230197 282 088 47 700 805 378 231223 598 209 99
232057 871 228 [500] 513 665 76 753 233318 708 94
785 822 234013 458 [1000] 574 [500] 600 47 70 84
836 87 235084 270 520 33 97 633 [1000] 805 23 236006
114 688 780 21 820 237027 51 558 462 502 [500] 87 804
238120 21 243 321 84 479 589 87 685 978 239318 83
434 88 705 82

240110 34 [1000] 214 304 418 626 847 85 91 241147
74 90 621 85 796 242004 121 79 545 243057 [500] 86
[500] 1571 480 [500] 677 [1000] 879 244014 150 418 820
822 245078 100 67 509 10 78 689 246105 52 78 413
802 428 531 77 247070 120 327 [1000] 82 437 594 36 [500]
882 248008 37 72 218 27 05 327 78 [1000] 36 818 47
249028 86 [1000] 303 71 549 929 [500]

250001 [500] 479 710 838 47 251061 [500]
188 [500] 804 50 86 423 871 832 894 252048 [500] 227
411 830 817 18 [1000] 878 253081 288 686 891 829
254118 260 [500] 71 86 644 727 [500] 84 255020 60
708 11 228 58 67 508 788 256040 289 63 89 875 683
971 818 257010 124 428 58 378 83 [1000] 689 258088
[500] 243 813 450 507 729 94 887 [1000] 822 28 50
[1000] 259082 429 648 638 [1000] 701 18 973

260148 82 227 430 [1000] 049 680 718 849 81 929
261193 633 738 262200 909 14 85 783 [1000] 950 21
263000 [500] 88 [1000] 598 34 683 756 264085 498 528
45 842 814 265330 713 15 808 88 800 266335 594 90
878 892 267108 22 432 683 747 [500] 268187 80 218
308 794 269025 [1000] 138 82 373 800 703 78 411

270172 104 83 847 13 81 288 132 85 880 271023 381
831 46 843 832 [1000] 272000 [1000] 80 444 514 702
801 273004 859 833 78 570 768 843 274015 83 [500]
111 83 [500] 706 71 275830 802 276748 93 881 426 802
277110 34 805 637 810 886 278101 426 81 57 601 87 737
808 377 279296 329 88 780 922

280004 317 485 413 724 22 535 281018 [500] 72 362
873 884 743 282023 40 212 48 480 906 85 283118 53 596
613 81 [1000] 25 888 284006 21 84 106 73 284 303 8 488
887 844 814 71 81 285911 [1000] 23 448 582 631 738 282
286317 426 47 88 [1000] 738 801 287289 70 80 81 831 89
Im Gewinnrade verbleiben: 3 Prämien zu 200.000 M.,
1 Gewinn zu 30.000, 4 zu 15.000, 7 zu 10.000, 11 zu 5.000,
218 zu 3.000, 243 zu 1.000, 430 zu 500.

22. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 2. Dezember 1907, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
14 123 45 729 848 [500] 1017 20 519 97 [1000] 783
80 833 917 [500] 2043 427 641 97 287 63 839 3045 101 214
19 300 322 644 31 771 819 84 4264 306 28 890 906 37 3009
371 [1000] 80 411 40 87 621 80 [1000] 71 852 913 6081
142 807 71 674 749 [500] 302 7091 220 32 59 800 59 30 778
78 [1000] 830 8003 214 302 381 700 18 47 985 9013 130 753
10008 [500] 44 74 [500] 75 77 118 453 352 97 11044
124 75 84 295 784 812 12173 [500] 80 413 18 45 633 [1000]
740 [1000] 78 958 13141 [500] 270 33 28 14196 822 414
20 [500] 849 807 90 15045 121 82 97 53 27 80 718 805 33
13094 808 84 436 782 808 17098 137 [500] 812 869 755
[500] 874 903 18122 260 381 19124 24 23 482 [500]
737 843

220042 210 213 504 881 94 710 21236 336 705 806 825
[500] 22022 61 23284 210 18 467 852 730 58 324 37 907 92
24000 [500] 584 [500] 848 825 25150 600 26030 158
[1000] 647 716 87 355 27001 100 210 67 82 351 436 39 880
87 [1000] 718 839 28966 722 72 20015 187 700 58 531 408
606 727 829 811 85

3

Polizeinotizen.

Die Veröffentlichung des Inhalts des bei einer Hausdurchsuchung... Die Personen, die von der politischen Polizei überwacht werden...

Ueberhaupt entbehrt das ganze von der politischen Polizei ausgeübte Überwachungssystem jeder gesetzlichen Grundlage... Aus Anlaß unserer Veröffentlichung und einiger an diese... Die Festhaltung der Polizeinotizen ließ den Gedanken aufkommen...

Die uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangene Zuschrift lautet: „In dem Artikel: „Aus den Geheimnissen des Alexanderplatzes“...“

Ich bin nun nicht in der Lage, darüber Auskunft geben zu können... Das Berliner Adreßbuch vom Jahre 1907 weist vier Pawlowitsch auf...

Aus dieser Zuschrift geht hervor, daß auch der Verfasser gleich uns die Meinung hat, daß die Festhaltung der Polizeinotizen geeignet ist...

Die Ortverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins schreibt uns: Der Dreher E. Vogeler, Schulstr. 55, hat am Sonnabend... Ein grauer Leichensack ist im Grunewald in der Nähe des Jagdschloßes „Stern“ gemacht worden...

Seinem Transporteur entwichen gestern auf dem Bahnhof Köpenick ein Häftling, der im Verdacht stand, seine Hand bei dem Straußberger Eisenbahnunfall im Spiele gehabt zu haben.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Ferns Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Käthe Veder (Sopran), Fr. Marshall Pease (Alt) und Herrn Herbert Nieby (Cello)...

Feuerwehrbericht. Am Sonntag hatte die Feuerwehr nachmittags in der Salpeterstr. 18 zu tun, wo in einem Affelhaufe die Schmelde, Kohlen u. a. brannten...

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Heute Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, finden die Versammlungen der Wahlvereine statt...

das dringende Ersuchen, diese Versammlung zu besuchen. Die augenblickliche Situation erfordert ein festes und einmütiges Zusammenhalten aller und das kann nur geschehen, wenn die Versammlungen besser wie bisher besucht werden.

Köpenick. Am Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Stadttheater eine Volksversammlung statt, in der Genosse Paul Göhre sprechen wird.

Wilhelmsruh. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Mitgliederversammlung am heutigen Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Barth, Viktorstr. 7, stattfindet.

Wilbau-Hohersheim. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß der Jahlabend für obige Orte am Mittwoch, den 4. Dezember, im bekannten Lokale stattfindet.

Die städtische Schuldeputation. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich am nächsten Donnerstag mit der vom Magistrat beschlossenen neuen Zusammenfassung der städtischen Schuldeputation...

Der Vorstand. Die städtische Schuldeputation. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich am nächsten Donnerstag mit der vom Magistrat beschlossenen neuen Zusammenfassung der städtischen Schuldeputation...

Der Vorstand. Die städtische Schuldeputation. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich am nächsten Donnerstag mit der vom Magistrat beschlossenen neuen Zusammenfassung der städtischen Schuldeputation...

Die Ortverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins schreibt uns: Der Dreher E. Vogeler, Schulstr. 55, hat am Sonnabend, den 30. November, mittags 1/2 Uhr, zwei Bibliotheksbücher, dem Deutschen Metallarbeiter-Verein gehörig, im Postamt 77, Linienstr. 84, liegen lassen.

Ein grauer Leichensack ist im Grunewald in der Nähe des Jagdschloßes „Stern“ gemacht worden. Polizeifänger bemerkten, als sie quer durch den Wald gingen, das Aussteigen einer großen Schwarzen, einer in jener Gegend so häufigen Erscheinung...

Seinem Transporteur entwichen gestern auf dem Bahnhof Köpenick ein Häftling, der im Verdacht stand, seine Hand bei dem Straußberger Eisenbahnunfall im Spiele gehabt zu haben.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Ferns Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Käthe Veder (Sopran), Fr. Marshall Pease (Alt) und Herrn Herbert Nieby (Cello)...

Feuerwehrbericht. Am Sonntag hatte die Feuerwehr nachmittags in der Salpeterstr. 18 zu tun, wo in einem Affelhaufe die Schmelde, Kohlen u. a. brannten...

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Heute Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, finden die Versammlungen der Wahlvereine statt...

betrieb, eine Druckwarenfabrik recht gut florierende, trug in den letzten Wochen Anzeichen von Schwermut zur Schau. Durch Ueberarbeitung war er stark nervös geworden. Gestern nachmittags begab er sich von seiner im ersten Stockwerk belegenen Wohnung nach der Fabrikwerkstätte in der dritten Etage hinauf und erblickte sich an einem Fensterhaken. Als man die Tat des Lebensmordes entdeckte, war er bereits tot. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Im Gefängnis zu Charlottenburg befand sich eine Person in Haft wegen Ringens, die sich Axelner Wollha nannte. Am 1. Dezember erhängte er sich in seiner Zelle. Da seine Identität nicht feststand, nahm die Charlottenburger Polizei Abdrücke von seinen Fingern und sandte die gewonnenen Karte dem Berliner Erkennungsdienst zu. Hier wurde er an der Hand des daktyloskopischen Kartenmaterials als der mehrfach wegen Glücksspiels und Diebstahls verurteilte Kutscher Max Dal-Nolin, am 25. November 1880 in Helbra geboren, festgestellt.

Für Droschkenebiger ist folgende Bekanntmachung der Polizei von Interesse: Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der für die öffentlichen Fuhrwerke als jährlich zu erneuernde Farbenstempel für das Jahr 1908 von gelber Farbe ist. Mit Bezug auf § 25 der Droschkenordnung vom 16. Februar 1905 und § 8 der Polizeiverordnung vom 10. Dezember 1881, betreffend den Betrieb des Fuhrwerks, werden die Droschken- und Lorwagenbesitzer angewiesen, ihre Fuhrwerke zu erneuter Prüfung und Abstempelung während der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1908 dem Verkehrs-kommissariat vorzustellen.

Im Sparverein für Freudenker zur Ausführung der Feuerbestattung sprach am 27. d. M. Herr B. Lehmann über die neuesten Vorgänge auf dem Gebiete der Feuerbestattung. Aus dem Referat ist hervorzuheben, daß im November in Koburg das 15. deutsche Krematorium eröffnet worden ist. Auch läßt die mexikanische Regierung zwei Krematorien bauen, das eine mit einer Einäscherungskammer und das andere mit fünf Einäscherungskammern. Außerhalb Deutschlands sind 88 Krematorien bekannt, die im Betriebe sind. In Frankreich sind bis jetzt 88 984 und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 85 782 Einäscherungen statt; im rückschrittlichen Preußen dagegen darf das Krematorium in Hagen immer noch nicht benutzt werden bezw. seine Bestimmung erfüllen. 2000 Plakate des Vereins wurden in Restaurationen bezw. Gesellschaften zehn größerer Vereine ausgehängt. Der bekannteste Resolution der Feuerbestattungsvereine vom 6. Oktober d. J. wurde zugestimmt. Die Geschäftsstelle ist bei dem Vorsitzenden B. Lehmann, N. 58, Gleimstr. 16.

Ueber eine Brandstiftung wird berichtet: „Am Sonntagabend um 9 Uhr wurde die dritte Kompanie der Feuerwehr nach dem Zoologischen Garten alarmiert. Dort brannten in der Ausstellungshalle an der Hardenbergstraße eine Kiste mit Holzwole und eine Holatreppe. Zum Glück wurde die Gefahr gleich entdeckt, so daß es den Angestellten des Zoologischen Gartens gelang, noch vor Anbruch der Feuerwehre, die unter der Leitung des Brandinspektors sofort mit mehreren Bügen ausgerückt war, die Gefahr zu beseitigen. Bei der Beseitigung der Brandstelle fand man neben dem Brandherde einen Zettel mit der Aufschrift: „Die Rache der roten Teufel“. Der Brand durch die Brandstelle ließ gleich auf vorläufige Brandstiftung schließen. Durch den Zettel wurde diese Annahme bestätigt. Die Kriminalpolizei hat gestern früh mehrere Siftierungen in dieser Sache vorgenommen.“

Es wirklich ein derartiger Zettel, wie hier angegeben, an der Brandstelle gefunden worden, so gewinnt es den Anschein, daß der Täter ein Mann ist, der seine fünf Sinne nicht richtig beisammen hat.

Senzen gesucht! Am Sonnabend, den 23. November, mittags gegen 1 1/2 Uhr, ist vor dem Hause Bergmannstr. 110 eine alte Frau infolge Blüte gestürzt. Personen, welche Augenzeugen dieses Vorfalles waren, werden höflich gebeten, ihre Adresse an D. Jener, Bergmannstr. 101 gelangen zu lassen.

Verloren wurde am 30. November entweder in der Hasenheide oder in einem Straßenbahnwagen der Linie 7 oder 15 eine Frauenschärpe des Zentral-Arbeiter-Raucherbundes. Der Finder der Schärpe wird gebeten, dieselbe bei Herzog in Rixdorf, Prinz Handjerystr. 88 abzugeben.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Ferns Jergang in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Fel. Käthe Veder (Sopran), Fr. Marshall Pease (Alt) und Herrn Herbert Nieby (Cello)...

Feuerwehrbericht. Am Sonntag hatte die Feuerwehr nachmittags in der Salpeterstr. 18 zu tun, wo in einem Affelhaufe die Schmelde, Kohlen u. a. brannten, so daß tüchtig Wasser gegeben werden mußte, um die Flammen zu löschen. Gleichzeitig brannten am Kottbuserdamm 36 Betten, in der Linienstr. 203 eine Wadefelle usw. In der Wriezenerstr. 24 hatte vorgestern der 16. Zug zu tun, und gestern wurde sie nach derselben Straße zweimal gerufen. Kurz nach Winternacht war dort Nr. 21a in einer Küche und früh um 5 Uhr Nr. 39 in einem Keller Feuer ausgebrochen. Wegen eines Dachstuhlbrandes mußte der 15. Zug nach der Lidenstr. 31 ausrücken. Ferner hatte die Wehr in der Inballdenstr. 51, Wladenowstraße 28, Schreinerstr. 14 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Der Wahlrechtskampf im Kreise Teltow. Am Sonntag fanden in einer Reihe Ortschaften des Teltower Kreises Versammlungen statt, in denen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen protestiert wurde. Daß auch draußen in den kleineren Orten die Bevölkerung sich gegenüber der Rechtslosigkeit im preußischen Staate nicht gleichgültig verhält, bewies die rego Teilnahme an den Versammlungen.

Für die Orte Eichwalde, Miersdorf und Bentzen tagte die Versammlung in Bittes „Waldbühnen“. Genosse J u b e i l, von den Versammelten lebhaft begrüßt, referierte in zweifelhändigem Vortrag über „den Wahlrechtskampf“. Er zeichnete ein treffendes Bild des rückständigsten aller Parlamente und währigte in klarer Weise die Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes für die Arbeiterklasse. Stärklicher Beifall ertönte am Schluß seines Referats. In der Diskussion sprach nur ein Angehöriger der freien Jugendorganisation für die Förderung auch dieser proletarischen Massenbewegung. Nach einem kernigen Schlußwort des Vorsitzenden schloß die Versammlung mit der, impulsiv aus der Versammlung heraus angestimmten, Abstimmung des Wahlrechtsverwerfes der Marfella. Es muß betont werden, daß auch Angehörige der bürgerlichen Parteien sich in größerer Zahl an dieser Demonstration gegen das elendeste aller Wahlsysteme beteiligten.

In Trebbin sprach vor etwa 300 Personen Genosse B e r m u t h, der, nachdem der dortige Arbeiter-Gesangverein die Versammlung mit einem stimmungsvollen Viede eingeleitet hatte, in großen Zügen ein treffliches Bild der reaktionären Politik Preußens entwarf. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte er die Versammelten auf, im Kampfe um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preußischen Landtag auszuhalten, bis das gesteckte Ziel erreicht ist. Der Vorsitzende Genosse Z e h u s

Das Großartigste für den Christbaum!



Vollständig neu! Ganz aus Metall! Ueberricht alles bisher Gesehene!

Zelbsttätig sich dreh. Stern-Christbaum - Engel - Geläut mit vollständig. Weihnachtskrippe mit einer sich im Kreise drehenden liegenden läutenden Votivlampe - Engelschor. Ganze Höhe ca. 31 Zentimeter. Nach Anzünden der Kerzen drehen sich 4 liegende Votivlampe - Engel im Kreise und lassen gleichzeitig ein liebliches Weihnachtslied erklingen; verleiht jeden in eine weiche Stimmung und glaubt man ein aus weiter Ferne herüberdröhnendes Geläute zu vernehmen. 3 große goldblühende Sterne legen sich in rotierende Bewegung. Als Bekrönung drehen sich zwei in einem Wellengebüde schwebende Engel und verleiht der Menschheit die Geburt des lieben Christkinds. Als Tischdekoration oder als Christbaumzweige in märchenhafter Wirkung. p. Stück 1,45 M und 20 Pf. für Porto bei Vorkaufsendung durch 10 Pf. - Vorkaufsendung oder Briefmarken. Rücknahme 20 Pf. mehr. Bei 3-10 Stück sind für Porto nur 50 Pf. mit einzufügen. Weihnachts-Prachtatlas, gratis u. franco. Laufende Zeichnungen von Spielwaren, Puppen, Christbaumzweigen, Spielwaren, Gold-, Silber-, Leder-, optische, Porzellan- und Spielwaren.

Wenn nicht gefällt, senden wir Geld retour.

Kirberg & Co., Foche bei Solingen.
 Heiliges Verstandes des Solinger Industriebezirks
 1 Rote Glas-Christbaumzweige, Prachtdekoration, moderne künstlerisch ausgeführte Sachen, pr. Stück 4,70 M. frei ins Haus bei Vorkaufsendung des Betrages, Rücknahme 20 Pf. teuer.

Nur kurze Zeit liefere ich vollständig umsonst



eine Sprechmaschine neuester Konstruktion bis zur elegantesten Ausführung, wenn Sie sich verpflichten, eine kleine Anzahl 25 Pf. Zentimeter großer doppelseitiger Platten prima Fabrikat à M. 3.- per Stück von mir zu beziehen.

Abnahme 14tägig eine Platte. Auch liefern Sprechmaschinen, selbstspielende Musikwerke und Zithern auf Teilzahlung.

Wochenrate nur 1 Mark. Gegen Kasse billigste Preise.

J. Kurzberg,
 Rosenthalerstraße 40/41, I.
 (Hackescher Markt) und
 An der Jannowitzbrücke 1, I.
 Nur 1 Treppe, kein Laden.

Glas-Christbaumzweige.



Wer zum Weihnachtsfest große Freude bereiten will, besitze sich eine meiner überaus reichhaltigen vollst. Glas-Christbaumzweige, auch größere, sehr verlässliche u. dauerhafte pr. Stück 1,45 M. Rücknahme 20 Pf. mehr. Bei 3-10 Stück sind für Porto nur 50 Pf. mit einzufügen. Weihnachts-Prachtatlas, gratis u. franco. Laufende Zeichnungen von Spielwaren, Puppen, Christbaumzweigen, Spielwaren, Gold-, Silber-, Leder-, optische, Porzellan- und Spielwaren.

Wenn nicht gefällt, senden wir Geld retour.

Wilhelm Dietz,
 Solinger Stahlwaren.
 Berlin, Brannenstraße 5,
 am Rosenthaler Tor.

Tischmesser u. Gabeln, ES- u. Kaffeeöffel empfehle in großer Auswahl; ferner Scheren, Zerschneidemaschinen, Haarschneidemaschinen, Taschenmesser, Rasiermesser, Tranchier-, Hack- u. Wiegemeser, Wagon, Haushaltungsmaschinen, Nickel-Service, Tablette, Kassotten, Revolver, Teschings, Luftbüchsen, Manition etc.

Eine köstliche Weihnachtsfreude
 bereitet mein neuester Platten-Apparat
 „VICTORIA“

Die Gattung und Tonzierergabe dieser wirklich köstl. Sprechmaschine erregt überall d. größte Aufsehen. Preis nur 18 M. mit 200 Platten. Platten mit 2 Stück. Beispielt 1,50 M. 1000 Platten 1 M. Phonographen von 4,50 M. an. Original-Gelbes-Walzen à 1 M. 50 Pf. Original-Walzen à 75 Pf. Krübeln aller Größen à 50 Pf. Katalog grat. u. franco.

A. Pietschmann,
 Berlin W. 506, Potsdamerstr. 77a,
 gegenüber Botan. Garten.

Expedition des „Vorwärts“,
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Weihnachtsprämien für unsere Abonnenten.

Sie empfehlen unseren Lesern
Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke

In vorzüglicher Ausstattung, gebunden in drei eleganten Leinenbänden, hat zu dem bisherigen Preise von 5.- Mark für nur 3.- Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.) Die politischen und sozialen Gedichte Freiligraths leiten die Arbeiter heran, diesen Dichter des Kampfes mehr als bisher kennen zu lernen.

Ferner liefern wir in einer neuen illustrierten Ausgabe ebenfalls zum Vorgugspreise:

Friedrich Gerstäckers Werke

In zwei Bänden gebunden und über 1000 Seiten stark, zum Preise von 3,50 Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.) In seinen romantischen Reiseerzählungen verbindet er die Schilderung vortrefflicher Naturbeschreibungen, namentlich des amerikanischen Westens, mit prächtigen Naturzeichnungen.

Von unseren früheren Prämien-Ausgaben haben wir noch einen kleinen Rest am Lager und empfehlen wir:

Franz Grillparzers sämtliche Werke.

Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Rudolf v. Gottschall. Das Werk ist auf 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur 3.- Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.)

Fritz Reuters sämtliche Werke

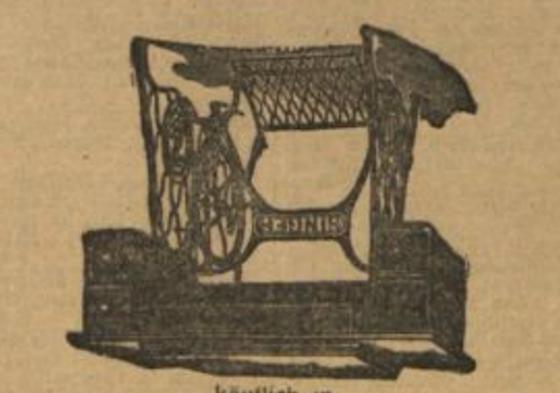
In einer neuen illustrierten Pracht-Ausgabe, zwei Bände, elegant gebunden, stark 1200 Seiten umfassend, mit Illustrationen und ausführlichem hochheutlichem Wörterbuch. Preis nur 5.- Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.)

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefert elegante, fertige
Herrn-Moden.

Krautz für Mann.
Mass-Anfertigung
feinste Verarbeitung.
Garantie tadelloser Sitz.

J. Kurzberg,
Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41,
am Hackeschen Markt.
Z. Geschäft: A. Jannowitzbrücke 1, I.
Kein Waren-Kreditkauf.

Zu Weihnachten sind die nützlichsten Geschenke SINGER Nähmaschinen



käuflich in unsern sämtlichen Läden mit dem bekannten „S“-Schild.

SINGER CO.
 Nähmaschinen Act. Ges.
 Berlin, Leipzigerstraße 92.
 Filialen in allen Stadtteilen.

Alle Hausfrauen

wissen noch nicht, daß jedes Päckchen Dr. Crato's Backpulver, Puddingpulver, Vanillesücker etc. einen BON enthält. Für 50 solcher Bons erhält man gratis und franco eine entzückende Dose II. Bielfelder Knusperchen im Werte von Mk. 2,50.

Gen.-Vertr.: Alfred Hirsch, Augsburgerstr. 1, 971L.
 Tel.-Amt VI. 5757.

Praktische
Weihnachts-Geschenke
 sind
Bettfedern, Betten, Metall-Bettstellen
 und andere Bettartikel der
Ersten Bettfedernfabrik
 mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig
 Berlin S., Prinzenstr. 45, 46 und 47
Größtes Spezialgeschäft
 Deutschlands.

Ein Waggon
Kinderbettstellen
 weiss, mit Rollen,
als Gelegenheitskauf
 u. A. zu
 M. 8.50
 M. 9.80
 M. 12.00 u. s. w.

Zu diesen billigen Preisen nur bis Weihnachten, so lange der Vorrat reicht.

Ausnahmepreis für
Messingbettstellen
 190 x 90 cm, 27 mm-Pfosten
 mit Zugfedermatratze M. 60

Daunensteppdecken
 von seidenshaltem, einierbigem Satin
 mit federreichen Daunen in divers. Mustern
 160 x 210 cm Ausnahmepreis M. 28.00

Bettwäsche
 ausserordentlich preiswert
Dimitibezüge
 1 Oberbett 180 x 200 cm M. 4.10
 1 Kissen 82 x 84 cm „ 0.95
 Zum Schützen oder Knüpfen.

Damastbezüge
 1 Oberbett 180 x 200 cm M. 4.50
 1 Kissen 82 x 84 cm „ 1.00
 Zum Schützen oder Knüpfen.

Grosse Dowlschlaken von M. 1.25 an.
Grosse Halbleinlaken von M. 1.45 an.

Inlette
 fertig und vom Stück zu gleichen Preisen.

